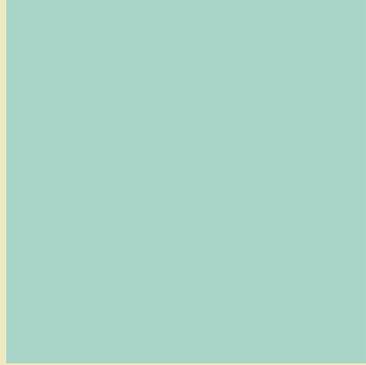
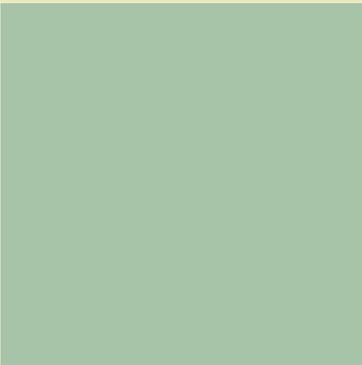
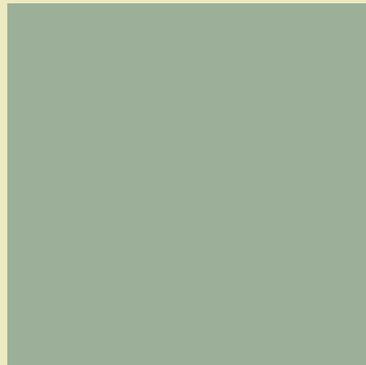
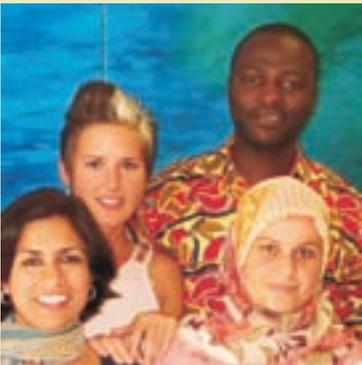


# »AUF AUGENHÖHE«

Integration zum kommunalen  
Thema machen



# **»AUF AUGENHÖHE«**

Integration zum kommunalen  
Thema machen

Homaira Mansury



© 2007 Friedrich-Ebert-Stiftung

*ISBN:* 3-89892-543-9. 2., ergänzte Auflage.

*Herausgeber:* Friedrich-Ebert-Stiftung  
KommunalAkademie  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn

Telefon: 0228 - 88 33 78

Telefax: 0228 - 88 35 38

*Text:* Homaira Mansury

*Mitarbeit:* Wolfgang Gisevius und René Martin

*Fotos:* Homaira Mansury, Friedrich-Ebert-Stiftung,  
Eric A. Lichtenscheidt, stock.xchng, privat

*Gestaltung:* René Martin, klarsyn communications | [www.klarsyn.de](http://www.klarsyn.de)

*Druck:* Printservice Produktion GmbH Köln

# Inhalt

Vorwort	<b>7</b>
Einleitung	<b>8</b>
<i>Problem- und Handlungsfelder mit Projektdarstellungen</i>	
1: Spracherwerb im Vor- und Grundschulbereich fördern	<b>11</b>
2: Arbeitsmarktintegration und berufliche Förderung	<b>25</b>
3: Der Stadtteil als Ort sozialräumlicher Konflikte	<b>41</b>
4: Umgang mit unterschiedlichen Kulturen – Förderung des Zusammenlebens	<b>57</b>
5: Förderung in der Schule	<b>77</b>
6: Interkulturelle Öffnung der Verwaltungen	<b>91</b>
7: Potenziale von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wecken	<b>103</b>
8: Netzwerke schaffen – Potenziale von Migrantenorganisationen bündeln	<b>125</b>
Ausblick	<b>134</b>
Literaturliste	<b>136</b>
Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung	<b>138</b>



Vorwort

# Auf Augenhöhe – Integration zum kommunalen Thema machen



Integration ist mehr als tolerante Duldung oder einseitige Anpassung. Integrationsarbeit ist Beziehungsarbeit *auf Augenhöhe*.

Deutschland ist seit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 auch offiziell ein Einwanderungsland und wird auch in Zukunft auf Einwanderung angewiesen sein. Beide Seiten, Deutsche und Nicht-Deutsche, müssen aktiv werden, aufeinander zugehen und sich füreinander interessieren. Da dies nicht immer einfach ist, bleibt die aktive Integrationsarbeit eine Herausforderung für die Kommunalpolitik.

Mit diesem Reader werden konkrete, in Kommunen erprobte Projekte vorgestellt, die für eine erfolgreiche Integrationsarbeit *auf Augenhöhe* stehen.

Die KommunalAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert insbesondere das politische Ehrenamt. Integration zählt zu den vorrangigen Aufgaben der Kommunalpolitik. Während die Kommunalverwaltung professionell stets auch mit den Themen der Migration befasst ist, müssen sich die ehrenamtlichen KommunalpolitikerInnen den Aufgabenkomplex Integration bewusst aneignen.

Unter permanentem Zeitmangel stehend und sich neben der umfänglichen Bearbeitung der Verwaltungsvorlagen mit einer strategischen Querschnittsaufgabe zu beschäftigen, erfordert sowohl thematische Sensibilität als auch Energie. Deshalb wurde diese Publikation in erster Linie für die ehrenamtliche Kommunalpolitik geschrieben. Sie will Mut machen, sich dauerhaft diesem für unser aller Zukunft wichtigen Themenfeld der

lokalen Demokratie und damit dem friedlichen und sozialen Zusammenleben in den Nachbarschaften zu widmen.

Wer unter den Bedingungen kommunaler Finanznot Politik gestalten will, muss Prioritäten setzen. Der Schwerpunkt der hier ausgewählten lokalen Projekte betrifft Kinder und Jugendliche, weil sie unsere Zukunft sind.

Die vorgestellten Modelle sollen nicht als ‚best practice‘ verstanden und übernommen werden. Kommunale Eigenheiten und vor allem die Bedeutung der handelnden Personen machen eine jeweils lokale Anpassung notwendig. Die ausgewählten Projekte vermitteln jedoch etwas von der positiven Stimmung und dem aktiven Engagement, das kommunale Integrationsarbeit erfolgreich werden lässt.

Wir danken den KommunalpolitikerInnen wie auch allen an den vorgestellten Projekten Beteiligten für ihre Mitarbeit beim Zustandekommen unserer Publikation.

Homaira Mansury hat die Projekte engagiert recherchiert und beschrieben und ist für Anregungen dankbar: [homaira.mansury@frankenwarte.de](mailto:homaira.mansury@frankenwarte.de)

**Wolfgang Gisevius**  
Leiter ForumNRW/  
KommunalAkademie

# Wie gelingt Integration?



Deutschland ist ein Einwanderungsland. Lange – vielleicht zu lange, bemerken viele ExpertInnen – hat es gedauert, diese Aussage öffentlich zu tätigen und diesen Umstand als Tatsache zur Kenntnis zu nehmen. Deutschland hat eine Zuwanderertradition, die mindestens fünf Jahrzehnte zurückreicht. In dieser Zeit sind Millionen von Menschen eingewandert mit der Absicht, für eine bestimmte Zeit in Deutschland zu leben, zu arbeiten und im Anschluss daran in ihr Heimatland zurückzukehren. Diesem Gedanken entsprechend, wurde hierzulande Integrationspolitik betrieben: Die langfristige Eingliederung der Zugewanderten war nicht geplant. Mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 wurde ein Paradigmenwechsel vorgenommen, durch den die Integration von Menschen, die dauerhaft zu uns kommen, in den Mittelpunkt der Zuwanderungspolitik gerückt wurde.

*Integration* bezeichnet die Eingliederung (neuer) Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen einer Aufnahmegesellschaft und die Art und Weise, wie diese (neuen) Bevölkerungsgruppen mit dem bestehenden System wirtschaftlicher, sozialer, rechtlicher, kultureller und politischer Beziehungen verknüpft werden. Integration verfolgt das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe aller

Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Geschehen in all seinen Facetten.<sup>1</sup>

Die Vorstellung einer gelungenen Integration geht davon aus, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener religiöser Überzeugungen gut zusammen leben können.<sup>2</sup> Dabei geht es um eine der kompliziertesten innenpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre.

Viele der einstigen ‚Gastarbeiter‘ sind in Deutschland geblieben und haben ihre Familien nachziehen lassen. Generationen mit Migrationshintergrund sind hier geboren und bilden mittlerweile einen nennenswerten Teil der Bevölkerung. Gelungene Integration ist vielfach bereits Realität, doch vor Problemen und Konflikten darf man die Augen nicht verschließen.

Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, deren Gelingen vor allem an die Beantwortung sozialer Fragen gebunden ist. Wo das Zusammenleben gelingt, gibt es ein gemeinsames Verständnis sowie die Anerkennung der demokratischen Grundwerte, der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse befähigt zur Verständigung im Alltag, eine gute Bildung erhöht die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, und ein Arbeitsplatz sichert das Einkommen.

Wo Integration misslingt oder noch aussteht, fehlt es an Achtung demokratischer Grundwerte, dem Einleben in die hiesige Rechtskultur, an Sprachkenntnissen, an Bildung und an Chancen auf dem Arbeitsmarkt. In diesen Fällen findet oft eine mehrfache Ausgrenzung und Selbstausgrenzung statt. Mangelhafte Deutschkenntnisse, fehlende Schul-

abschlüsse und Arbeitslosigkeit gehen einher mit gesteigertem Aggressionspotenzial und einem Rückzug in ethnisch geschlossene Parallelgesellschaften, in denen auch religiöser Fundamentalismus seine Anhänger findet.

Eine gelungene umfassende Integration der Zuwanderer würde der deutschen Gesellschaft letztlich neue Chancen und Potenziale für ihre eigene Weiterentwicklung eröffnen. Es besteht heute kein Zweifel mehr, dass Deutschland zukünftig auf Einwanderung angewiesen sein wird. Die demografische Entwicklung und der zum Teil heute schon spürbare Mangel an Fachkräften, die Sicherung der Dynamik unserer Wirtschaft und die Finanzierung unserer Systeme der sozialen Sicherung sind Gründe für eine gezielte Einwanderungspolitik.

In den Kommunen sind die Auswirkungen erfolgreicher, aber auch misslungener Integration am unmittelbarsten zu spüren. Deshalb setzen sich insbesondere die Städte zunehmend mit dieser Aufgabe auseinander: Integration wird zum konkreten Handlungsbegriff der Kommunalpolitik.

Integration findet vor Ort und konkret unter einzelnen Menschen statt. Sie bedarf beiderseitiger Bemühungen und struktureller Maßnahmen in den einzelnen Politikfeldern. Die meisten Kommunen legen Wert auf einen partnerschaftlichen Prozess, in dem *auf Augenhöhe* gefördert und gefordert wird. Demokratische Teilhabe in der Kommune, bürgerschaftliches Engagement und die Übernahme zivilgesellschaftlicher Verantwortung müssen als Chancen der Mitgestaltung für Einwanderer gefördert werden.

Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess und eine dauer-

hafte Aufgabe, die nicht einfach von heute auf morgen gelöst werden kann. Dabei kann sich eine wirksame und zukunftsorientierte Integrationspolitik nicht nur auf Neuzuwanderer beziehen, sondern muss auch die Migrantinnen und Migranten aktiv berücksichtigen, die seit längerer Zeit in Deutschland leben, jedoch nicht die Möglichkeit oder einen Anlass gesehen haben, insbesondere an sprachlichen Defiziten zu arbeiten. Auch gilt es, neben der Gruppe der Ausländer die Gruppe der Spätaussiedler nicht aus den Augen zu verlieren.

Über 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben heute in Deutschland. Ein Drittel der Kindergartenkinder ist nicht-deutscher Herkunft. Spätestens seit den PISA-Studien ist bekannt, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund signifikant schlechter abschneiden als deutsche. Die soziale und ethnische Herkunft spielen eine bedeutende Rolle auf dem (Aus-) Bildungsweg und bei der Chance, erwerbstätig zu werden und auf eigenen Beinen stehen zu können.

Daher setzt diese Publikation einen Schwerpunkt bei den Projekten der Kinder- und Jugendarbeit. Die Migrantenkinder werden die Zukunft der deutschen Gesellschaft entscheidend mitgestalten. Sie müssen motiviert werden, ihre Rechte wie ihre Pflichten zur Teilhabe an der Gesellschaft wahrzunehmen und sich auch in die demokratischen Strukturen engagiert einzubringen.

Erforderlich ist ein Bewusstseinswandel und die Bereitschaft zu Veränderungen. Dann können gemeinsame Erfahrungsräume ge-

schaffen und erlebt werden, in denen unterschiedliche Kulturen und Lebensweisen einander nicht ausschließen, sondern bereichern. Es gilt, Berührungängste und Vorurteile abzubauen, soziale Ausgrenzung zu vermeiden. Eine wechselseitige Anerkennung der Normen des Grundgesetzes durch die Zuwanderer einerseits und der Identität von Minderheiten durch die Mehrheitsgesellschaft andererseits schafft die Voraussetzungen für eine Gesellschaft, in der sich alle Bewohner angenommen, gleichwertig und heimisch fühlen können.

Tatsächlich gibt es in einzelnen großen und kleinen Kommunen mehr Integrationsengagement, als man auf den ersten Blick erkennen kann. Von kleinen Gesten bis zu durchgeplanten und ausgewerteten Maßnahmen und Projekten werden mit vereinten Kräften aus Verwaltungen, Vereinen und Verbänden, Kindergärten und Schulen, Migrantenorganisationen und Einzelpersonen handfeste Leistungen vollbracht, die auch in anderen Kommunen umgesetzt werden können. Das Rad muss bekanntlich nicht immer neu erfunden werden, wenn man sich auch guter Beispiele bedienen kann.

Das Ziel der vorliegenden Publikation ist nicht, das Themenfeld der Integration auf kommunaler Ebene in seiner Komplexität und Tiefe darzustellen. Vielmehr werden einzelne und bereits erprobte kommunale Projekte präsentiert, die zu einer erfolgreichen Integration *auf Augenhöhe* beigetragen haben.

Die modellhaften Konzepte der lokalen Integrationsarbeit werden in einer Projektdarstellung aufgearbeitet,

konkrete Ansprechpartner vor Ort zur direkten Information benannt. Die Rubrik *Tipps zum Handeln* bietet der Fraktionsarbeit praxisorientierte Vorschläge zur Anregung oder Umsetzung von Integrationsprojekten. Weiterhin haben wir einige *Stichworte* aufgeführt, die Zusatzinformationen oder Anstöße rund um die Integrationsarbeit geben. Lokal engagierte PolitikerInnen veranschaulichen ihre Sichtweise im *Zitat*, um noch einmal die kommunalpolitische Relevanz der Integrationsarbeit zu verdeutlichen und zu zeigen, *wie Integration gelingen kann*.

### **Homaira Mansury**

Projektleiterin

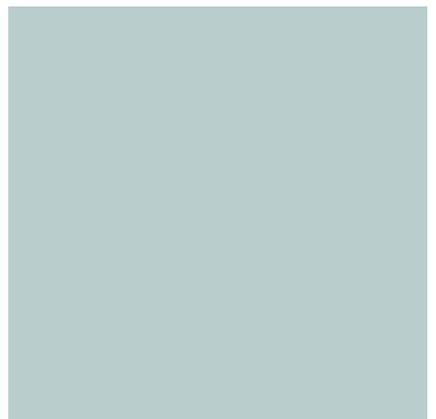
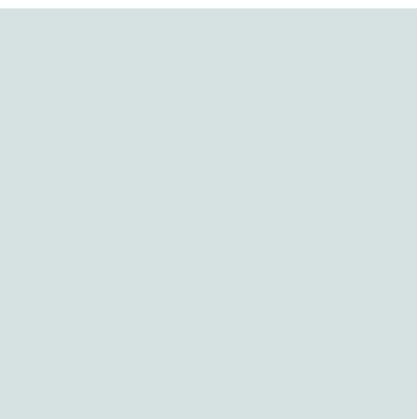
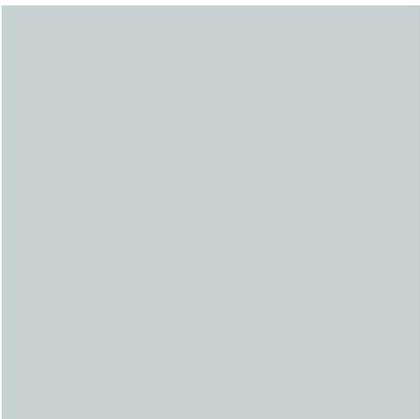
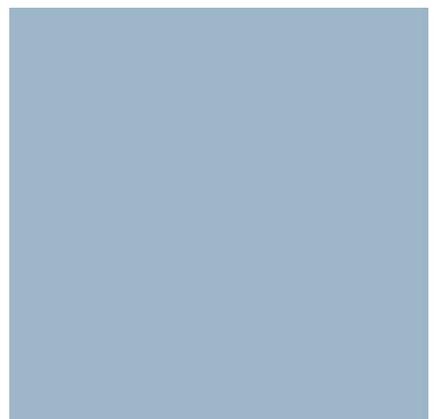
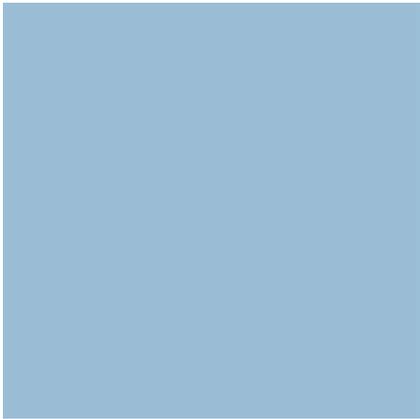
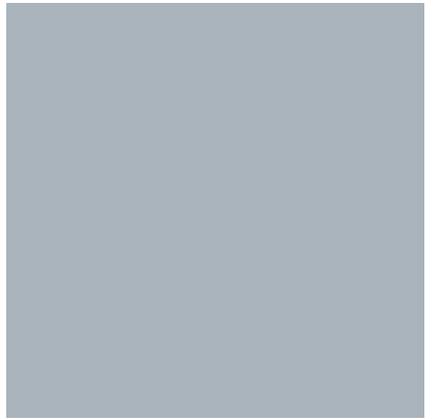
Kommunale Integrationsmodelle

homaira.mansury@frankenwarte.de

---

<sup>1</sup>aus: Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung: Management kommunaler Integrationspolitik. Strategie und Organisation. Bericht Nr. 7/2005, S.13

<sup>2</sup>Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Leitlinien zur Integrationspolitik, 10.07.2006



## Einleitung

# Spracherwerb im Vor- und Grundschulbereich fördern

Die Kindergärten und Grundschulen stehen vor neuen Herausforderungen und einem veränderten Bildungsauftrag. Das Problem der Sprachverständigung bei den Kindern, bedingt auch durch einen hohen Migrantenteil in Kitas und Schulen, stellt sich nicht erst seit kurzem. Die Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache steht daher im Vordergrund, vorschulische Angebote werden ausgebaut und der Bildungsauftrag besonders der Kindergärten gestärkt.

Die Empfehlung auf Seiten der Wissenschaft lautet klar: Es muss durch den erhöhten Bedarf mit der sprachlichen Förderung von Kindern so früh wie möglich begonnen werden, möglicherweise bereits vor dem Kindergartenalter. Dies bezieht sich jedoch nicht nur auf das Erlernen der deutschen Sprache. Es wird vermehrt darauf gesetzt, Kinder mit Migrationshintergrund auch in ihrer Erstsprache zu stärken. Wissenschaftliche Erkenntnisse belegen, dass durch die Wahrung und Förderung der Kenntnisse der Herkunftssprache das Erlernen einer weiteren Sprache, in diesem Falle des Deutschen, entscheidend begünstigt wird.

Berücksichtigt werden hier nicht nur optimierte Lernvoraussetzungen für den Schulunterricht und das Ziel, jedem Kind die bestmögliche sprachliche Förderung zukommen zu lassen, sondern auch das Prinzip der Anerkennung. Eine nichtdeutsche Herkunftssprache, welche beispielsweise vorrangig im familiären Umfeld der Kinder gesprochen wird, erfährt somit auch außerhalb des eigenen Heimes eine Aufwertung und Gleichberechtigung. Nach wie vor erfahren Kinder mit Migrationshintergrund im jungen Alter eine Stigmatisierung, wenn sie des Deutschen nicht

ausreichend mächtig sind und eine weitere, anderen Kindern fremde Sprache sprechen. Einen positiven Faktor bildet das Potenzial der Mehrsprachigkeit, das es zukunftsorientiert zu fördern und auszuweiten gilt. Die Ressource dieses Potenzials ist noch immer nicht allgemein anerkannt, wird jedoch immer relevanter auf dem Arbeitsmarkt und bei der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Förderung der Sprachkenntnisse bildet die Grundlage, die Kinder benötigen, um in der Schule dem Unterricht folgen zu können. Berufliche Chancen, soziale Integration und politische Teilhabe an der Gesellschaft gehen damit eng einher. Jedoch können die Arbeit und die Verantwortung nicht nur bei Kindergärten und Grundschulen liegen. Hiermit ergibt sich eine weitere große Herausforderung: Nur eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern und ErzieherInnen bzw. LehrerInnen kann gewährleisten, dass besonders Kinder mit Migrationshintergrund effektiv gefördert und motiviert werden können. Dazu muss das Vertrauen und das Engagement der Elternschaft gewonnen und die Wichtigkeit der Zweisprachigkeit wie auch die Notwendigkeit der Anerkennung des Kindergarten- und Schulsystems vermittelt werden.

Aufgrund starker Kulturunterschiede treten Kinder mit Migrationshintergrund oftmals wie in eine neue Welt ein, wenn sie einen deutschen Kindergarten oder eine Grundschule in der ersten Zeit besuchen. Daher ist auch die Bereitschaft der ErzieherInnen bzw. LehrerInnen notwendig, sich auf diese veränderten Lehrbedingungen einzulassen, Offenheit und Anerkennung gegenüber anderen Lebensweisen und Kulturen zu zeigen. Die

Zusammenarbeit mit den Eltern unterstützt diesen Prozess entscheidend, womit eine Kommunikation und gegenseitige Wertschätzung entstehen können. Dazu müssen jedoch – auch zugunsten der Kinder – die elterlichen Deutschkenntnisse gefördert werden.

Die folgenden Projekte haben sich in dieser Hinsicht als vorbildhaft erwiesen und eine positive Wirkung auf die Entwicklung der Kinder – und der Eltern – verzeichnen können.



Berlin

## »Cocuk yuvasi – wie ein Nest für Kinder«

Wie eine Kita die Muttersprache ebenso wie die Zweitsprache fördert

»Die sprachliche Bildung eines Kindes ist ein ganzheitlicher Prozess. Daher wird in unseren Kitas die Erstsprache genau so anerkannt und wertgeschätzt wie die Zweitsprache. Gerade in der heutigen Zeit ist Mehrsprachigkeit eine so wichtige Ressource, die sich im frühen Alter gut fördern lässt.«

Edith Giere, Leiterin der Kita

**N**a klar weiß ich, wo wir hier drauf sind!« Deniz springt begeistert auf und drückt seine kleine Nase an dem Plakat an der Wand beinahe platt. Es zeigt Berlin aus der Vogelperspektive. Der 5jährige Junge mit dem dichten schwarzen Haar und dem entscheidungsstarken Gesichtsausdruck fachsimpelt darüber, wo denn nun die Kindertagesstätte zu finden sei, wo sein Zuhause und wo der lange Fluss lägen. Alle Fingerzeige sind kartografisch zwar knapp daneben, Deniz' Deutsch ist dafür jedoch fast fließend, und er hört schon gar nicht mehr auf, sich als Touristenführer auf dem verwirrenden Plakat auszugeben. Dann wird er von seinem deutschsprachigen Erzieher zurück in die Kuschelecke gerufen und liest mit ihm gemeinsam »Gökkuşuğu Balığı Artık Korkmuyor – Der Regenbogenfisch hat keine Angst mehr«.

Edith Giere streichelt Deniz über den Kopf: »Das ist uns ganz besonders wichtig: Die Kinder, die in dieser Kita sind, lernen deutsch, aber sie hören und sprechen hier auch ihre Muttersprache.« Edith Giere ist eine der beiden Leiterinnen des deutsch-türkischen Kindergartens in Berlin-Kreuzberg. Ihre Kollegin Nurgün Karhan zeigt einzelne Räume mit Zeichnungen, Bildern, Büchern, Basteleien und anderen Gegenständen: Alles ist in zwei Sprachen gekennzeichnet, auf Deutsch und auf Türkisch: »In unserem Konzept setzen wir besondere Betonung darauf, dass die Gleichwertigkeit der türkischen und der deutschen Kultur und Sprache zu erfahren ist.«

Lange bevor dieses Konzept im Berliner Bildungsprogramm verankert wurde, war es bereits wesentlicher Bestandteil im Kita-Alltag des Vereins zur Förderung ausländischer und deutscher Kinder e. V. (VAK): die gleichberechtigte Sprach-erziehung und Sprachförderung. 1971 gegründet, setzt der Verein sich seither für

die zweisprachige, interkulturelle Erziehung und die Förderung von ausländischen und deutschen Kindern ein. Zwei Kitas in Berlin-Kreuzberg beherbergen momentan 170 Kinder im Alter von ein bis sechs Jahren.

In diesen Kindertagesstätten sind deutsche wie auch türkische Erzieherinnen beschäftigt. Sie arbeiten jeweils in einem Zweierteam: Eine Erzieherin spricht mit den Kindern ausschließlich Türkisch, die andere ausschließlich Deutsch nach dem Prinzip: eine Person – eine Sprache. »Die Kinder müssen erleben können, dass ihre Erstsprache von großer Wichtigkeit ist und gefördert wird, ohne dass dabei das Erlernen der deutschen Sprache behindert wird oder zu kurz kommt«, erklärt Edith Giere das Prinzip des Konzepts. Die Erzieherinnen sprechen in ihrer jeweiligen Muttersprache mit den Kindern, die meisten beherrschen beide Sprachen. Einige deutsche Erzieherinnen sind bereits so lange im Team, dass sie gut türkisch sprechen können.

In Berlin-Kreuzberg wohnen gut 200 Nationalitäten auf engstem Raum zusammen, 51 000 Bewohner, etwas über ein Drittel ist nicht-deutscher Herkunft, von denen 30 000 einen türkischen Hintergrund haben. Dies erklärt, weshalb das Einzugsgebiet der beiden Kitas schon immer eine stark deutsch-türkische Prägung hatte.

Edith Giere geht in der Zeit zurück: »Ursprünglich hatten besonders die türkischen Anwohner nicht daran gedacht, in Deutschland zu bleiben, also waren sie mit einer monolingualen, türkischen Kita sehr zufrieden, in der das Kind seine Erstsprache nicht verlernen konnte.« Als sich die Situation wandelte und der langfristige Verbleib in Deutschland abzusehen war, änderten sich die sprachlichen Anforderungen: →

# Cocuk yuvasi...

»Auch wenn viele Eltern irgendwann immer verstärkter darum baten, dass man mit ihren Kindern Deutsch sprechen sollte, behielten wir die Förderung der Erstsprache bei.«

Die Bevölkerungssituation und das Lebensumfeld in Kreuzberg waren Anlässe für den VAK, 1982 die zweisprachige interkulturelle Konzeption zu entwickeln und auszuführen. Dem Kind das Gefühl zu geben, dass es sich in seinem Umfeld wohl und geborgen fühlen und frei ausdrücken kann, ist dabei ein Ziel: »Die Erstsprache ist nun mal diejenige, die in der Familie gesprochen wird, das gibt Sicherheit. Die Kinder bekommen vermittelt, dass es eine gute und keine verbotene oder einzuschränkende Sprache ist, und dass auch die damit verbundene Kultur ein wertschätzender Teil ihrer Identität ist«, erklärt Nurgün Karhan, die darin auch für das Selbstverständnis und Selbstbewusstsein der Kinder prägende Eindrücke findet. »Tatsache ist auch, dass bilingual aufwachsende Kinder natürlich etwas mehr Zeit in ihrer sprachlichen Entwicklung benötigen. Es ist wichtig, dass wir das den oftmals besorgten Eltern verständlich machen und auch den Kindern erklären, dass sie da einen tollen Schatz mit sich herumtragen und ausbilden.«

Wie sich die sprachliche Förderung auf den Werdegang der Kinder auswirkt, haben die beiden Leiterinnen und Erzieherinnen oft genug miterlebt, denn viele ehemalige Schützlinge schauen heute noch ab und zu vorbei. Einige haben mittlerweile selbst Kinder, die sie in die Kitas des VAK bringen. Früher habe stets die Angst überwogen, dass Kinder mit Migrationshintergrund mit der sprachlichen Überforderung nicht zurecht kämen und auf Sonderschulen landeten: »Ich habe genügend Gegenbeispiele erlebt. Ich kenne Schüler, die ihr Abitur machen, eine Lehre beginnen oder anfangen zu studieren. Natürlich sind das nicht alle«, bemerkt Nurgün Karhan, »aber

man kann sehen, dass die Konzeption viel Positives bewirkt hat.« 2002 hat eine der beiden Kitas einen neuen Schwerpunkt auf Mehrsprachigkeit auch in Englisch, Spanisch und Französisch gesetzt. Dieses Prinzip ist übrigens nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund förderlich, sondern auch für deutsche Kinder: »Sie sind zwar nicht in der Überzahl, aber es gibt Eltern, die ihr Kind bewusst in unsere Kitas bringen, weil sie beispielsweise wissen, dass es hier auch Türkisch lernen kann – immerhin wird Türkisch in so manchen Kreuzberger Straßenzügen mehr gesprochen als Deutsch.«

Die Familie bedeutet für die meisten Kindergartenkinder eine vertraute Umgebung, nicht zuletzt deswegen hängen in den Kitas an den Wänden nicht nur Fotos von allen Kindern, sondern auch von ihren Familien. Auf diesen Fotocollagen werden alle Mitglieder mit Namen gezeigt. Auf diese Weise lernen die Kinder im Rahmen der ‚vorurteilsbewussten Erziehung‘, dass es unterschiedliche Familienformen und -konstellationen wie auch unterschiedliche Gesichter, Hautfarben und Nationalitäten gibt.

Der sozialdemokratischen Bezirksstadträtin Sigrid Klebba liegt die mehrsprachige Erziehung besonders am Herzen: »Sprachliche Förderung soll das Tor zur Welt weit aufstoßen und Kindern von Anfang an eine positive Grundhaltung zur Mehrsprachigkeit vermitteln. Dies bedeutet, die Erstsprache der Kinder und ihrer Familien aktiv in den Kita-Alltag einzubeziehen. Eltern können dabei ganz selbstverständlich und unkompliziert mitwirken, so dass daraus eigenes Interesse und Engagement zur Förderung ihrer Kinder entsteht.«

So ist die Zusammenarbeit mit den Eltern der Kindergartenkinder ein weiterer wesentlicher Baustein für die Basis des Konzepts im Kita-Alltag. Das Team um Edith Giere und Nurgün Karhan hat über

die Jahre hinweg erreicht, dass sich besonders die Mütter in der Einrichtung wohl fühlen und auch einen Teil ihrer Freizeit dort verbringen. Jedes neue Kind hat mit den Eltern eine zweiwöchige Eingewöhnungszeit, in der die Mütter und Väter mit den Erzieherinnen Erziehungsfragen, Wünsche und Ängste diskutieren. Regelmäßig stattfindende Frühstücke, Gesprächskreise und Elternabende haben eine vertraute Atmosphäre geschaffen: »Das Verhältnis zwischen den Eltern und den Erzieherinnen beruht auf Vertrauen und Offenheit. Außerdem bewegen sich besonders die Frauen sehr entspannt in der Kita. Meist machen sie sich schon den Tee oder den Kaffee selbst und schmieren Brötchen für alle«, lacht Nurgün Karhan. Diese Stimmung gibt Gelegenheit zu Gesprächen über Erziehungsfragen oder Probleme unterschiedlicher Art. »Außerdem bieten wir mehrmals in der Woche Deutschkurse für Eltern an, und dieses Angebot wird auch genutzt«, fügt Edith Giere hinzu.

Eine abschließende Frage an die Kinder, die an diesem heißen Sommertag im großen Garten herumtollen, erübrigt sich eigentlich: Sie sprechen untereinander Deutsch, unterhalten sich aber auch in ihrer Muttersprache und spielen zufrieden miteinander, wobei sie sich nicht von neugierigen Erwachsenen stören lassen wollen.

## **Ansprechpartner**

**Edith Giere und Nurgün Karhan**  
Leiterinnen der Kindertagesstätte  
Telefon 030 - 618 6574  
VAK-Kitas@t-online.de  
www.vak-kindertagesstaetten.de

**DAS ZITAT**

»Sprachliche Förderung soll das Tor zur Welt weit aufstoßen und Kindern von Anfang an eine positive Grundhaltung zur Mehrsprachigkeit vermitteln. Dies bedeutet, die Erstsprache der Kinder und ihrer Familien aktiv in den Kita-Alltag einzubeziehen. Eltern können dabei ganz selbstverständlich und unkompliziert mitwirken, so dass daraus eigenes Interesse und Engagement zur Förderung ihrer Kinder entsteht. Deshalb beinhaltet eine so verstandene ganzheitliche Sprachförderung vor allen Dingen die Anerkennung der vielfältigen Familienkulturen und die Fähigkeit, im pädagogischen Alltag vorurteilsbewusst zu handeln. Unser Sprachförderkonzept beinhaltet die bewusste Nutzung mehrsprachiger Kompetenzen von Kindern, Eltern und pädagogischen Fachkräften zum Aufbau verbindlich abgestimmter Bildungsk Kooperationen von Kita, Schule und Nachbarschaft.«



Bezirksstadträtin Sigrid Klebba (SPD),  
Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg



»Man sagt doch immer als Grundsatz: Alle Menschen sind gleich. Das ist das Ideal, aber nicht Realität, wenn man sieht, wie unterschiedlich Menschen von anderen Kulturen behandelt werden und denken, sie können nicht miteinander leben. Viele wollen es nicht. Viele wollen diesen Grundsatz nicht leben. Daran muss die Politik arbeiten.«

Elaine, 61

# Acht Meilensteine für eine erfolgreiche lokale Integrationsarbeit



**Bestandsaufnahme**

**Beziehungen und Einflüsse vor Ort nutzen**

**Der Zielfokus zur Planung einer Aktivität**

**Kommunikation und Widerstand**

**Mit Themen mobilisieren**

**Öffentlichkeit**

**Der Runde Tisch als Einstieg in die Vernetzung**

**Nachhaltiges Arbeiten sichern: Wie es weitergeht**

## TIPPS ZUM HANDELN

Verteilt über diese Broschüre finden Sie acht »Meilensteine für eine erfolgreiche lokale Integrationsarbeit«. Diese Meilensteine geben Ihnen Orientierung, was zu beachten ist, wenn Sie sich in der Kommunalpolitik aktiv mit Integrationsarbeit auseinandersetzen wollen. Diese Auflistung ist nicht komplett, erleichtert Ihnen aber den Einstieg in die strategische Arbeit vor Ort.



Frankfurt am Main

# Durch Arbeit mit Sprache zur Mitsprache

## Lernen in der Schule als ganzheitlicher Integrationsansatz

»Das ‚mitSprache‘-Projekt ist nicht bloß Förderunterricht, den gibt es auch an vielen anderen Einrichtungen. Hier geht es aber um einen übergreifenden Ansatz. Wir haben nicht nur Förderstunden für Kinder, sondern es wird auch bei den Eltern und der Lehrerschaft angesetzt. Das macht den Erfolg aus.«

Ulrich Grünenwald, Rektor



Die Hallen der Henri-Dunant-Schule in Frankfurt-Sossenheim sind geschmückt mit unzähligen Kinderbildern. Darunter stehen die Namen der kleinen Künstler, die aus aller Herren Länder kommen. Der Gast findet außerdem viele Glasvitrinen mit verschiedenen Gegenständen vor, die auf Deutsch, Türkisch und Arabisch beschrieben werden. In den Klassenzimmern hängen Plakate mit Tages- und Monatsnamen, aufgemalten Gegenständen und unterschiedlichen Nationalflaggen, immer auf Deutsch und Türkisch benannt.

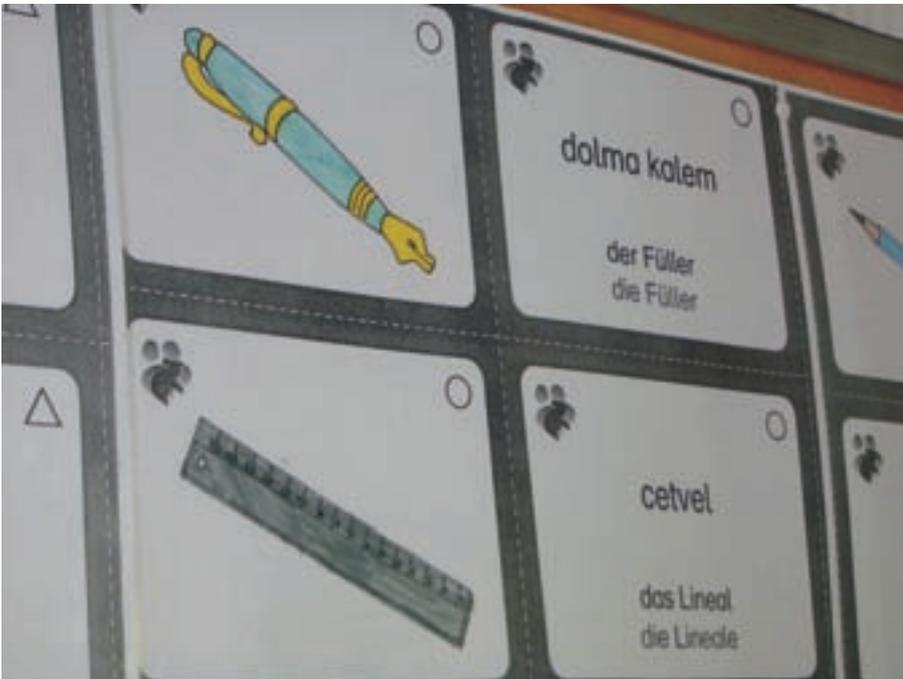
Rektor Ulrich Grünenwald führt durch die Räumlichkeiten: »Wie Sie sehen, würdigen wir hier verschiedene Nationalitäten. Die türkische und die arabischsprachigen Nationalitäten sind hier die zahlenmäßig am stärksten vertretenen. Wir haben hier einen Migrantenanteil von gut 60 Prozent.« Diese Gegebenheiten sind keine Seltenheit mehr an Schulen insbesondere in deutschen Großstädten. Die Henri-Dunant-Schule beheimatet seit 2002 das ‚mitSprache‘-Projekt: »Solche Maßnahmen hätten schon viel früher eingesetzt werden sollen. Man könnte eigentlich sagen, es ist beinahe zu spät. Die Fragen stellen sich schon seit längerem, weshalb wir Probleme welcher Art bezüglich des Sprachstands unserer Schülerinnen und Schüler haben.« Auch Grünenwald ist überzeugt, dass Sprachfördermaßnahmen so früh wie möglich mit entsprechenden Konzepten und Lernmaterialien eingesetzt werden sollen.

Das Konzept mit dem klangvollen Wortspielnamen existiert seit 2000 und ist ein prozessorientiertes und auf die Verschiedenheit der beteiligten Schulen ausgerichtetes Modellprojekt, das der soziokulturellen und sprachlichen Integration von zugewanderten Schülern und ihrer Eltern dient. Worum es bei ‚mitSprache‘ geht, erläutert Helga Nagel, Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) der Stadt

Frankfurt: »Das Konzept fußt auf vier Säulen: Deutsch als Zweitsprache, Mehrsprachigkeit, Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern und Lehrerfortbildungen zu diesen genannten Themenbereichen.« In Absprache mit dem Staatlichen Schulamt wurden vier Projektgrundschulen ausgewählt: Eine der Schulen, die Karmeliter Schule, liegt im Frankfurter Bahnhofsviertel und hat eine Migrantenquote von 90 Prozent. Die Schulen wurden nicht zufällig ausgesucht: »Das Spezifische des Konzepts ist, dass Komplexe ineinander übergreifen und als ganzheitlicher Ansatz verstanden werden, daraus werden mit der Zeit Schwerpunkte in einzelnen Schulen gesetzt. Der Kontext wird auch zum Stadtteil und zum Lebensumfeld gezogen.« Die Schulen tauschen sich untereinander aus, wodurch eine effektive Zusammenarbeit entstanden ist. Dafür sind in den einzelnen Einrichtungen durch städtische Mittel finanzierte pädagogische Moderatorinnen zuständig, die die Entwicklungen des Projekts vor Ort steuern und neue Ideen in das Schulleben einbringen.

‚mitSprache‘ arbeitet im Bereich Deutsch als Zweitsprache nach neuen modellhaften Wegen, Schülern mit Migrationshintergrund verbesserte sprachliche Förderung zukommen zu lassen, und baut sie in das Schulleben als festen Bestandteil ein. Die Befürwortung der Mehrsprachigkeit findet darin ihren Ausdruck, dass diese als Ressource anerkannt wird und in Unterrichts- und Schulprojekten zum Einsatz kommt, wie Ulrich Grünenwald bemerkt: »Es hieß früher immer: ‚Ihr sollt Deutsch sprechen!‘ Diese Zeiten sind passé. Andere Erstsprachen müssen positiv belegt werden.« Die Lehrkräfte werden gezielt auf interkulturelles Lernen und veränderte Lernstrukturen geschult. Auch darin sieht der Rektor eine Notwendigkeit: »Grundschullehrer werden nach wie vor ausgebildet, um deutsche Kinder zu unterrichten. Aber die Vorgehensweise muss doch den →

# Durch Arbeit mit ...



Gegebenheiten angepasst werden. Die Lehrerschaft hat ein anderes, offeneres Bewusstsein für diese Thematik, seitdem wir ‚mitSprache‘ eingeführt haben, zumal sie sich in Projektgruppen untereinander austauschen und neue Ideen entwickeln.« Besonders wichtig sind die Begegnungen der Schülerschaft mit verschiedenen Kulturen und Lebensweisen: »Wir wertschätzen hier jede Kultur, gehen in Moscheen und Kirchen, erklären den Ramadan wie auch christliche Feste und Bräuche. Wir leben diese Realität an der Schule.«

Als einen der wichtigsten ‚mitSprache‘-Bausteine bezeichnet Helga Nagel die Arbeit mit den Eltern und die Einbeziehung in das Schulleben: »Wenn man sagt, die Eltern ziehen nicht mit, ist das zu kurz gesprungen. Die Schule muss aktiv den Kontakt suchen und erst für eine Wohlfühlatmosphäre sorgen, dann wird die Distanz abgebaut und das Sprechen fällt leichter, das Engagement kommt eher zustande.« Durch die Projektmaßnahmen würden neue Brücken gebaut, der auch in anderen Städten erfolgreiche ‚Mama lernt Deutsch‘-Unterricht findet in eigens dafür

ingerichteten Schulräumen statt. Somit wird die Identifikation mit der Schule der Kinder erhöht: »Eigene Räume in der Nähe der Kinder, Begrüßungen in den Sprachen der Teilnehmerinnen, all diese Dinge können psychologisch einiges bewirken. Viele Eltern wissen nur wenig über das deutsche Schulsystem und das, was ihre Kinder dort tun. Natürlich bringen sie die Vorstellungen ihrer Herkunftsländer mit. Es ist wichtig, auch psychologisch auf die Eltern einzugehen und ihnen die Wichtigkeit ihrer Rolle zu verdeutlichen. Die Schule ist für alle nicht nur Lern-, sondern auch Lebensraum, den auch die Eltern aktiv mitgestalten.«

Die Sprachkurs-Teilnehmerinnen werden nach einem Jahr Begleitung nicht allein gelassen, sondern beispielsweise an die VHS weiterverwiesen: »Wir arbeiten mit pädagogischen Einrichtungen vor Ort zusammen, die die Teilnehmerinnen in ihrem Stadtteil einfach erreichen können. Dies wird vielerorts schlichtweg nicht bedacht. Daher können wir nachhaltig für bessere Sprachkenntnisse sorgen, weil die Angebote so eher wahrgenommen werden.«

Die zuvor vier beteiligten Grundschulen haben einen Migrantenanteil zwischen 50 und 90 Prozent. Nach der erfolgreichen Erprobung an einer Schule wurde das Projekt bereits nach einem Jahr auf vier weitere ausgeweitet. Im Herbst 2006 werden vier weiterführende Schulen das Programm übernehmen, um die Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf zu begleiten: »Dies geschieht im Rahmen des Nachhaltigkeitsprozesses, denn die Schulleiter der bisher beteiligten Schulen haben eine positive Veränderung in der Arbeit der Schule wahrgenommen. Das muss weitergehen.« Ein besonderer Schwerpunkt wird auf die Vernetzung im Stadtteil gelegt.

Die ‚mitSprache‘-Initiative entstand in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt, dem Hessischen Kultusministerium und dem AmKA, das das Konzept erarbeitete und den operativen Teil übernahm. Die Ressourcen stellte das Dezernat für Integration bereit. Dezernent Dr. Albrecht Magen setzt sich für ‚mitSprache‘ ein und sieht auch eine klare Aufgabe in der Politik: »Wir haben als Tatbestand eine multikulturelle Gesell-

»Mal ehrlich: Es ist doch toll, dass wir viele verschiedene Menschen aus vielen verschiedenen Ländern hier haben. Wie arm wären wir, wenn wir die verschiedenen kulturellen Einflüsse nicht hätten, wie kurzsichtig und ignorant. Diese Message muss mal weitergetragen werden an die, die das noch nicht verstanden haben.«

Silke, 21

schaft – und wir haben ein politisches Ziel, nämlich diese Gesellschaft nicht auseinander driften zu lassen, sondern unter einem Dach zusammenzuführen. Alle Gruppierungen müssen über politische Grenzen hinweg zusammenarbeiten.«

Als das befristete Projekt auslief und drohte, aus finanziellen Gründen nicht fortgeführt zu werden, schaltete sich der SPD-Ortsverein Sossenheim ein. Günter Moos und sein Sohn Klaus sind von der Tragweite des ‚mitSprache‘-Projekts so überzeugt, dass sie sich im vergangenen Jahr vor Ablauf der Fördermittel aktiv einsetzten: »Sossenheim ist ein Stadtteil mit einem sehr hohen Migrantenanteil, da war diese Nachricht alarmierend für uns, weil ‚mitSprache‘ sinnvoll die Integration unterstützt.« Günter und Klaus Moos brachten dieses Thema auf den Tisch der nächsten Ortsbeiratssitzung und baten in einem schriftlichen Antrag darum, Lösungen für die Weiterfinanzierung an den beiden Projektgrundschulen im Stadtteil zu finden. Mit Erfolg, wie Günter Moos berichtet: »Der Antrag bekam auch die Unterstützung der

anderen Fraktionen. Die kommunale Politik ist dem Bürger am nächsten, weil wir vor Ort sind und uns mit den Nöten und Sorgen ernsthaft auseinandersetzen müssen.« Ulrich Grünenwald ist sichtlich zufrieden: »Das Engagement hat mich sehr gefreut, denn es wurde auf kommunal-politischer Ebene das Bewusstsein für die Wichtigkeit dieses Handlungsfeldes geweckt.«

Ulrich Grünenwald unterstreicht die Wichtigkeit der Fortführung: »Mittlerweile ist das Projekt hier nur der Mittelpunkt. Aus ihm entstehen so viele neue Ideen und Netzwerke, die an Runden Tischen im Stadtteil diskutiert werden, beispielsweise: Wie kann man von klein auf Sprachförderung möglich machen?« Das Engagement ausländischer Eltern bei schulischen Aktionen und im Alltag habe sich gesteigert, womit eine Vertrauensbasis entstanden sei: »Es müsste viel mehr Schulen geben, die ‚mitSprache‘ anwenden, das Bewusstsein dafür muss geweckt werden. Man sieht: Wo ein Wille ist, da ist meist auch ein Weg!«

### **Ansprechpartner**

#### **Helga Nagel**

Amtsleiterin  
Amt für multikulturelle  
Angelegenheiten der  
Stadt Frankfurt am Main  
Telefon 069 - 212 38765  
helga.nagel@stadt-frankfurt.de  
www.stadt-frankfurt.de/amka

#### **Ulrich Grünenwald**

Rektor  
Henri-Dunant-Schule, Frankfurt am  
Main  
Telefon 069 - 342 411  
ulrich.gruenenwald@stadt-  
frankfurt.de  
www.henri-dunant-schule.de.vu

Stichwort

# »Auf dem Schulhof sprichst du Deutsch!«



## DAS ZITAT

»Wir haben über 180 Nationen und 200 Kulturen in der Stadt Frankfurt am Main. 165.000 ausländische Einwohner leben hier, das entspricht etwa 26 Prozent der Gesamtbevölkerung. Wir haben als Tatbestand eine multikulturelle Gesellschaft, aber wir haben ein politisches Ziel, nämlich diese Gesellschaft nicht auseinanderdriften zu lassen, sondern unter einem Dach zusammenzuführen. Alle Gruppierungen müssen über politische Grenzen hinweg zusammenarbeiten.«



Stadtrat Dr. Albrecht Magen (CDU),  
Dezernent für Integration der Stadt  
Frankfurt am Main

## EINIGE GESAMMELTE ANSICHTEN DAFÜR UND DAGEGEN

### PRO

- Deutsche Sprache als Schlüssel zum Bildungserfolg
- Bessere Chancen für den beruflichen Einstieg
- Größere Chancen zur Teilhabe an der Gesellschaft
- Es gibt eine gemeinsame Sprache für alle an der Schule
- Es gibt Schulen, an denen die Schülerschaft es selbst will
- Erweiterung des deutschsprachigen Lernumfelds
- Konflikte werden reduziert: Niemand kann heimlich über andere reden

### CONTRA

- Schwächung der muttersprachlichen Fähigkeiten
- Die Schule ist kein »Schutzraum« mehr: Unwohlsein in einer nicht-eigenen Sprache
- Verbot und Zwang sind unproduktiv und einschüchternd
- Spracherwerbsforschung: Die Entwicklung der Erstsprache bei Kindern mit Migrationshintergrund wird behindert – sie muss in den Schulalltag eingebunden werden
- Gefahr der »doppelten Halbsprachigkeit«
- Durch die Einschränkung kann Kommunikation verarmen

# 1: Bestandsaufnahme



## FRAGEN AN MEINE STADT

Wie viele Personen mit ausländischem Pass wohnen in unserer Kommune? Wie groß ist die Anzahl nach Geschlecht? Wie viele Kinder unter 16 Jahren, wie viele Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren wohnen hier? Wie viele Nationen sind vertreten? Die drei stärksten Gruppierungen?

Welche Migrantenorganisationen gibt es und wie gestalten sich die Kontakte?

Gibt es einen Ausländerbeirat, von der Stadt ernannte Integrationsbeauftragte oder vergleichbare Institutionen und wie arbeiten sie?

Wie befasst sich der Stadtrat mit der Frage der Integration? Welche Beschlüsse gibt es? Gibt es ein Gesamtkonzept der Stadt oder eine Zielvereinbarung mit der Verwaltung? Wird ein jährlicher Integrationsbericht diskutiert? Welcher Ausschuss ist zuständig, mit welchen Befugnissen? Mit welchen aktuellen Themen hat er sich zuletzt befasst?

Wie hoch ist der Prozentsatz der (z. B. fünfjährigen) ausländischen Kinder, die einen Kindergarten besuchen?

Welche Hilfestellungen erhalten die Schulen und Ausbildungsstätten?

Haben wir in unserer Stadt bereits Jugendgremien unter Beteiligung von jungen AusländerInnen?

Gibt es ein Konzept der Stadtverwaltung zur Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund? Gibt es interkulturelle Fortbildungsangebote?

## FRAGEN AN UNS

Wann stand das Thema Integration das letzte Mal auf unserer Tagesordnung?

Kennen und unterstützen wir die Ziele der lokalen Integrationsarbeit und diskutieren wir über ihre Verwirklichung? Was wollen wir?

Wer ist in unserer Fraktion / Organisation für diesen Arbeitsbereich zuständig und wer macht sonst noch mit? Sind wir an Netzwerken beteiligt?

Kennen wir die Schlüsselpersonen des Integrationsprozesses, haben wir ihre Kommunikationsdaten und sprechen wir mit ihnen regelmäßig? Laden wir die Multiplikatoren in unsere Sitzungen ein?

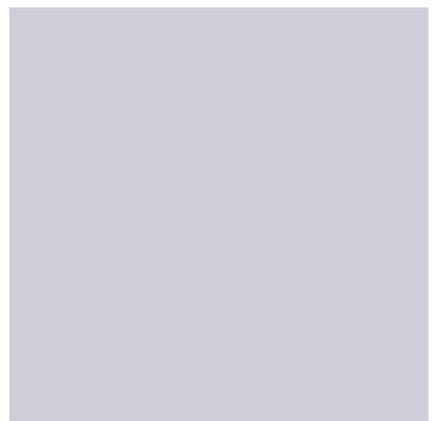
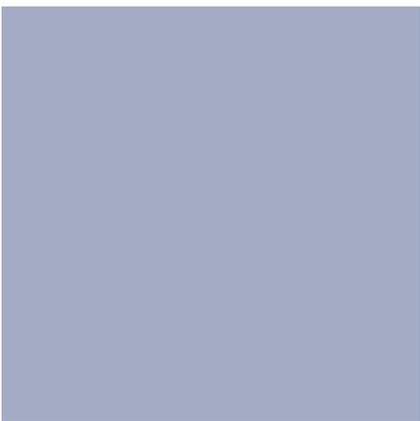
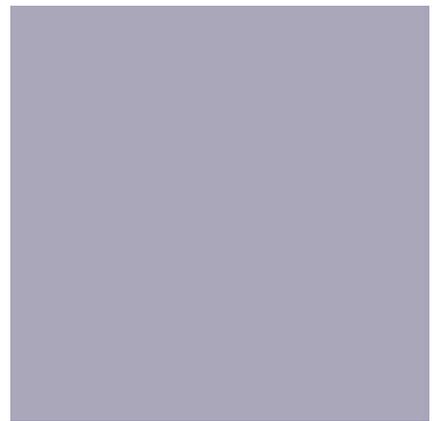
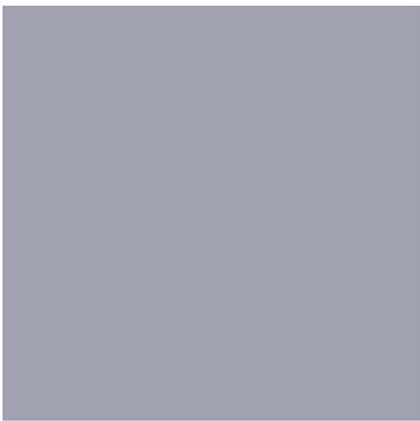
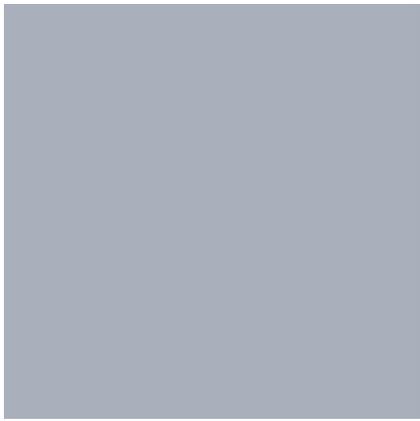
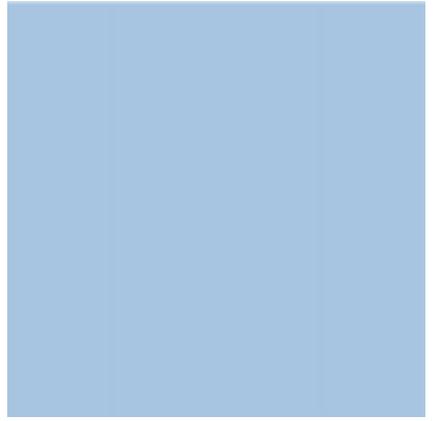
Gehen wir auf die Migrantenorganisationen zu und versuchen wir, die demokratische Teilhabe der Migranten an städtischen Entscheidungen zu beleben, z. B. bei der Gestaltung des Wohnumfeldes / des Stadtteils? Bei welcher unserer Aktivitäten können junge MigrantInnen mitmachen?

Welche Kontakte haben wir bereits und welche wollen wir aufbauen?

Sehen wir die Integrationsarbeit als Chance für unsere Stadt und ziehen wir daraus Schlüsse für unser Handeln?

Gibt es eine interfraktionelle Zielsetzung und politische Verbindlichkeit? Wurden Ziele gemeinsam mit den Betroffenen erarbeitet?

Was setzen wir demnächst fort bzw. wie fangen wir an?



Einleitung

# Arbeitsmarktintegration und berufliche Förderung

Viele Migrantinnen und Migranten, die sich um Arbeit bemühen, sehen sich auf dem Markt doppelt benachteiligt. Als sei der Zugang zur Erwerbstätigkeit nicht schon für alle schwierig, kommen sprachliche Barrieren hinzu.

Die Benachteiligung fängt bereits in der Schule an: Wer nicht die gleichen Voraussetzungen hat, Bildung zu genießen und auszubauen – Schulleistungsstudien haben belegt, dass dies ganz besonders bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund der Fall ist – hat bereits einen ungünstigen Start ins Berufsleben. Notwendige Qualifikationen fehlen oder sind unzureichend. Oft kommen sprachliche Defizite hinzu, das Potenzial der Mehrsprachigkeit ist unter Umständen nicht so ausgebildet oder anerkannt, dass es im Falle einer Bewerbung einen Vorteil verschaffen könnte. Der Weg zu einer Ausbildung oder einer Alternative ist auch für deutsche Jugendliche steinig, nicht-deutsche Jugendliche scheinen jedoch nach wie vor öfter zu stolpern.

Die nötige Motivation entwickelt sich nicht, um die Herausforderung anzugehen: Viele Jugendliche mit Migrationshintergrund sind im Vorfeld demotiviert, fühlen sich nicht integriert und unterstützt. Oft fehlt es auch an Informationen: Wie und unter welchen Voraussetzungen kann man sich bewerben? Wer hilft mit Rat und Tat? Wo gibt es Jobs oder Ausbildungsplätze?

Vor ähnlichen Problemen stehen auch Migrantinnen und Migranten, die in ihrem Herkunftsland bereits eine Ausbildung absolviert oder einen akademischen Abschluss erlangt haben, der in Deutschland jedoch nicht vollwertig anerkannt ist. Die

Ernüchterung trifft die Arbeitssuchenden hart, und der Wille, durch einen Job unabhängig zu sein oder sich in der Gesellschaft zu beweisen, wird nach vielen erfolglosen Bemühungen niedergeschlagen: »Man kann die berufliche nicht von der sozialen Integration trennen, sie sind eng miteinander verflochten«, weiß ein Arbeitsberater. Arbeit bedeutet nicht nur Erwerbstätigkeit, die finanziell einen Schritt aus der Abhängigkeit von staatlicher Hilfe führt, sondern auch eine Aufwertung des Selbstwertgefühls und soziale Anerkennung.

Im Folgenden werden Projekte dargestellt, die sich engagiert des komplexen Feldes der Arbeitsmarktintegration von qualifizierten Migrantinnen und Migranten wie auch Jugendlichen mit Migrationshintergrund angenommen haben, indem sie diese mit Erfahrung und Rat unterstützen. Dabei beziehen sie andere Migranten vor Ort mit ein: Diese werden als PatInnen tätig und helfen ihren Landsleuten mit ihrer Erfahrung. Zusätzlich werden sie geschult, um fachgerecht beraten oder an Hilfeeinrichtungen weiter verweisen zu können. Auch Jugendliche erfahren tatkräftige Unterstützung auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz, wobei lokale Betriebe für die Ausbildung gesucht werden, die selbst Migrationshintergrund haben. Auch sie werden professionell geschult, um den jungen Menschen bestmöglich das entsprechende Handwerk beizubringen. Dabei spielen Anerkennung und Wertschätzung eine entscheidende Rolle.



Bielefeld

# Ein Fuß in die Tür zur Berufswelt

## Migrantinnen und Migranten aktivieren berufliche Selbsthilfepotenziale

»Die Fähigkeiten und das Potenzial von Migranten werden mit diesem Projekt anerkannt und vor allem sichtbar gemacht. Diese Ressourcen wurden vorher nie ernst genommen! Auf einmal sieht man dies in der Öffentlichkeit als positiv an, weil einmal ein anderes und aktives Licht auf die Migranten geworfen wird.«

Emir Ali Sag, Stadt Bielefeld

**A**rbeitslosigkeit ist eines der größten gesellschaftlichen Probleme, die es heute zu lösen gilt. Viele Migrantinnen und Migranten sehen sich in einer zweifach benachteiligten Situation: Sie sind arbeitslos und sie haben Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache. Diese Doppelbelastung anzugehen, machte sich die Stadt Bielefeld gemeinsam mit dem interkulturellen Arbeitsberatungsunternehmen Mozaik Consulting zur Aufgabe: »Wir verstehen uns als eine Brücke zwischen den Zugewanderten und den Einheimischen«, definiert Cemalettin Özer die Arbeit seiner Beratung mitten im Zentrum Bielefelds. »Das interkulturelle Potenzial wird von vielen Arbeitgebern oftmals verkannt, aber auch die Tatsache, dass es viele Migranten gibt, die durchaus eine gute berufliche oder akademische Ausbildung haben, welche hier aber nicht anerkannt oder gering geschätzt wird.«

Eine effektive Möglichkeit, Migranten bei der Arbeitssuche und beim beruflichen (Wieder-) Einstieg zu unterstützen, ist das Anwerben von qualifizierten, sozial und beruflich bereits integrierten Patinnen und Paten mit Migrationshintergrund, die sich in die Lage der Arbeitssuchenden hineinversetzen können und mit ihren Kenntnissen über die Sprache und das System in Deutschland gezielt und bedarfsgerecht vermitteln und beraten.

Das Projekt ‚Netzwerk Patinnen und Paten für die berufliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund‘ ist ein Folgeprojekt des EQUAL-geförderten Konzepts ‚MigrantInnen integrieren MigrantInnen‘. Das erste Projekt, das bis 2004 lief, konzentrierte sich mit der ehrenamtlichen Unterstützung durch Patinnen vorrangig auf Mädchen und junge Frauen bei berufsvorbereitenden Maßnahmen. Cemalettin Özer erklärt die Weiterführung dieser Idee: »Das erste Projekt war erfolgreich, sowohl die Paten als auch die Betreuten fühlten sich in ihren

Rollen gut aufgehoben. Also weiteten wir das Vorhaben im Juli 2004 aus, besonders auf Frauen und Männer mit Abschluss im Herkunftsland, die wir bei der beruflichen Weiterbildung und Arbeitssuche unterstützen wollen.« Mozaik Consulting war dabei Koordinationsstelle und motivierender Ansprechpartner.

18 Patinnen und Paten mit Migrationshintergrund aus Bielefeld wurden aktiv und unterstützten auch Menschen, deren Motivation durch ihre negativen Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt fast verloren gegangen war. Den freiwilligen Paten wurde hierbei eine wichtige Vertrauens- und Vorbildfunktion zugesprochen: »Man kann die berufliche nicht von der sozialen Integration trennen, sie sind eng miteinander verflochten«, ist Cemalettin Özer überzeugt, »und viele der Paten zeigen nach außen hin, dass dies mit entsprechender Unterstützung funktionieren kann.«

Die Idee dieser Projekte ist, Selbsthilfepotenziale von Migranten mit verschiedenen Handlungsansätzen zu entwickeln, zu fördern und für eine verbesserte Integration einzusetzen. Zielgruppe des Patenprogramms waren Migranten zwischen 25 und 45 Jahren, insbesondere bereits qualifizierte Zuwanderer. Die Ziele beinhalteten nicht nur Weiter- und Fortbildung und Vermittlung in Arbeit, sondern auch Unterstützung bei sprachlichen Problemen und Behördengängen.

Annegret Grewe, Ausländerbeauftragte der Stadt Bielefeld, setzt besonders auf Nachhaltigkeit: »Wir haben ebenso ein Netzwerk von ehrenamtlichen und beruflich erfolgreichen Paten aufgebaut, die arbeitssuchenden Migranten mit einem mehrsprachigen Beratungs- und Begleitungsangebot zur Seite stehen. Diese Paten sind für ihre Aufgabe trainiert worden und freuen sich natürlich auch über neue Kontakte und Qualifikationen, die sie an anderer Stelle angeben können.« →

# Ein Fuß in ...

Außerdem legte man hierbei wie auch in anderen Bielefelder Projekten Wert auf eine monetäre Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements und zahlte eine monatliche Aufwandsentschädigung aus.

Das Projekt teilt sich in drei Phasen: Erstens die Orientierungsberatung und Begleitung durch PatInnen bei Behörden-gängen, bürokratischen Angelegenheiten und Fragen rund um die Anerkennung von Berufsabschlüssen im Ausland. Zweitens werden Workshops und Seminare zur Weiterbildung angeboten, die sich mit Integrations-, Orientierungs- und Bewerbungstrainings wie auch EDV befassen. Drittens wird eine Datenbank für interessierte Arbeitgeber erstellt, die nach qualifizierten Fachkräften mit interkulturellen Kompetenzen suchen. Alle Projektteilnehmer erhalten somit eine Plattform und die Möglichkeit, sich und ihre Fähigkeiten herauszustellen.

Die Ergebnisse der miteinander verbundenen Projekte sprechen für sich selbst: Die Patinnen und Paten haben eine Mentorenfunktion, durch die sie mit der Zeit eine Vertrauensbasis und Verständnis in der Zusammenarbeit aufbauen konnten. Innerhalb der sechs Monate des Folgeprojekts nahmen 209 MigrantInnen teil und haben ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt stetig verbessert; fünf feste Arbeitsplätze und zwei Praktika konnten in der Zeit direkt vermittelt werden. Außerdem wurde das Projekt mit dem Robert-Jungk-Preis 2005 des Städte-Netzwerkes NRW ausgezeichnet. Auch andere Städte haben bereits das Potenzial dieses Konzepts für sich entdeckt.

Beide Projekte kennt Günter Garbrecht, Sozialdemokrat in der Bielefelder Stadtratsfraktion, gut. Er ist zufrieden mit den Ergebnissen: »Die Idee hat mich überzeugt, weil durch dieses Angebot MigrantInnen erreicht werden, die aus den unterschiedlichsten Gründen von keiner anderen Seite Unterstützung erhalten. Es

ist im besten Sinne Hilfe zur Selbsthilfe. So können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekts den Ratsuchenden zugleich umfassende Kenntnisse über die Strukturen, die Abläufe und die rechtlichen Grundlagen und Zusammenhänge vermitteln, über die viele Zuwanderer nicht verfügen.«

Emir Ali Sag, Mitarbeiter im Interkulturellen Büro, liegt die Botschaft des Projekts besonders am Herzen: »Alle sprechen immer von den Problemen der Integration, aber was ist mit den positiven Seiten? Ich plädiere dafür, dass man gerade diese in der Presse und der Öffentlichkeit sichtbar macht, damit auch die Menschen vor Ort dies wahrnehmen.« Hierin sieht Sag auch eine Anforderung an die Kommunalpolitik: »Eine der zentralen Aufgaben ist die positive Belegung der Integration, des Bildes der MigrantInnen, das nicht nur pöbelnde Jugendliche darstellt. Es war noch nie so schlimm wie jetzt.«

Auch Cemalettin Özer ist überzeugt, dass der allgemein gehaltene Ruf von MigrantInnen und MigrantInnen in der Öffentlichkeit nicht der Realität entspricht: »Es gibt mehr MigrantInnen, als man denkt, die sich für die Integrationsarbeit einsetzen. Ehrenamtliches Engagement muss auch in diesem Bereich groß geschrieben werden. Um mehr Personen dafür zu gewinnen, muss dieses Engagement an die Öffentlichkeit und Anerkennung erhalten!« Die Beratungsarbeit sei erwünscht, die Klientel sei da, weiß Annegret Grewe. Besonders Arbeitslosenfragen nähmen bei der Integrationsberatung einen immer größer werdenden Raum ein – das Selbstbewusstsein nehme dabei in vielen Fällen ab, weshalb das Patenprogramm zur richtigen Zeit gekommen sei: »Eines der Hauptprobleme ist das Gefühl, hängen gelassen zu werden. Die Potenziale sind da, müssen aber geweckt werden. Wo MigrantInnen sonst beraten werden, wird ihnen oft gesagt, das Wichtigste sei, Deutsch zu lernen. Was ist

aber mit dem zusätzlichen Blick auf die eigenen Ressourcen? Dieses Potenzial und die entsprechende Kombination aus beidem ist die Zukunft, das muss verstanden werden.«

## **Ansprechpartner**

### **Annegret Grewe**

Ausländerbeauftragte  
Interkulturelles Büro der  
Stadt Bielefeld  
Telefon 0521 - 51 3403  
annegret.grewe@bielefeld.de  
www.bielefeld.de/de/rv/  
ds\_stadtverwaltung/intbue/

### **Cemalettin Özer**

Geschäftsführer  
Mozaik Consulting  
Telefon 0521- 966 820  
oezer@mozaik.de  
www.mozaik.de

## **Weitere Informationen im Internet unter**

www.equal-in-owl.de  
www.equal-de.de

**DAS ZITAT**

»Es werden durch dieses Angebot MigrantInnen erreicht, die aus den unterschiedlichsten Gründen von keiner anderen Seite Unterstützung erhalten. Es ist im besten Sinne Hilfe zur Selbsthilfe. Das Projekt verfolgt nach meiner Überzeugung einen Erfolg versprechenden Ansatz, denn Migrantinnen und Migranten finden besser Zugang zur zugewanderten Bevölkerungsgruppe, weil sie deren Bedürfnisse und Fragen besonders gut einschätzen können. Das Besondere des Projektes ist, dass nicht an den Defiziten der Migranten und Migrantinnen angesetzt wird, sondern an deren Potenzialen.«



Günter Garbrecht (SPD), Stadtrat in Bielefeld



Gastbeitrag

# Eigenengagement wecken und Unterstützung bieten

von Wolfgang Fehl, Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk e. V.



Köln, 1969:

Guglielmo Coppola kommt mit einem Koffer, 60 Mark und dem Zeugnis der Fachhochschulreife aus einem kleinen italienischen Dorf nach Köln. Mit sechs anderen Gastarbeitern bezieht er eine winzige Wohnung im Ford-Wohnheim, denn bei den Ford-Werken soll er arbeiten. »Die erste Zeit war schon schwer«, gibt Coppola zu. Anderes Land, andere Sprache, andere Mentalität, andere Arbeitsweise – da gab es nur zwei Möglichkeiten: aufgeben oder kämpfen.« Guglielmo Coppola entscheidet sich fürs Kämpfen. Er belegt auf eigene Faust einen Deutschkurs und er ist bereit, für Ford nach Spanien und England auf Montage zu gehen.

Szenenwechsel: die Kölner Fordwerke in den 80er Jahren.

Arbeitsabläufe und -techniken werden computerisiert. Coppola ist klar, dass sein Kampf in die zweite Runde geht: Er absolviert – wieder privat – einen 18monatigen CAD-Kurs. Die Investition zahlt sich aus: Er wird für die Teilnahme an der Ford-internen Weiterbildung »Computergesteuerte Konstruktion« ausgewählt. Und er nimmt 1986 an einem Trainee-Programm teil und erwirbt den Abschluss »Spitzenfacharbeiter mit Spezialaufgaben«.

Die Berufslaufbahn von Guglielmo Coppola beschreibt Arbeitsmarkt-

integration par Excellence. Leider ist nicht jeder Mensch so eine Kämpfernatur – nicht jeder Deutsche und auch nicht jeder Migrant. Das Motto unserer Bundesregierung »Fördern und Fordern« erscheint mir daher genau richtig, um die Arbeitsmarktintegration zu verbessern.

Hier sind auch Kommunalpolitiker gefragt. Jeder Kommune muss bewusst sein, dass sie zu einem Einwanderungsland gehört und sie muss auch einmal die Vorteile dieser Tatsache nutzen. Denken Sie dabei beispielsweise an die demografische Entwicklung, denken Sie an Unternehmer ausländischer Herkunft in Deutschland, denken Sie an die bunte Vielfalt und die kreativen Köpfe einer multikulturellen Gesellschaft.

Es stünde jeder Kommune gut zu Gesicht, ihre positive Einstellung zu ihren Einwohnern mit Migrationshintergrund durch eine Personalbesetzung zu dokumentieren, die dem Herkunfts-Querschnitt der Bevölkerung vor Ort entspricht. So werden Hürden abgebaut, so wird Arbeitsmarktintegration vorgelebt und so wirken Kommunalpolitiker glaubwürdig, wenn sie zur Integration auffordern.

Arbeitsmarktintegration und gesellschaftliche Integration beeinflussen sich gegenseitig positiv wie negativ.

Deshalb sollten Kommunen alles tun, um Ghattobildung in der Region zu vermeiden. Lassen Sie nicht zu, dass Menschen aus anderen Ländern oder Deutsche sich abkapseln – fördern Sie integriertes Wohnen, verhindern Sie wo irgend möglich, rein deutsche und rein ausländische Ladenviertel. Dies klappt, wenn entsprechende Konzepte gemeinsam entwickelt wird. Ziehen Sie daher auch Zugewanderte in die Stadtentwicklung und die Ratsbeschlüsse ein – das macht deutlich: »Ihr gehört dazu!« Und das macht Mut, sich zu engagieren.

In den vergangenen Jahren wurde in Projekten eine Vielzahl von Modellen entwickelt, die Menschen mit Migrationshintergrund fördern und fördern. So haben beispielsweise Studenten ausländischer Herkunft Schülern gleicher Herkunft erfolgreich Nachhilfe gegeben – und das für Schülerinnen und Schüler, die die Lehrer schon fast aufgegeben hatten.

Oder: Schulen kooperieren mit ausländischen Unternehmervereinen für eine praxisorientierte Berufsorientierung einerseits und die Gewinnung von Auszubildenden andererseits. Ein ausgezeichnetes Modell, um jungen Schülern mit Migrationshintergrund die Bedeutung einer guten Berufsausbildung vor Augen zu führen, sind Ex-Azubi-Stammtische, in denen junge Migrant-

innen und Migranten, die beruflich erfolgreich sind, als Vorbild fungieren. Das sind nur drei Beispiele von vielen, die gesammelt und publik gemacht werden sollten, um sie in breiter Fläche nutzbar zu machen.

Was wir in 40 Jahren Zuwanderung begriffen haben sollten: Integration funktioniert (leider) selten von selbst. Es gibt Ausnahmen, wie Guglielmo Coppola. In der Regel ist aber ein Motor nötig, beispielsweise in Form guter Projekte, die Integration ankurbelt. Aber wie das bei den meisten Motoren ist, brauchen sie ein passendes Gemisch, um rund zu laufen. In unserem Fall ist dies ein gutes Zusammenspiel von Deutschen und Zugewanderten in einer Kommune.

»Ich habe intensive Auslandserfahrung, habe in anderen Ländern gelebt und bin weltoffen. Es war aber auch eine harte Erfahrung, ein Ausländer zu sein, anders zu sein, anders sein zu sollen und mit gutem Recht auch anders sein zu wollen.«

Friderike Wilckens-von Hein, Theaterpädagogin

# Leitstellen für Integration in Niedersachsen

Seit Juni 2006 gibt es in Osnabrück eine Leitstelle für Integration, die als gemeinsames Projekt von der Landesregierung und Stadt Osnabrück eingerichtet wurde. Die Leitstelle soll Vereine von Zuwanderern sowie Träger und Vereinigungen der Jugendhilfe und Schule miteinander vernetzen. Organisatorisch ist die Leitstelle für Integration bei der Stadt Osnabrück im Referat für Bildung, Sozialplanung und Integration angesiedelt. Sie ergänzt das bereits vorhandene Büro für Integration und die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAZ).

Anfang 2005 stellte das niedersächsische Innenministerium den Landkreisen und größeren Kommunen in Aussicht, sie mit 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den aufgelösten Bezirksregierungen bei der Aufgabe der Integration der Spätaussiedler und bleibeberechtigten Ausländer zu unterstützen. Die Beschäftigten werden dauerhaft vom Land bezahlt. Die personalrechtliche Verantwortung liegt im Bereich des Landes, die Fachaufsicht und die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes obliegt den Kommunen. Die Leitstellen für Integration koordinieren die Integrationsmaßnahmen und fördern die Zusammenarbeit zwischen dem Land Niedersachsen, den Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen und gesellschaftlichen Organisationen. Die Leitstellen sind kompetente Informationsanlaufstellen, die Hilfeeinrichtungen wichtige Informationen schnell weitergeben.

Im vorgegebenen Aufgabenkatalog vom Innenministerium stehen unter anderem die Förderung des ehren-

amtlichen Engagements, der Auf- bzw. Ausbau kommunaler Netzwerke, die Einbindung von Organisationen und Vereinen in die Integrationsförderung, die Konzeption von Integrationsangeboten im Rahmen der nachholenden Integration sowie verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.

Andere wichtige Handlungsfelder der Leitstellen sind eine enge Kooperation mit der Ausländerbehörde, der Arbeitsverwaltung, den Sprachkurs-trägern, der Migrationerstberatung, dem Regionalkoordinator des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie anderen Beratungseinrichtungen.

In Osnabrück ist Miroslaw Rafinski für die Leitstelle für Integration zuständig: »Das Thema Integration ist in Osnabrück alles andere als ein unbekanntes Terrain. Hier wird seit langem sehr viel getan und auch noch mehr investiert. Die Koordination auf kommunaler Ebene und die Nutzung aller Ressourcen ist von großer Bedeutung für erfolgreiche Integrationsarbeit.« Seine Schwerpunkte liegen zurzeit auf folgenden Aufgaben: Förderung des ehrenamtlichen Engagements, Vernetzung der Vereine mit und ohne Migrationshintergrund, die Begleitung der Projekte »Integrationslotsen« und »Sprachlernklassen« (Schullaufbahnberatung) sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Akteuren (Behörden, Verbände und Organisationen auf der kommunalen Ebene), die an der Integration der Bürger mit ausländischer Herkunft mitwirken. In der Planung ist im Bereich dieses Themenumfeldes die Einrichtung Runder Tische.

## Ansprechpartner

### Hans-Rüdiger Hesse

Referatsleiter  
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport  
Aufnahme und Integration von Spätaussiedlern  
Telefon 0511 - 120 4763  
hansruediger.hesse@mi.niedersachsen.de  
www.mi.niedersachsen.de/master/C8231257\_N7032677\_L20\_D0\_I522.html

### Jochen Weber

Referatsleiter  
Referat für Bildung, Sozialplanung und Integration der Stadt Osnabrück  
Telefon 0541 - 323 4506  
weber.j@osnabrueck.de  
www.osnabrueck.de

### Miroslaw Rafinski

Leitstelle für Integration  
Referat für Bildung, Sozialplanung und Integration der Stadt Osnabrück  
Telefon 0541 - 323 4508  
rafinski@osnabrueck.de  
www.osnabrueck.de

## 2: Beziehungen und Einflüsse vor Ort nutzen

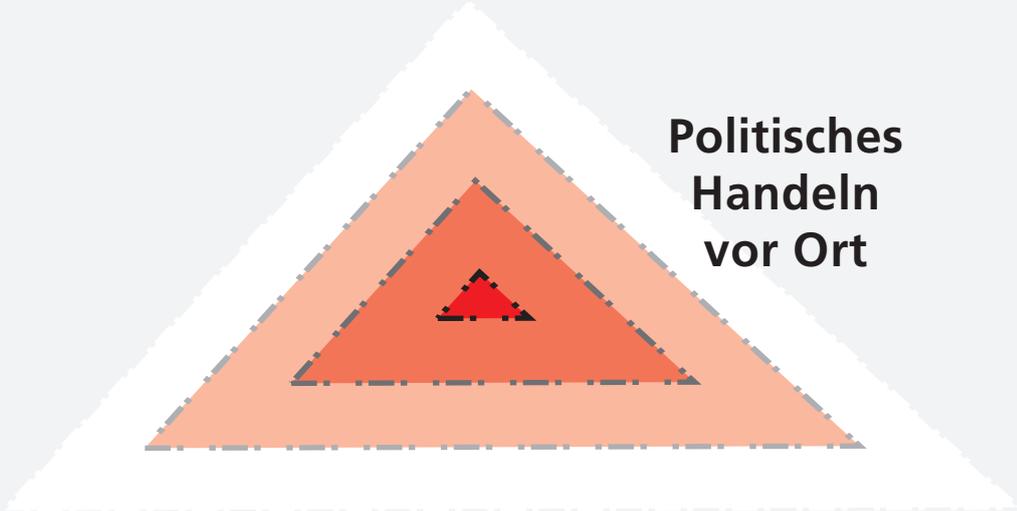


### DIE ORIENTIERUNG SUCHEN VOR DEM HANDELN

Der zweite Schritt nach der Bestandsaufnahme bezieht sich auf die Handlungsmöglichkeiten in meiner Stadt. Das Dreieck: Personen-Rahmen-Chancen beschreibt den Spielraum, den es zu nutzen gilt. Wer macht mit? Wer sind meine potenziellen Mitstreiter? Mit wem will ich über die Handlungsmöglichkeiten diskutieren? Lieber im kleinen Kreis anfangen, als auf die große Bewegung warten. Und wer von der Notwendigkeit der Zukunftsaufgabe Integration überzeugt ist, wird darauf achten, von Beginn an mit den Betroffenen gemeinsam zu planen. Das ist mehr als eine wohlfeile demokratische Forderung, es erspart manchen Umweg.

#### Die handelnden Personen und Gruppen

Wer macht als Initiator mit?  
Wo finde ich erste Unterstützer?  
Welche Migrant\*innen-Multiplikatoren gibt es?  
Welche Personen und Gruppen sind in der Stadt aktiv?  
Wer sind die Schlüsselpersonen der Gruppierungen?  
Wie stark ist ihr Einfluss auf das Zusammenleben?  
Klare oder verdeckte Positionen / Botschaften?  
Machterhalt- oder wachstumsorientiert?  
Netzwerker oder Seilschaften?



### Politisches Handeln vor Ort

#### Chancen & Stimmungslage vor Ort

Stabilitäts- oder Veränderungsorientierung erkennbar?  
Interkulturelle Offenheit?  
Wechselnde oder stabile politische Mehrheiten?  
Kampf, Wettbewerb oder Kooperation der Parteien?  
Außen- oder Binnenorientierung?  
Soziale Entwicklung in schwierigen Stadtteilen  
Aufwertungsstrategien gewollt?  
Finden wir zivilgesellschaftliche Unterstützung?  
Stößt unser Thema auf Resonanz?

#### Strukturen & Rahmenbedingungen

Wachsende, stagnierende oder schrumpfende Kommune?  
Arbeitsplatzsituation?  
Machtgefüge vor Ort?  
Öffentliche und private Finanzsituation?  
Interkulturelle Traditionen vorhanden?  
Bestehende Strukturen der Kooperation?  
Soziale Struktur und räumliche Differenzierung in der Stadt?  
Zielgruppen / Lager / Clans?  
Beschlusslagen?



Mannheim

## »Wir Azubis haben richtig durchgepowert!«

Eine handfeste Initiative für Auszubildende und ausländische Betriebe

»Ich habe durch meine Cousine vom Ausbildungsverbund erfahren. Mir konnte schnell geholfen werden, eine neue Ausbildung zu absolvieren. Ich will jetzt mein Abitur machen und studieren, aber ich mache hier noch meinen eigenen Ausbilderschein, das steht fest. Damit kann ich anderen jungen Menschen auch zu einer guten Lehre verhelfen.«

Deniz Baklan, Bürokauffrau



**P**rojekt Koordinatorin Monika Münch ist im Stress und eilt von einem Büroraum in den nächsten: In wenigen Tagen feiert der Ausbildungsverbund sein zehnjähriges Bestehen und schaut auf eine erfolgreiche Zeit zurück. Ein solcher Geburtstag muss gefeiert werden.

Das Büro des Ausbildungsverbunds befindet sich mitten auf der so genannten Dönermeile im Herzen Mannheims. Links und rechts, vorn und hinten sieht man fast ausschließlich die Geschäfte ausländischer Selbständiger: Lebensmittelläden, Imbisse, Reisebüros, Bäckereien. Für Monika Münch sind dies potenzielle Arbeitgeber und Ausbilder. Sie spielen gemeinsam mit ihren potenziellen Auszubildenden die Hauptrolle im 1996 geborenen Projekt des Interkulturellen Bildungszentrums (Ikubiz) in der Quadrantenstadt.

Der Ausbildungsverbund setzt sich zusammen aus einem Team des Ikubiz, der Industrie- und Handelskammer Rhein Neckar, dem Bildungszentrum des Einzelhandelsverbandes (BZE) sowie zahlreichen ausländischen Selbstständigen in Mannheim. Einen Großteil der Gelder steuert der Europäische Sozialfonds bei. Gemeinsam machte man es sich zum Ziel, aktiv gegen die schon seit längerem prekäre Lage von Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt anzugehen. Monika Münch blickt zurück: »Es gab eine hohe Jugendarbeitslosigkeitsquote und viele Jugendliche, die nicht mit Lehrstellen versorgt und kaum unterstützt wurden. Besonders starken Zulauf hatten wir von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die große Benachteiligungen erfuhren. Dabei hatten gerade sie ein Potenzial, das man unserer Meinung nach nutzen musste.« Dies spiegelt sich heute noch in der Azubi-Klientel wider: »Wir haben zwar auch deutsche Azubis, aber die meisten haben russischen, polnischen, türkischen, spanischen oder albanischen Migrationshintergrund. Da ist gerade die

Zweisprachigkeit eine sehr wichtige und zukunftsweisende Ressource.«

Der Ausbildungsverbund engagiert sich vielseitig. So betreibt er ein externes Ausbildungsmanagement: Zum einen sucht er gemeinsam mit der IHK auszubildende ausländische Betriebe in Mannheim und stattet weitere ausbildungsinteressierte Betriebe mit entsprechenden Qualifikationen aus, damit sie Azubis annehmen können. Zum anderen erreicht der Verbund in Schulen und auf Informationsveranstaltungen potenzielle Auszubildende, die er an die ausbildungsberechtigten ausländischen Betriebe vermittelt. Die Azubis erhalten Unterricht, Seminare und Unterstützung rund um den Bewerbungsprozess.

Die Früchte dieser zehnjährigen engagierten Arbeit sieht man auch an den Zahlen, wie Monika Münch berichtet: »1996 fingen wir mit sechs auszubildenden Betrieben und acht Azubis an. Heute sind es über 80 Betriebe mit 104 Azubis. Einige Betriebe bilden bereits zum zweiten oder dritten Mal in Folge aus, und gut zwei Drittel der Absolventen sind von ihren Ausbildern als Fachkräfte übernommen worden.«

Deniz Baklan, 24, sitzt am Schreibtisch und bearbeitet Rechnungen und Formulare. Heute ist ein arbeitsintensiver Tag im Lebensmittelladen ihres Vaters. Er hat sie in seinem Betrieb zur Kauffrau für Bürokommunikation ausgebildet, nachdem sie ihn darauf aufmerksam gemacht hatte, dass er sich zu einem Ausbilder qualifizieren lassen kann: »Das kam mir sehr gelegen, denn die Lehre, die ich bis dahin gemacht hatte, lag mir überhaupt nicht, und so lag es nahe, eine neue Lehre bei meinem Vater in seinem Geschäft mit integriertem Büro anzufangen. Nur benötigt man dazu die entsprechenden Qualifikationen.« Hier kam der Ausbildungsverbund ins Spiel und bildete Herrn Baklan entsprechend aus. →

## Wir Azubis ...



Nach erfolgreicher IHK-Abschlussprüfung erhielt er den Ausbilder-Schein und nahm Deniz als Azubi auf. Während der Lehrzeit wurde Deniz vom Ausbildungsverbund betreut: »Einmal pro Woche haben wir BZE-Unterricht, wo uns freiwillige Fachkundige Infos aus ihrer Arbeitspraxis vermitteln. Zweimal in der Woche geht es zur Schule, und im Betrieb sind wir natürlich jeden Tag.« Doch das ist längst nicht alles: Monika Münch und ihr Team setzen auf den persönlichen Draht zu den jährlich 30 bis 40 neu hinzukommenden Auszubildenden: »Es ist natürlich wichtig, dass wir die Jugendlichen auch unterstützen, wenn sie Konflikte oder andere Probleme in der Lehre haben. Auch da vermitteln

wir.« Deniz stimmt dem zu: »Ich weiß von Fällen, in denen es Schwierigkeiten zwischen Azubis und Ausbildern oder Fachlehrern gab. Es war sehr hilfreich, dass wir uns jederzeit an den Verbund wenden konnten. Außerdem bereitete man uns immer mit Crashkursen auf anstehende Prüfungen vor. Wir Azubis wurden so motiviert, dass wir richtig durchgepowert haben!«

Marianne Bade, SPD-Gemeinderätin der Stadt Mannheim, schätzt die engagierte Arbeit des Ausbildungsverbunds ebenso wie die der Betriebe: »Wo Jugend keine Zukunft hat, hat die Gesellschaft keine Zukunft. Hier ist nicht nur das Einwanderungsland gefordert, sondern

auch die Migranten. Wenn man von ihnen Unterstützung einfordert, kommen sie auch meistens gerne. Sowohl Arbeitgeber wie Jugendliche profitieren voneinander. Wir bekommen Zugang zu den Familien und die Jugendlichen erhalten von uns das Signal: Ihr seid uns wichtig und ihr gehört zu uns. Die Idee des Ikubiz hat sich in den zehn Jahren bewährt und ist eine echte Zukunftschance für junge Menschen, die oft glauben, sie sind unerwünscht. Vielleicht sollten wir unseren Kindern und Jugendlichen, egal woher sie kommen, öfter sagen, dass sie uns wichtig und willkommen sind.«

Viele Unternehmer ausländischer Herkunft benötigen gerade in Zeiten des

wirtschaftlichen Wettbewerbs Auszubildende und spätere Mitarbeiter mit interkultureller und sprachlicher Kompetenz: Man denke an den Dienstleistungsbereich, an Betriebe mit ausländischen Handelsbeziehungen. Handan Yalcin leitet ein Mannheimer Reisebüro und bildet seit längerem junge Menschen in Zusammenarbeit mit dem Ausbildungsverbund aus: »Für minder ausgebildete ausländische Betriebe ist die Kooperation mit dem Ausbildungsverbund praktisch ein Muss, denn viele haben keine ausreichenden Betriebsmittel, fachliche oder sprachliche Kenntnisse. Das Teamwork ist für sie wie ein Segen, und man kann nur profitieren.«

Wie sieht es nach einer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung aus? Monika Münch erklärt, dass der Werdegang der Auszubildenden weiterverfolgt wird: »Es ist uns wichtig zu wissen, was alle nach der Ausbildung machen, ob sie einen Job bekommen oder noch unsere Unterstützung benötigen. Also sehen wir nach der Lehre unsere Aufgabe nicht als erfüllt an, sondern wir helfen und vermitteln weiter, wo es nötig ist. Unsere Bilanz für 2005 sieht entsprechend positiv aus: Wir hatten 32 Absolventinnen und Absolventen, davon wurde der größte Teil übernommen, einige machten sich selbständig, und drei sind arbeitssuchend. In der Regel werden gut 90 Prozent übernommen oder finden woanders eine Anstellung.« Außerdem könne man durch den guten Kontakt immer wieder mit der tatkräftigen Unterstützung der Absolventen rechnen: »Wenn wir junge Menschen in Schulen und auf Ausbildungsmessen für eine Lehre begeistern wollen, ist es natürlich immer wirksam, jemanden dabei zu haben, der nicht viel älter und ein positives Beispiel für den Erfolg ist. Deniz und viele andere motivieren die Jugendlichen sehr und sind Multiplikatoren, auch im Bekannten- und Verwandtenkreis. Die Tendenz ist

steigend.«

Die hochmotivierte und frisch gebackene Bürokauffrau Deniz Baklan möchte nun ihr Abitur nachholen und studieren: »Aber ich mache hier noch meinen eigenen Ausbilderschein, das steht fest. Damit kann ich anderen jungen Menschen auch zu einer guten Lehre verhelfen.«

Was ist das Geheimrezept dieses Projekts? Deniz ist überzeugt: »Dazu gehört auf jeden Fall das Vertrauen, das wir in den Ausbildungsverbund haben, und das man auch uns entgegenbringt. Das motiviert sehr.« Monika Münch fügt zum Erfolgsrezept hinzu: »Wertschätzung, persönlicher Kontakt, Geduld. Trotz der Vorteile bedeutet Ausbilder sein auch Arbeit und Anstrengung. Der Ausbildungsverbund versucht, beiden Seiten gerecht zu werden und schätzt daher auch sehr die Arbeit der Betriebe. Und wenn ein Betriebsinhaber ausländischer Herkunft sagen kann, dass er zu einer besseren Zukunft Jugendlicher in Deutschland beiträgt und sich mit dem deutschen dualen System auseinandersetzt, was anderes ist dann Integration?«

Auch Handan Yalcin denkt an die Zukunft und Integration: »Für ausländische Betriebe ist es immer eine Bedingung, dass sie sprachlich und interkulturell kompetente Mitarbeiter haben, die somit wirksam zum Einsatz zu kommen. Die nahe Zukunft wird die Voraussetzungen liefern, dass auch viele deutsche Betriebe auf Jugendliche mit Migrationshintergrund und ihre Qualifikationen angewiesen sein werden, ob man es will oder nicht. Daher muss man diesen jungen Menschen heute schon alle Perspektiven eröffnen, die auch Deutsche haben.«

## Ansprechpartner

### Monika Münch

Koordinatorin im Ausbildungsverbund,  
Interkulturelles Bildungszentrum  
Mannheim  
Telefon 0621 - 159 7516  
ausbildungsverbund@ikubiz.de  
www.ikubiz.de

## Stichwort EQUAL



### DAS ZITAT

»Wo Jugend keine Zukunft hat, hat die Gesellschaft keine Zukunft. Hier ist nicht nur das Einwanderungsland gefordert, sondern auch die Migranten. Wenn man von ihnen Unterstützung einfordert, kommen sie auch meistens gerne. Sowohl Arbeitgeber wie Jugendliche profitieren voneinander. Wir bekommen Zugang zu den Familien und die Jugendlichen erhalten von uns das Signal: Ihr seid uns wichtig und ihr gehört zu uns. Die Idee des Ikubiz hat sich in den zehn Jahren bewährt und ist eine echte Zukunftschance für junge Menschen, die oft glauben, sie sind unerwünscht. Vielleicht sollten wir unseren Kindern und Jugendlichen, egal woher sie kommen, öfter sagen, dass sie uns wichtig und willkommen sind.«



Marianne Bade (SPD), Gemeinderätin der Stadt Mannheim

### GEFÖRDERT VOM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS

Die aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderte Gemeinschaftsinitiative EQUAL zielt durch die Unterstützung innovativer Modelle darauf ab, neue Wege zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten von Arbeitenden und Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt zu erproben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist als nationale Koordinierungsstelle und Programmverwaltungsbehörde für die inhaltliche und finanzielle Umsetzung des Förderprogramms verantwortlich.

Eingebettet in die Europäische Beschäftigungsstrategie engagiert sich EQUAL in den Themenfeldern Beschäftigungsfähigkeit, Unternehmergeist, Anpassungsfähigkeit, Chancengleichheit und im Themenbereich Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Gleichzeitig mit diesen Zielsetzungen setzt sich EQUAL für die Querschnittsthemen Gender Mainstreaming und Aktivitäten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein.

### Mehr Informationen im Internet

[www.equal-de.de](http://www.equal-de.de)

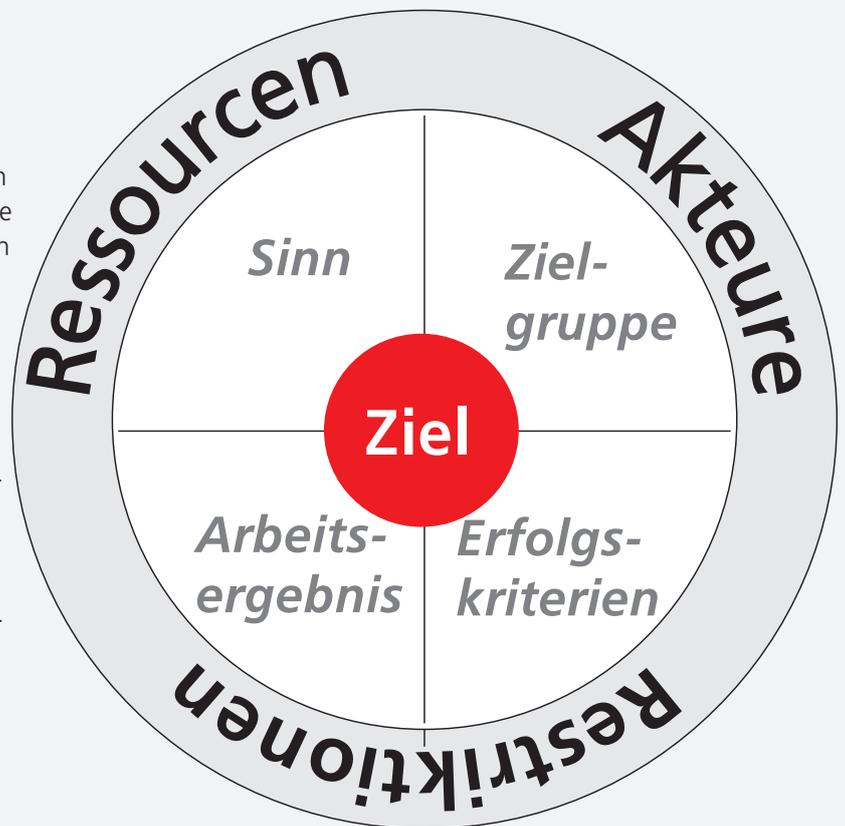
# 3: Der Zielfokus zur Planung einer Aktivität



## DER ZIELFOKUS HILFT

bei der genaueren Definition und Vorbereitung einer Aktivität und damit zum Vermeiden von Fehlschlägen. Am Anfang steht stets die Frage nach dem »wozu«. Was soll damit erreicht werden (Sinn, Zweck, Nutzen)? Damit zusammen hängt die Antwort auf die Frage, »für wen« wir aktiv werden (Partner, Betroffene, Zielgruppe). Je genauer wir diese beiden Fragen zu Beginn klären, desto zielorientierter kann auf das Ergebnis hingearbeitet werden. Die Sinn- und die Zielgruppenfrage klären unsere kommunalpolitische Motivations-ebene. Die Beschreibung der Erfolgskriterien und des Ergebnisses sind Voraussetzungen, um auf der Handlungsebene dann erfolgreich zu sein.

Kommunale Aktivitäten sind nicht von uns allein zu beeinflussen, da sie im öffentlichen Raum stattfinden oder zumindest externe Wirkungen haben. Deshalb sind bei der Planung bereits die externen Faktoren als »Rahmen« in den Blick zu nehmen, z. B. die anderen Akteure, gegebene Verantwortlichkeiten, die Finanzlage oder Hindernisse und Widerstände, die es zu beachten gilt.



### Sinn

Wozu / warum führen wir dieses Projekt durch?  
Passt das zu uns, unseren Werten?  
Welchen Beitrag leisten wir zur Stadt(teil)entwicklung?  
Welchen Nutzen bringt es meiner Zielgruppe?  
Wo kollidieren wir mit dem »Eigensinn« anderer Personen und Gruppen?

### Zielgruppe

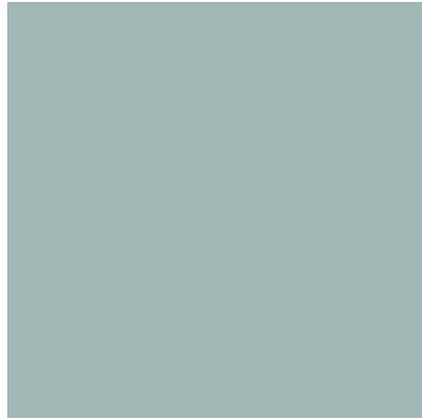
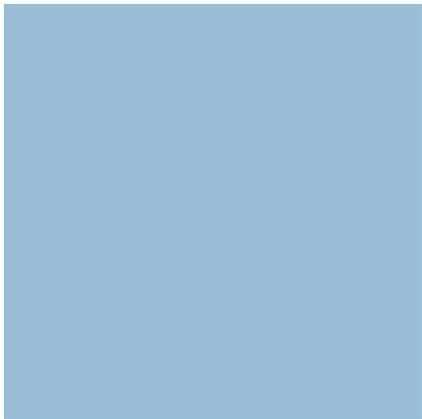
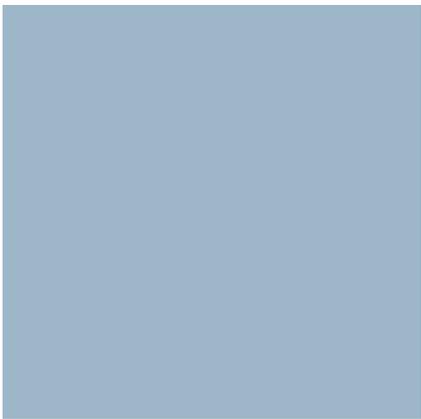
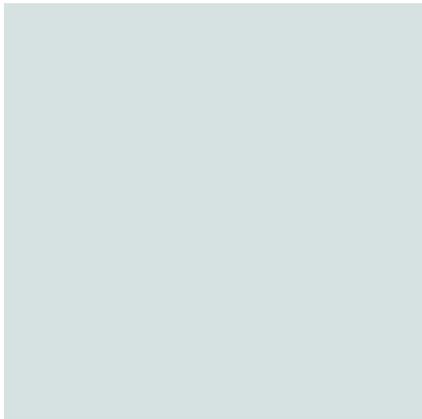
Wen genau wollen wir erreichen?  
Wer ist die Zielgruppe?  
Wer sind die Partner, wer die Unterstützer?  
Mit wem wollen wir gemeinsam arbeiten?  
Wem nutzt das Projekt am Ende?  
Wessen Interessen werden auch berührt?

### Erfolgskriterien

Wann sind wir mit der Aktivität / mit unserer Arbeit zufrieden?  
Einzuhaltende Rahmenbedingungen?  
Wie merken wir, dass wir erfolgreich sind?  
Mit welchen Zahlen können wir das messen?

### Arbeitsergebnis

Was wollen wir erreichen?  
Mit welcher Priorität wollen wir welches Ergebnis erreichen?  
Was soll sich dann verändert haben? Wie zeigt sich das?  
Können wir das beschreiben?



## Einleitung

## Der Stadtteil als Ort sozialräumlicher Konflikte

Der gemeinsame Wohnraum ist ein klassisches Beispiel für Integrationskonflikte. Hier, wo Menschen ihren ganz privaten Lebensraum teilen, kommt es oft aus geringfügigen Gründen zu Auseinandersetzungen.

Besonders kulturelle Unterschiede und die Wahrung von Bräuchen und alltäglichen Gewohnheiten, die in jedem Land auf verschiedene Weisen gelebt werden, werden so im gemeinsamen Wohnraum zum Zankapfel.

Es gibt Stadtteile, in denen interkulturelle Konflikte sich besonders häufen. Meist sind dies Wohnbezirke, die von niedrigem Einkommens- und Bildungsniveau und verminderter Wohnqualität geprägt sind. Dort sind die Migrantenteile an der Wohnbevölkerung in der Regel besonders hoch. Diese sozial benachteiligten Wohngebiete bieten in vielen Fällen nach wie vor besonders für die Jugend keine besonders guten Startchancen bezüglich der Bildungs- und der persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten. Kulturelle Angebote sind meist stark eingeschränkt. Die interkulturellen Potenziale der Bewohner können nicht ausgeschöpft werden. Außerdem herrschen andere zusätzliche Probleme vor, die daran hindern, sich konkret mit dem Gedanken der Integration auseinanderzusetzen, bemerkt ein älterer Bewohner eines solchen Stadtteils im Rahmen eines Interviews plakativ: »Wenn ich nicht weiß, wie ich meine nächste Miete zahle, denke ich doch nicht darüber nach, wann ich nächste Woche mal meinen fremden Nachbar aus Syrien zu deutschem Kaffee und Kuchen einlade.«

Besonders schwierig gestaltet sich das Zusammenleben, wenn es kein Miteinander gibt. Interkulturelle

Begegnungszentren, Cafés, Anlauf- und Beratungsstellen würden hier gute Plattformen zum Kennenlernen sein.

Mittlerweile nehmen sich zahlreiche Städte des Problemfelds der Integration in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf an und möchten mit der Steigerung der Wohnqualität nicht nur die Zufriedenheit aller Bewohner verbessern, sondern auch gezielt das interkulturelle Miteinander fördern.

Die Bewohner werden in das Geschehen vor Ort eingebunden und motiviert, sich an der Gestaltung ihres Stadtteils zu beteiligen, nehmen am Runden Tisch teil und identifizieren sich mit ihrem Wohnort durch Aktionen und Verantwortungen. Es kann ein gemeinsames ‚Wir‘-Gefühl entstehen, das über kulturelle Unterschiede hinaus wirkt. Konflikte harmloserer Natur, wie das zu laute Toben von Kindern zu später Stunde oder das Aufhängen von Wäsche an deutschen Feiertagen lassen sich besser bewältigen, weil einfach Kommunikation besteht. Der Mangel an Verständigung untereinander ist eines der Hauptprobleme, äußern StadtteilmanagerInnen, städtische Angestellte, die eigens für die Koordination von Maßnahmen und Projekten vor Ort eingesetzt werden.

Die folgenden Projekte zeigen vorbildlich, wie man mit Einsatz, Überzeugung und Geschicklichkeit auch in benachteiligten und konfliktbeladenen Stadtteilen der Integration Schritt für Schritt näher kommt. Immer wieder wird dabei deutlich, dass die gegenseitige Wertschätzung und die Einbindung in das Geschehen vor Ort sehr effektive Instrumente sind. Dennoch wird der Blick für die Realität nicht verloren, wie eine engagierte Akteurin äußert: »Es ist gut, neue und

weniger konventionelle Wege zu beschreiten und Mut zu Neuem zu haben. Integration ist ein langwieriger Prozess, und darauf wird man sich einstellen müssen.«



An der Werderau

Nürnberg

## »Wir alle gemeinsam!«

Wie ein Stadtteil das Miteinander lebt und feiert

»Es wäre viel einfacher, wenn alle aufeinander zugehen würden. Viele ausländische Mitbürger müssten auch dazu aufgefordert werden, sich im Stadtteil zu engagieren. Wenn man sich einander vorstellt, werden früh Barrieren abgebaut. Man kann nicht still sein und erwarten, dass Integration einfach so funktioniert. Ich kann mich schließlich nicht allein integrieren.«

Hava Özcan,  
Bürgerverein Werderau e. V.

Es regnet in Strömen, die kleinen Zeltstände fegt der stürmische Wind beinahe weg. In diesem Jahr spielt das Wetter nicht wirklich mit. Die Werderauer kann jedoch nichts so einfach davon abhalten, ihr Stadtteilfest zu feiern. Der Bürgerverein steht neben dem Stand mit selbst gemachten Werderau-Kalendern, die Kindergärten präsentieren Spielstände und Selbstgebasteltes. Die Ortsvereine sind vertreten, Polizei und Feuerwehr sorgen für Blaulicht-Action. Kinder klettern, strahlen und laufen umher. Martina Haag steht unter einem Regenschirm und schmunzelt: »Sehen Sie, ich sagte doch, es ist wieder was los hier auf dem Volckamerplatz.« Das dritte Stadtteilfest der inselähnlichen Wohnsiedlung in Nürnberg brummt, selbstgebackene Muffins und frischen Kaffee, heißen Döner und türkischen Tee lässt man sich schmecken. Auf der Bühne moderieren Frau Özcan und Herr Schlapp als eingespieltes Duo. Die internationale Flamencogruppe wird unter großem Beifall angekündigt. Die ganze Werderau ist wie in den letzten beiden Jahren auf den Beinen. Mit dem Unterschied, dass das erste und zweite Stadtteilfest mit tatkräftiger Unterstützung von Martina Haag und somit der Nürnberger Stadtverwaltung stattfanden. »Die Bewohner stemmen dieses Fest nun mit eigener finanzieller Verantwortung und sehr viel Engagement«, sagt Frau Haag nicht ohne Stolz auf die Menschen, mit denen sie seit 2002 zusammen arbeitete, und die sie nun zum ersten Mal als Gast besucht.

Wenn alles so harmonisch verläuft, wo ist dann das Problem? Tatsache ist, dass vor wenigen Jahren dieses Zusammenleben im Einklang durch seine besondere Geschichte ins Wanken geriet. Die Werderau wurde Anfang des 20. Jahrhunderts als Werkssiedlung der Firma MAN gegründet. Arbeiter wie auch Verwaltungsangestellte des Unternehmens lebten jahrzehntelang gemeinsam auf einem Areal. Die Idee einer

Gartenstadt mit eigenem Marktplatz und Erholungsmöglichkeiten verwirklichte sich in einem starken Zusammengehörigkeitsgefühl und einem ausgeprägten Engagement in der Wohnsiedlung. Für Wohnungsangelegenheiten war die Baugesellschaft Werderau zuständig, die auch das soziale Klima mitbestimmte. Das gemeinsame Leben und die Vertrautheit untereinander wurden in den 1990er Jahren durch den plötzlichen Verkauf der Wohneinheiten an eine andere Gesellschaft empfindlich gestört. Dies war der Anfang eines unglücklichen mehrfachen Eigentümerwechsels, der den alleingesessenen Werderauern auch das lebenslange Mietrecht streitig machte, erklärt Martina Haag: »Der häppchenweise Verkauf der 1270 Wohneinheiten an verschiedene neue Eigentümer Ende der 90er Jahre brachte eine große Verunsicherung auf.«

Die Werderau barg für manchen Nürnberger attraktive Eigenschaften: preiswerte Wohnflächen und eigene Gärten. So zogen neue Wohnungseigentümer in die Siedlung, darunter viele kinderreiche und ausländische, vor allem türkische Familien. Die traditionellen Werderauer erfuhren diese rasche Entwicklung als Störung des Alltags: »Alles, was man gewohnt war, veränderte sich. Plötzlich waren so viele neue Gesichter hier, das war nicht einfach nach dem, was wir hier gekannt hatten. Das ist doch ganz verständlich, oder etwa nicht?«, erzählt ein Mann, der bereits seit 1974 in der Werderau lebt.

Idyllisch mutet der Stadtteil bei einem Rundgang an. Verträumte Häuser und kleine, aber feine und gepflegte Hintergärten reihen sich aneinander. Beinahe jedes Gebäude sieht anders aus, doch das tut der Harmonie nichts, sondern verleiht eine charmante Note der Individualität. Die Häuser und Gärten stehen sehr nahe beieinander, so dass man vermuten könnte, es gäbe kaum Privatsphäre. →

# Wir alle ...

Doch es haben viele Bewohner Gartenstühle und Tische vor ihren Haustüren platziert und pflegen ihre Nachbarschaft. Vor wenigen Jahren noch war diese Atmosphäre nicht zu spüren. Barbara Frantzeskakis, Jugendreferentin im Jugend- und Kindertreff Werderau: »Man muss sich einfach mal vorstellen, dass es vorher ein richtiger Dorfflecken war, jeder kannte sich. Auf einmal kommen neue Menschen in diese enge Gemeinschaft hinein, die anders leben, anders sprechen, anders kochen. Es kam hier ganz plötzlich einiges an Konfliktpotenzial rein. Das sorgte für starke Veränderungen im Lebensumfeld, und da musste schnell etwas getan werden.«

Die Stadt Nürnberg vernahm diese Verstimmungen besonders durch die Kommunalwahlen im März 2002, als trotz vormals nie vorhandener Anzeichen der Xenophobie die rechtsorientierte ‚Bürgerinitiative Ausländerstop‘ zehn Prozent der Stimmen in der Werderau für sich gewinnen konnte. Gleichzeitig wurde Dr. Ulrich Maly neuer Oberbürgermeister der Frankenmetropole und schritt direkt zur Tat. Der Sozialdemokrat initiierte das Stadtteilprojekt Werderau, das mit dem ersten Runden Tisch im Oktober 2002 begann, den Martina Haag organisierte und koordinierte: »Deutsche und nicht-deutsche Alt- und Neu-Werderauer, Einrichtungen, Initiativen, Polizei, Schulen, Kirchen sollten vertreten sein. Wir wollten unbedingt vor Ort ermitteln, wo es Probleme im Stadtteil gab und was sich die Bewohner wünschten.« Ein besonderes Anliegen waren ein Jugendtreff und Spielplätze für die vielen Kinder und Jugendlichen, die bisher keine Freizeitmöglichkeiten hatten. Ein zweiter Hauptpunkt war der ausdrückliche Wunsch nach der Förderung des interkulturellen Miteinanders: »Es ging nicht vorrangig um religiöse Unterschiede, sondern eher um kulturelle Konflikte und Missverständnisse. Es fehlte oft einfach nur Verständnis in

Alltagssituationen, wie das Aufhängen von Wäsche an Feiertagen. Sprachliche Barrieren waren natürlich auch ein Grund für Probleme. Diese Kulturunterschiede sind da eben eine dankbare Projektionsfläche.«

Der 2500-Seelen-Stadtteil krepelte nach diesen Diskussionen und Bedarfsermittlungen die Ärmel hoch und bewirkte mit einem außergewöhnlichen Eigenengagement und der nötigen Unterstützung der Stadt Nürnberg innerhalb kurzer Zeit wahre Vorbildaktionen: Die Stadt sagte der Werderau unter anderem den Bau drei neuer Spielplätze zu. Bevor die Bauarbeiten begannen, trafen sich Deutsche und Nicht-Deutsche, Alt- und Neu-Werderauer und räumten gemeinsam in freudiger Erwartung die dafür vorgesehenen Plätze frei. Die Einweihung der Spielplätze durch den Oberbürgermeister wurden zu großen Ereignissen, erinnert sich Martina Haag mit Begeisterung: »Durch solche symbolische Aktionen verschwimmen scheinbare kulturelle Grenzen und Unterschiede. Man arbeitet zusammen an einem gemeinsamen Interesse. Es wurde also nicht nur geredet, sondern auch vereint angepackt. Ich meine, dass das mehr bewirken kann als Worte und Appelle.«

In der Werderau geht man seit längerem Sprachdefizite praktisch an: Die Grundschulen und Kindergärten haben Förderprojekte für Kinder wie auch für ihre Eltern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind geschult und stellen sich auf individuellen Bedarf ein. Eine Spiel- und Lerngruppe der Arbeiterwohlfahrt (‚Hippy‘) wurde mit Hilfe der Stadt eingerichtet. Der Stadtteilladen Diana bietet Deutsch- und Alphabetisierungskurse an.

Anlässe und regelmäßige Treffen zur interkulturellen Begegnung sind ebenso Bestandteil des Lebens in der Werderau. »Natürlich läuft nicht immer alles reibungslos, aber wo tut es das schon.

Doch die Werderau ist seit drei Jahren die Heimat meiner Familie, und wir sind froh, hier zu leben. Natürlich müssen beide Seiten aufeinander zukommen und sich bemühen, miteinander zu kommunizieren. Das geht Schritt für Schritt«, ist Havva Özcan überzeugt. Die engagierte und mit Leib und Seele bekennende Nürnbergerin widmet diesem Bestreben viel Energie und ist Beisitzerin im Bürgerverein Werderau e. V., der sich für ein positives Gemeinwesen im Stadtteil stark macht. Martina Haag und sie begrüßen sich mittlerweile mit einer herzlichen Umarmung: »Man sieht nicht nur an der Auswertung des Stadtteilprojekts Werderau, dass sich das Zusammenleben und das Zusammenwirken hier spürbar verbessert hat! Und ich bilde mir ein, dass die türkischen Familien diesen Eindruck teilen!«, ist Martina Haag überzeugt.

Eigens für das Stadtteilfest haben Graffiti-Künstler eine Wand mit dem Motto ‚Wir alle gemeinsam‘ gestaltet. Während die Jugendlichen Gökhan, Vito und Murat eine deutsche und eine türkische Flagge auf das Kunstwerk sprühen, verteilt Ilka Soldner trotz des strömenden Regens unermüdlich rote Luftballons und hat für Fragen stets ein offenes Ohr. Die sozialdemokratische Stadträtin wohnt im Nachbardorf und ist stolz, für die Werderau zuständig zu sein: »Es war von Anfang an geplant, dass wir aus dem Werderau-Projekt ein Modell machen, das wir auch auf andere Stadtteile in Nürnberg übertragen können. Und es hat funktioniert.« Ilka Soldner freut sich über die heiteren Gesichter auf dem Fest und die Tatsache, dass die Werderauer dieses Ereignis nun selbst auf die Beine gestellt haben. Diese glücklichen Gesichter möchte sie aber noch länger sehen und sieht dies als Appell an sich selbst und ihre Kollegen: »Der ideelle Rückhalt durch die Kommunalpolitik ist in solchen Projekten sehr wichtig. Die Menschen müssen eine



Perspektive erhalten und eine Verstärkung solcher Projekte sehen und wieder erleben, wie wichtig Verständigung untereinander ist. Vor Ort ist hier so viel Eigenengagement, und wenn die Werderauer sehen, dass die Unterstützung wegfällt, fühlen sie sich hängen gelassen, und alles schläft allmählich wieder ein. Deswegen müssen wir alles tun, damit es weitergeht.«

#### **Ansprechpartner**

##### **Martina Haag**

Projektleiterin  
Referat für Jugend, Familie und Soziales  
Stadt Nürnberg  
Telefon 0911 - 231 7695  
martina.haag@stadt.nuernberg.de  
[www.soziales.nuernberg.de/projekte/werderau.html](http://www.soziales.nuernberg.de/projekte/werderau.html)

##### **Hava Özcan**

Bürgerverein Nürnberg-Werderau,  
Marterlach und Sandreuth e. V.  
Telefon 0911 - 9415 473

# Ausschnitt aus dem Protokoll zum 6. Runden Tisch Werderau im April 2003

## Anwohner-Statements

Die Hausordnung wird nicht eingehalten, sonntags wird z. B. Wäsche aufgehängt. Solche und ähnliche Vorfälle stiften Unfrieden und schüren Ärger bei den Anwohnern. Vor allem neue Eigentümer halten sich an keine Regeln.

Den gewohnten MAN-Strukturen wird nachgetrauert. Eine normative Ordnung besteht nicht mehr, aber es gibt ein starkes Bedürfnis nach Regeln. Die Ausbildung von neuen, von allen mitgetragenen Normen wäre die Voraussetzung für eine neue Intimität. Allerdings sei es auch wichtig, Toleranz zu entwickeln. Dass alte Regeln nicht mehr gelten, sei nicht nur schlecht, sondern auch eine Chance. Die Welt ändert sich.

Das »Nicht-Einhalten der Hausordnung« könnte eine Chiffre für zwischenmenschliche Probleme sein: Der Wunsch nach gegenseitiger Wahrnehmung und Respekt.

»Neue Anwohner zu integrieren« könne nicht heißen, dass sich die Neuen an die Regeln der Alten anpassen müssen. Es müssten gemeinsam neue Regeln gefunden werden.

## Wie gehen in der Türkei Anwohner mit neuen Nachbarn um?

Wenn jemand neu einzieht, dann gehen die Alteinwohner auf diesen zu und heißen ihn herzlich willkommen. In Deutschland wird erwartet, dass die Neuzugezogenen sich bei den Anwohnern vorstellen. In der Werderau gibt es Kontakt zwischen Deutschen und Türken nur auf der Straße. Eine türkische Familie berichtet, dass sie innerhalb von drei Jahren noch nie zu Hause von Nachbarn Besuch bekommen hat. In der Türkei ist es so, dass am Ramadan und Opferfest Freunde und Verwandte unangemeldet die Familien besuchen und jederzeit willkommen sind. Deutsche gehen nur dann auf Besuch, wenn sie eingeladen sind, bei hohen

christlichen Festtagen (Weihnachten, Ostern) feiern sie innerhalb der eigenen Familie.

Der Runde Tisch stellt fest: Wir wollen mehr voneinander wissen, auch von unseren wechselseitigen Erwartungen aneinander.

## Was heißt eigentlich »gelungene Integration« – persönliche Statements der TeilnehmerInnen des Runden Tisches Werderau

In kurzen Statements beantworteten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Runden Tisches Werderau die Frage, was Integration für sie persönlich bedeutet:

### »Aufeinander zugehen«

- aufeinander zugehen;
- aufeinander zugehen bedeutet eine neue Lebensqualität;
- sich auseinandersetzen, um sich dann zusammenzusetzen;
- nachbarschaftliches ‚Aufeinander zu‘;
- sich öffnen bei Problemen und auf den anderen zugehen, anstatt sich nur zu ärgern;
- Probleme miteinander lösen;
- sich von Mensch zu Mensch begegnen;
- Einander kennen lernen sollte schon bei den Kindern und Jugendlichen beginnen;

### »Einander akzeptieren«

- Voraussetzung für Integration ist, sich gegenseitig zu akzeptieren und zu respektieren;
- Integration ist nicht Anpassung, sondern bedeutet eine gemeinsame Anstrengung;
- »Wege aufeinander zu«, erstens: erkennen und zweitens: beschreiten;
- Wesentliche Voraussetzung ist Akzeptieren;
- »Leben und leben lassen«;
- Integration bedeutet nicht »Selbstaufgabe«

## »Gemeinsame Sprache beherrschen«

- Deutsche Sprache lernen ist Voraussetzung;
- Wenn es eine gemeinsame Sprache gibt: Mehr miteinander, als übereinander reden;
- Nicht-Deutsche lernen und sprechen deutsche Sprache;
- Miteinander lernen: Im Kindergarten Heisterstraße geben z. B. Kinder einander wechselseitig sprachliche Hilfen;
- Aber auch: einige Deutsche könnten türkisch lernen;

## »Mehr voneinander wissen«

- einiges über die türkische Kultur erfahren;
- »Interkulturalität« ist z. B. Schwerpunkt im Kindergarten Heisterstraße; dort werden alle Kulturen der Kindergartenkinder »gezeigt«;

## »Gemeinsames Arbeiten«

- gemeinsames Arbeiten für eine gemeinsame Sache (z. B. Aufräumen auf dem alten Spielplatz);
- gemeinsam anpacken;

## »Vielfalt ist eine Bereicherung«

- interkulturelles Zusammenleben ist eine Bereicherung;
- Zusammenleben als neue Lebensqualität;

## »Auch Trennung ist möglich«

- nicht jeder kann mit jedem: auch Trennung muss möglich sein.

**DAS ZITAT**

»Der ideelle Rückhalt durch die Kommunalpolitik ist in solchen Projekten sehr wichtig. Die Menschen müssen eine Perspektive erhalten und eine Verstetigung solcher Projekte sehen und wieder erleben, wie wichtig Verständigung untereinander ist. Vor Ort ist hier so viel Eigenengagement, und wenn die Werderauer sehen, dass die Unterstützung wegfällt, fühlen sie sich hängen gelassen, und alles schläft allmählich wieder ein. Deswegen müssen wir alles tun, damit es weitergeht.«



Ilka Soldner, (SPD), Stadträtin in Nürnberg



# Kommunale Integrationspolitik

von Dr. Lale Akgün, MdB (SPD),

stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppe Migration und Integration



Viele Großstädte verfügen über ein solides integrationspolitisches Netzwerk mit städtischen Dienststellen, dem Integrationsrat und einer lebendigen Vielfalt an interkulturellen Zentren verschiedenster Träger und Migrantenselbsthilfeorganisationen. Hierauf aufbauend, müssen von einer breiten politischen Mehrheit getragene Instrumente und Maßnahmen für eine erfolgreiche Integrationspolitik geschaffen bzw. weiterentwickelt werden.

Grundsätzlich sind drei Prämissen konstitutiv für eine fortschrittliche Integrationspolitik in der sozialen Stadt:

*1. Keine ethnische Deutung von sozialen Problemen, sondern Akzeptanz der sozialen Lebenslagen:*

Die Ursachen der Probleme in bestimmten Quartieren der Städte sind nicht durch die Herkunft ihrer Bewohner bedingt, sondern durch deren soziale Situation. Gerade in solchen Stadtteilen müssen die gemeinsamen sozialen Klassen- und Lebenslagen in den Mittelpunkt des Interesses rücken. Das ist Voraussetzung dafür, ethnische Desintegrationsprozesse zu stoppen und Teilhabe und kollektives politisches Handeln zu ermöglichen.

*2. Die Stadtteile als Lebensmittelpunkte der Menschen anerkennen und fördern:*

Eine fortschrittliche Integrationspolitik in der sozialen Stadt muss sich daran messen lassen, welche Wichtigkeit sie auch benachteiligten

Stadtteilen beimisst und was sie bereit ist, in ihre benachteiligten Stadtteile zu investieren.

*3. Die Erkenntnis, dass in diesen Stadtteilen das Potenzial auch für die Identifikation mit den Stadtteilen liegt.*

Gesellschaftliche Verantwortung für den Stadtteil wird immer dann übernommen, wenn Menschen sich mit ihrem Lebensumfeld identifizieren. Ziel muss es sein, dass die Menschen in ihren Stadtteilen wohnen bleiben – auch wenn sie sich etwas ‚Besseres‘ leisten könnten. Damit beginnt der soziale Aufstieg des Stadtteils.

Welche zentralen Strategien sind dabei von Bedeutung:

*Prävention*, d. h. gesellschaftliche und soziale Probleme im Stadtteil müssen rechtzeitig erkannt, diagnostiziert und unter Einbeziehung der Lebensräume analysiert werden.

*Partizipation*, d. h. alle Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils müssen die Möglichkeit erhalten, Mitspracherecht bei der Gestaltung ihres Stadtteils zu bekommen. Lösungsstrategien müssen gemeinsam formuliert werden.

*Integration*, d. h. alle Bürger müssen Verantwortung übernehmen für ihren Stadtteil, es muss ein selbstverständlicher Umgang miteinander entstehen, aus ‚Ich‘ und ‚Du‘ muss ein ‚Wir‘ entstehen mit der zugehörigen gemeinsamen Identität.

# 4: Kommunikation und Widerstand I



## DAS ÖFFENTLICHE GESPRÄCH ANREGEN

### Hoffnungen statt Ängste

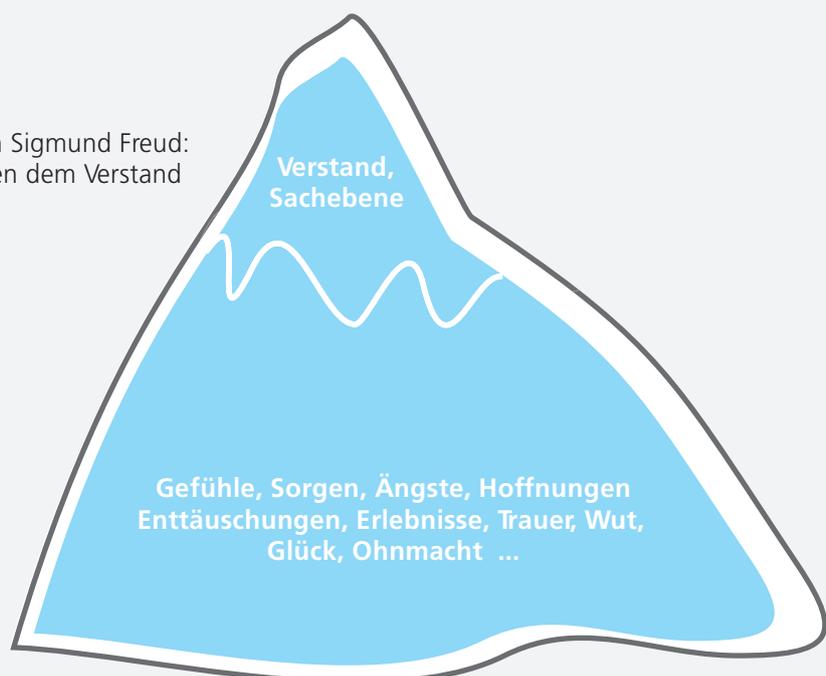
Das Thema »Integration« ist oft mit Ängsten besetzt und ruft, insbesondere wenn dann auch noch Bilder brennender Autos in Pariser Vororten gezeigt werden, Widerstand hervor. Auch wenn wir wissen, dass Millionen Ausländer friedlich mit uns zusammen leben, haben es rationale Überlegungen und Argumente dann schwer. In der Regel wird in der öffentlichen Berichterstattung über Probleme der Nicht-Integration geschrieben. Aus den Alltagserfahrungen, aber auch aus der Kommunikationswissenschaft wissen wir, dass das Verhalten der Menschen weit eher durch Gefühle (vor allem der Hoffnung und der Angst) geprägt ist als durch bloße Information (Vernunft / Überlegungen). Der Eisberg zeigt anschaulich, dass achtzig Prozent der Kommunikation unterhalb der rationalen Wasserlinie erfolgt.

Für uns ist es demnach besonders wichtig zu erkennen, dass wir mit Vernunft-Appellen allein nicht viel weiter kommen. Im Bereich der Gefühle sind die Ängste bereits besetzt. Wenn wir uns nicht länger von den Problemen absorbieren lassen, sondern uns ganz bewusst den Chancen und Hoffnungen des Zusammenlebens zuwenden, können wir Positives bewirken und Menschen erreichen.

Welche Chancen in einer globalisierten Welt erhalten unsere Kinder, wenn sie früh andere Kulturen kennen lernen? Welchen Vorteil kann unsere Verwaltung daraus ziehen, wenn ihre Mitarbeiter mehrere Sprachen sprechen und die Sorgen der eigenen Minderheiten besser verstehen? Was könnten die Betriebe alles tun, um mehr Nutzen aus den interkulturellen Kenntnissen potenzieller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu ziehen? Abkehr von der Problemorientierung.

Das hier positive öffentliche Thema »Chancen« verdient unsere Energie und kann das Diskussionsklima in einer Stadt

Das **Eisbergmodell** nach Sigmund Freud:  
Vom Unterschied zwischen dem Verstand  
und den Gefühlen





Monheim am Rhein

## »Integrationsarbeit ist eine Haltungssache«

### Projektvernetzung und persönliche Ansprache

»Unter vielen Faktoren sind zwei Dinge in unserer Integrationsarbeit besonders wichtig: Zum einen ist es eine Einstellungssache, wie sehr man den Willen hat, auf andere Menschen einfach zuzugehen. Die zweite Sache ist die partnerschaftliche und vernetzte Planung von Projekten. Es kann nur als Gesamtbild richtig funktionieren.«

Inge Nowak, Projektleiterin



Es ist ein sehr heißer Vormittag im Mohnheimer Berliner Viertel. Rupa steht mit ihrer Freundin Christina in der prallen Sonne vor dem Einkaufszentrum und wischt sich das verschüttete Wassereis vom Oberarm. Die Elfjährige mit dem aufgeweckten Blick legt mit einer schnellen Handbewegung die aufgemalte deutsche Flagge wieder frei und grinst breit: »Sonst werden Klinsi und Schweinsteiger morgen nicht gewinnen!« Was Rupa zu dem Zeitpunkt nicht weiß: Einen Tag später wird die deutsche Fußball-Nationalmannschaft gegen Italien verlieren. So schlimm ist es aber nicht, denn auf dem anderen Oberarm hat Rupa ja noch die indische Flagge, und in der ganzen Innenstadt wehen neben der deutschen auch noch italienische, französische, brasilianische, japanische und türkische Flaggen. Und sie werden noch eine ganze Weile hängen bleiben und den Ort in eine fröhliche und bunte Tücherwelt hüllen.

Während eines beschaulichen Sommer-spaziergangs durch das Berliner Viertel fällt auf: Hier ist in den letzten Jahren im Rahmen des Integrierten Stadterneuerungsprojekts einiges erreicht worden. Die Einbindung der Wohnbevölkerung ist ohne Zweifel eines der Erfolgsrezepte in diesem Stadtteil, dessen Bewohner im Vergleich zur Gesamtstadt überdurchschnittlich hoch auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, und wo Arbeitslosigkeit eines der drängenden Probleme ist. Andere Teile Monheims haben einen durchschnittlichen Migrantenanteil von 14 Prozent, im Berliner Viertel sind es 60 Prozent. Der Großteil der langjährigen, vor allem deutschen Mieter hat mittlerweile das Rentenalter erreicht. Der Wandel in der Bevölkerungsstruktur hatte eine Auflösung des sozialen und nachbarschaftlichen Miteinanders und entsprechende Spannungen zufolge.

So ging die Stadt Monheim im nach außen

hin als Brennpunkt bezeichneten Berliner Viertel in den letzten zehn Jahren mutig vor: Sie ging auf die Bedürfnisse der Anwohner ein und beteiligte sie an maßgeblichen Entscheidungen: der Neugestaltung öffentlicher Flächen, von Schulgeländen und besonders des Wohnumfelds, Projekten im sozialen und kulturellen Bereich, intensiven Gesundheits- und Präventionsmaßnahmen und Bildung sowie der verstärkten Förderung der Anwohner mit Migrationshintergrund und des interkulturellen Miteinanders. Das Leben miteinander soll über ethnische und altersbezogene Grenzen hinweg harmonisch verlaufen. Daran arbeitet die Stadt mit vielen Maßnahmen.

Eines dieser Konzepte entstand 2002 in Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt Niederrhein: das Modellprojekt ‚Mo.Ki‘. »Kinder und Familien fördern durch konsequent präventive Kinder- und Jugendhilfe« – dies ist der Leitsatz des Projektes, das Kinder von der Geburt an bis in den Beruf fördern möchte, Bildung ermöglicht, Elternkompetenzen unterstützt und zur Verbesserung der Integration von Migrantinnen und Migranten beiträgt.

Koordinatorin Inge Nowak sitzt im Erzieherinnenraum der Kindertagesstätte Grünauer Straße und schildert einen der vielen Beweggründe: »Viele Migranten nehmen bestimmte Angebote und Hilfe, die ihnen zusteht, nicht in Anspruch. Ihnen muss diese Hilfe zugänglich gemacht werden.« Hierbei handelt es sich nicht nur um einzelne wenige Akteure, sondern mittlerweile um ein ganzes Netzwerk: »Es kann nur ein ganzheitliches und wirklich kooperatives System aus einzelnen Personen oder Institutionen etwas bringen, und uns ist eine dichte Vernetzung mit allen Trägern gelungen.«

Im Berliner Viertel haben die Kinder in den Kindergärten zu 60 bis 70 Prozent Migrationshintergrund. →

# Integrationsarbeit ...



»Die Einbindung in das soziale Leben macht ja auch die Atmosphäre im Berliner Viertel aus. Deswegen legen wir Wert auf das Engagement der Eltern. Unsere Fragen lauten dabei: Wie überzeuge ich, dass ich die Kinder in die Kitas kriege? Wie bewege ich Eltern zur pädagogischen Mitarbeit? Integrationsarbeit ist Beziehungsarbeit und Haltungssache.« Inge Nowak und ihre Kollegin Doris Heckmann-Jones von der AWO sind von der Wichtigkeit des Zuehens aufeinander überzeugt, sehen jedoch, dass in mancher Hinsicht auch verstärkter Einsatz nötig ist: »Oft muss man Migrantinnen und Migranten dort abholen, wo sie stehen. Es ist eine Einstellungssache, inwieweit ich mich mit Menschen auseinandersetze. Immer direkt und persönlich ansprechen«, meint Doris Heckmann-Jones.

Eines der Projekte mit diesem Ziel ist das ‚MultiMo‘-Programm: Frauen aus unterschiedlichen Herkunftsländern stehen anderen Bewohnern mit Migrationshintergrund im Stadtteil für verschiedene Sprachen als Laiendolmetscherinnen zur Verfügung. Einsatz-

bereiche sind soziale Dienste, Beratungsstellen oder Schulen. Inge Nowak erklärt den angenehmen Nebeneffekt: »Diese Frauen werden auch als Multiplikatorinnen aktiv: Sie werden geschult, so dass sie Informationen und Beratungsangebote vermitteln können, die durch sie zu Zielgruppen vordringen, die sonst nie erreicht würden.« Dass auf die gute alte Mund-zu-Mund-Propaganda gesetzt wird, erfreut Inge Nowak, denn auch die ‚MultiMo-Damen‘ haben Spaß an ihrer Arbeit und unterstützen dabei andere Migranten. Ihr Ziel ist, die interkulturelle und sprachliche Integration zu verbessern: »Es gibt für bildungsferne Familien kaum angemessene Sprachangebote, viele sind eingeschüchtert.« Auch hier kann das ‚MultiMo‘-Team unterstützen und eine Atmosphäre der Offenheit schaffen.

Eine andere Idee, die in Monheim seit einiger Zeit erprobt wird, sind die ‚FamTische‘. Auch hier werden Frauen unterschiedlicher – auch deutscher – Herkunft angesprochen:

»Es geht ja um das Miteinander im Stadtteil und den Austausch. Besonders über

Erziehung und Gesundheitsförderung, aber auch über viele andere Themen kann in privater Atmosphäre geredet werden.« Diese Treffen, zu denen eingeladen wird, finden in der Wohnung einer Teilnehmerin statt, die diese gemütliche Zusammenkunft ausrichtet. Eine Person übernimmt die Funktion der Moderatorin und wird im Vorfeld auf diese Aufgabe hin geschult. Inge Nowak ist überzeugt: »Bereits fünf Tische haben erfolgreich stattgefunden zu Fragen, die besonders Frauen angehen, in denen sie für bestimmte Themen sensibilisiert wurden, sich trauten, offen zu reden und sich Beratungsangebote vermitteln lassen konnten. Die Isolation wurde aufgebrochen, das hat man erreicht.« Doris Heckmann-Jones setzt sich für diese Ideen ein: »Es ist gut, neue und weniger konventionelle Wege zu beschreiten und Mut zu Neuem zu haben. Integration ist ein langwieriger Prozess, und darauf wird man sich einstellen müssen.« Damit die ehrenamtliche Arbeit der engagierten Frauen auch symbolisch gewürdigt wird, erhalten sie für ihre Einsätze kleine Aufwandsentschädigungen: »Es sollte



niemals der Eindruck entstehen, dass man ehrenamtliche Arbeit ausnutzt und ausreizt.«

Ursula Schlößer, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Monheimer Stadtrat, unterstützt ‚Mo.Ki‘ in ihrer Heimatstadt: »Mo.Ki hat gezeigt, dass – sofern alle Beteiligten bereit sind, neue und andere Wege zu gehen – mit wenig Aufwand ein hoher Nutzen erzielt werden kann, und zwar für die Kommune selbst und natürlich im besonderen für die Kinder und ihre Familien.«

Die AWO engagiert sich im Berliner Viertel zusätzlich im Bereich der Suchtberatung: »Auch in diesem Themenfeld nehmen Migrantinnen und Migranten das Beratungsangebot stark unterrepräsentiert wahr.« In vielen Familien mit Migrationshintergrund sei das Thema Sucht aus kulturellen oder religiösen Gründen stärker tabuisiert als in deutschen Familien, erklärt Doris Heckmann-Jones. »Hinzu kommt die erforderliche Sensibilisierung des Beratungsangebots für interkulturelle

Gegebenheiten, aus denen Konflikte und Missverständnisse durch die erschwerte Kommunikationssituation entstehen können. Wir haben uns in Fortbildungen damit auseinandergesetzt, damit wir besser das Vertrauen unserer potenziellen Klientel gewinnen und sie für unser Angebot interessieren können.«

Bei der Vielzahl der Projekte spielt für Inge Nowak und Doris Heckmann-Jones eine große Rolle, dass immer wieder neue Ideen entstehen, die sich mit den anderen Projekten verbinden lassen: »Kein Projekt steht losgelöst von den anderen, sondern sie haben in einem großen Netzwerk alle Verbindungen. Somit wird das Bild rund, und nur so kann es wirklich funktionieren. Das beweist die Praxis hier.«

### **Ansprechpartner**

#### **Inge Nowak**

Koordinatorin Mo.Ki  
Stadt Monheim  
Telefon 02173 - 687 514  
inowak@monheim.de  
[www.monheim.de/jugendamt/  
aktuelles/index.html](http://www.monheim.de/jugendamt/aktuelles/index.html)

#### **Doris Heckmann-Jones**

Suchtberatung  
AWO Kreisverband Mettmann e.V.  
Telefon 02173 - 507 88  
heckmann@suchtberatung-  
monheim.de  
[www.suchtberatung-monheim.de](http://www.suchtberatung-monheim.de)

### **Weitere Informationen im Internet**

[www.monheim.de/moki](http://www.monheim.de/moki)  
[www.marke-monheim.de](http://www.marke-monheim.de)

Stichwort

LOS



#### DAS ZITAT

»Mo.Ki hat gezeigt, dass – sofern alle Beteiligten bereit sind, neue und andere Wege zu gehen – mit wenig Aufwand ein hoher Nutzen erzielt werden kann, und zwar für die Kommune selbst und natürlich im besonderen für die Kinder und ihre Familien.«



Ursula Schlöber (SPD), Stadträtin in Monheim

#### LOKALES KAPITAL FÜR SOZIALE ZWECKE

Nach dem Motto »Menschen beteiligen. Strukturen vernetzen. Mikroprojekte fördern.« hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) dieses Programm entwickelt, um u. a. kleine Projekte, sog. Mikroprojekte in den Fördergebieten aus der Bund-Länder-Vereinbarung »Die Soziale Stadt« zu unterstützen. LOS setzt lokal an und hilft dort, wo kleine Initiativen in sozial benachteiligten Wohngebieten finanzielle Förderung benötigen.

Das aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderte Programm unterstützt die Aktivierung sozialer und beschäftigungswirksamer Potenziale vor Ort, die durch zentrale Programme wie die Regelförderung des ESF nicht erreicht werden. Lokale Initiativen werden mit bis zu 10 000 Euro gefördert

#### Mehr Informationen unter

[www.los-online.de](http://www.los-online.de)  
[www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de)

Tipps zum Handeln

# 4: Kommunikation und Widerstand II



## Widerstand

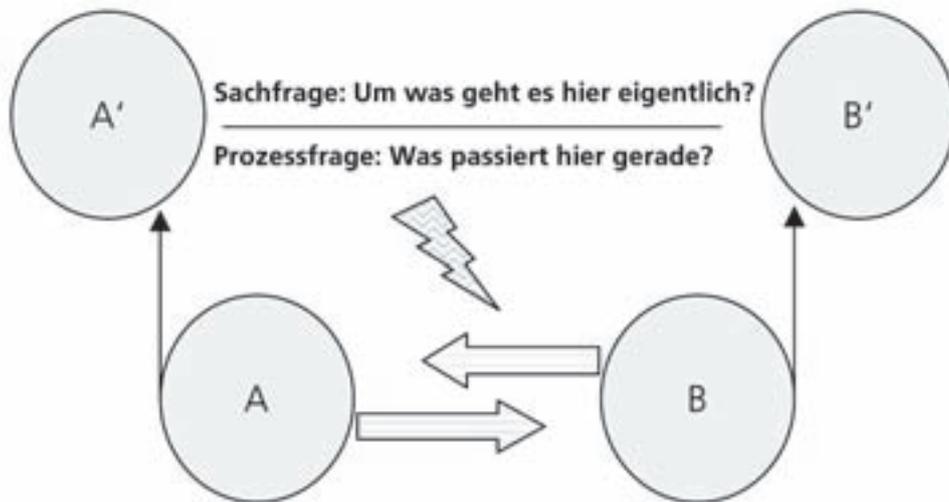
Integration ist ein ständiger sozialer Prozess, ein Prozess kontinuierlicher Verbesserung – dadurch, dass wir aufeinander zugehen. Dieser Prozess verlangt viel von den Menschen: dass wir Neues zulassen und Altes loslassen.

Das NEUE ist die Abwertung des bisher Wertvollen und die Aufwertung des bisher Wertlosen, Profanen.

Deshalb muss bei Neuem stets mit Widerstand gerechnet werden. Widerstand erzeugen wir aber auch selbst, wenn wir nicht auf die Veränderung der Strukturen zielen, sondern vor allem die Veränderung der Menschen fordern («Ihr solltet ...»). Verhaltensänderungen brauchen viel Zeit und setzen voraus, den eigenen Denkraum im Kopf zu erweitern, was möglich ist, insbesondere durch Erfahrungsaustausch und das Aufzeigen von Notwendigkeiten.

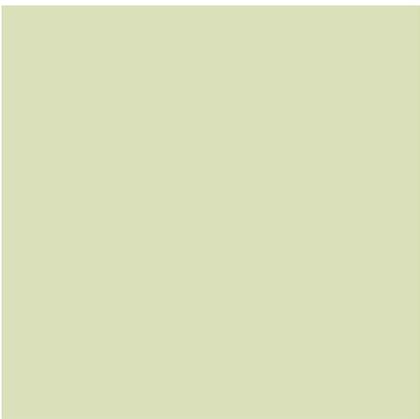
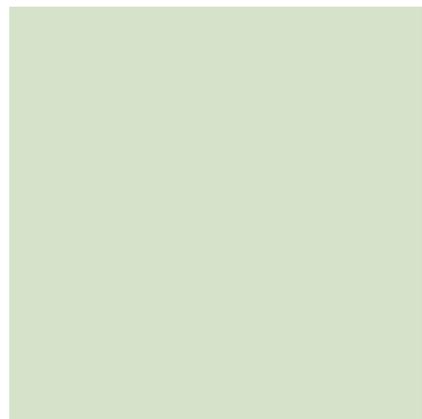
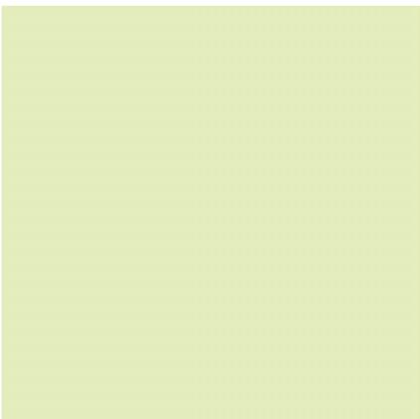
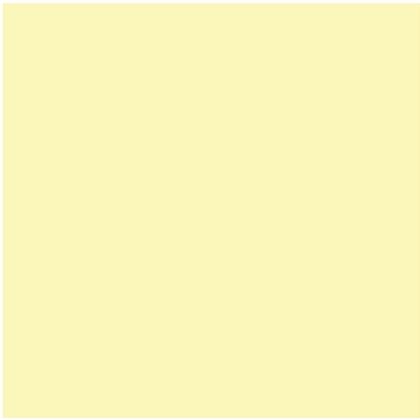
### Zwei Wege, um mit Widerstand umzugehen:

**Weg I: Verlagern der Gesprächsebene auf die »Meta-Ebene«** durch Stellen der Prozessfrage oder durch Stellen der Sachfrage:



**Weg II: Mit dem Widerstand arbeiten – mit »Starkwind segeln«**





Einleitung

# Umgang mit unterschiedlichen Kulturen

## Förderung des Zusammenlebens

Deutschland ist seit über fünf Jahrzehnten Einwanderungsland. So lange bereits sind Menschen aus anderen Ländern mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Lebensweisen fester Bestandteil des Gesellschaftsbildes.

Dennoch kann man nicht davon sprechen, dass es weitgehend funktioniert hat, ein harmonisches Zusammenleben in der Gesellschaft zu schaffen. Die unterschiedlichen Ansichten und Lebensweisen spalten mögliche Beziehungs- und Interaktionsgeflechte. Vorurteile, die aus Fremdenfeindlichkeit resultieren, eigenen negativen Erfahrungen, die pauschalisiert werden, aus schlichter Unkenntnis oder anderen Gründen, sind nach wie vor einfacher aufrecht zu halten, als miteinander in einen Dialog zu treten und ‚hinter die Kulissen zu schauen‘.

Zuwanderinnen und Zuwanderer haben das Recht, ihre Kultur und Bräuche in Deutschland zu bewahren und zu leben. Dennoch müssen sie auch die Lebensweise der Mehrheitsgesellschaft akzeptieren und sich darum bemühen, sich in das gesellschaftliche Geschehen einzubringen und ein aktiver Teil derselben zu werden. Deutsche sind ebenso dazu aufgefordert, die gesellschaftlichen Entwicklungen und Gegebenheiten zu akzeptieren und anzuerkennen, dass viele unterschiedliche Nationen, Kulturen und Lebensweisen durchaus auch ein Gewinn und eine gesellschaftliche Chance sein können. Hierfür müssen Handlungsräume geschaffen werden, damit diese verschiedenen Lebensweisen im Einklang miteinander gelebt werden können.

Die Notwendigkeit eines Bewusstseinswandels, der in der Gesellschaft

beiderseitig vollzogen werden muss, wird oftmals noch nicht wahrgenommen. Die Gesellschaft ist auf Einwanderung mit ihren Ressourcen und Potenzialen angewiesen, und Migrantinnen und Migranten, die bisher noch keinen Anlass gesehen haben, sich in die Gesellschaft einzubringen und zu integrieren, müssen auch hier die Erfordernis erkennen. Über diese sachliche Bedarfsebene hinaus ist es nur förderlich und daher wünschenswert, wenn sich Menschen, die an einem Ort sind, nicht bloß parallel zueinander verhalten, sondern miteinander leben, sich austauschen und dadurch zu *einer* Gesellschaft *auf Augenhöhe* werden.

Doch wie sieht dieser Komplex auf der zwischenmenschlichen Mikroebene aus? Jeder kann sich in diese Lage hineinversetzen, wie es ein junger Mann im Rahmen des dargestellten People's Theater-Projekts aus seiner Sicht erklärt: »Ganz oft ist es so: Wenn man etwas oder jemanden nicht kennt, reagiert man meist erst verhalten oder handelt aus negativ behaftetem Hörensagen heraus. Ganz besonders dann, wenn man einfach nicht weiß, was im Gegenüber eigentlich vorgeht. Wie soll dann ein richtiges Miteinander entstehen?« Der junge Mann findet in Sekundenschnelle selbst eine Antwort: »Komplex aufbrechen – reinschauen – verstehen und für das eigene Leben umsetzen!«

Es geht in diesem Kapitel um Einblicke und Schaffung von Toleranz, Anerkennung und Verständigung zwischen Kulturen, Religionen – oder ganz konkret: Menschen. Die vorgestellten Projekte erlauben ihren Betrachtern, nicht bloß ihre eigene Sicht der Dinge im zwischenmenschlichen Mit- oder Gegeneinander zu sehen, sondern auch die Seite, die sie bisher vielleicht noch nicht kannten – oder über die sie schlichtweg noch nicht nachgedacht

haben. Dadurch kommt ein Denkprozess zustande, der andere Blickwinkel beleuchtet, die Notwendigkeit des Bewusstseinswandels verdeutlicht und damit auch neue Perspektiven des gesellschaftlichen Zusammenlebens schafft.



Offenbach am Main

## »Wie hättest du denn reagiert?«

### Über Theaterstücke, wie sie das Leben schreibt

»Integrationsarbeit leistet man, indem man Vorurteile abbaut und miteinander kommuniziert. Dies wird in jeder unserer Shows gelernt, und so können Konflikte gelöst werden. Am besten fängt man dabei bei den Jüngsten an, so früh wie möglich, heute ist das wichtiger denn je. Das Theater ist ein perfektes Werkzeug dafür.«

Erfan Diebel, People's Theater



Lukas und Abdel rutschen unruhig auf ihren kleinen Stühlen hin und her. Ihre aufmerksamen und weit geöffneten Augen sind gebannt nach vorne auf die Schauspielszene gerichtet. Gleichzeitig setzen beide zum Melden an und recken ihre rechten Arme angespannt in die Höhe, um bloß etwas zu tun oder zu sagen, es würde am liebsten aus ihnen heraussprudeln! Aber sie haben die Gesprächsregeln während des Theaterstücks, die Moderator und Animator Marco an die Tafel geschrieben und erklärt hat, verinnerlicht und warten, bis die Szene zu Ende gespielt worden ist und sie aufgerufen werden.

So ist es seit Gründung des Vereins 2001 bereits über 1500 Mal geschehen, wo auch immer im Kreis Offenbach diese besondere Theatertruppe aufgetreten ist. Das People's Theater hat ein ganz besonderes Ziel vor Augen: mitdenken – mitbewegen. Wo immer die Gruppe sich zeigt, geht es nicht nur bloß um Unterhaltung, sondern um konkrete Publikumsbeteiligung. Dies bedeutet, dass Animator Marco eingangs ruft: »Eins, zwei, drei: Action! Aufgepasst!«

Die Truppe des People's Theater besteht zurzeit aus 15 jungen Männern und Frauen unterschiedlicher Herkunft: In den letzten Jahren nahmen Laiendarsteller aus über 14 Nationen an dem Engagement teil. Zwei sind fest angestellt und seit längerem dabei, alle anderen wohnen und arbeiten ehrenamtlich jeweils für ein ganzes Jahr zusammen, meist im Rahmen des Zivildienstes oder eines Freiwilligen Sozialen Jahres, erklärt der 20jährige Philip Blom: »Wir haben eine tolle, intensive und sehr arbeitsreiche Zeit miteinander. Das Bewusstsein und die Erfahrungen, die wir hier sammeln, sind ein unglaublicher Schatz.« Ein Motto haben die Schauspielenden für sich selbst gefunden: »Wir versuchen, selbst all das zu leben, was wir vorspielen.«

2001 hatte der Offenbacher Unternehmer

Erfan Enayati die Idee, diese Theatertruppe ins Leben zu rufen: »Ich hatte das Gefühl, dass zwischenmenschliche Kommunikation heute im Zuge der Veränderung der Gesellschaft und der interkulturellen Konflikte vielerorts nicht mehr funktioniert. Dabei ist es oft einfacher, als man denkt.« Enayati finanziert heute noch die jungen Akteure, außerdem unterstützt die Stadt Offenbach den Verein – gemeinsam mit Schulen, Sponsoren und anderen Förderern.

Hauptthemen der Theaterveranstaltungen, die zwar überwiegend in Schulen, aber auch in anderen Bildungseinrichtungen und für Erwachsene aufgeführt werden, sind interkulturelle Konflikte, Mobbing, Rassismus, Gewalt, Lügen, Verstöße gegen Verbote, Respekt vor Eltern und Lehrern sowie Selbstbewusstsein.

Die Theatertruppe besitzt ein sehr großes Repertoire selbst geschriebener Stücke, die sie nach Bedarf auch an andere Situationen schnell anpassen kann. Die 19jährige Nina Jafari ist eine der begeisterten Akteurinnen und betont die Wichtigkeit der Vermittlung von sozialen Kompetenzen und Selbstbehauptung: »Es gilt, die Grundeinstellung zum Menschen zu vermitteln. Wenn wir beispielsweise an Schulen engagiert werden, ermitteln wir vorher gemeinsam mit der Lehrerin oder dem Lehrer den Bedarf: Wo sind Schwachstellen, gibt es in einer Klasse besondere Probleme oder fehlende soziale Kompetenzen?«

Eine Lehrerin an einer Offenbacher Grundschule erklärt, dass es in ihrer Klasse Probleme mit Respekt, Verhalten und Lügen gegeben habe, Konflikte unter den Schülerinnen und Schülern sowie mit der Lehrerschaft seien an der Tagesordnung gewesen: „Seitdem das People's Theater in einer Stufe seine Arbeit geleistet hat, hat sich die Atmosphäre dort spürbar verbessert, der Umgangston →

# Wie hättest du ...



untereinander hat sich verändert. Deswegen haben wir das People's Theater nun auch für andere Stufen engagiert. Besonders unsere Problemkinder überdenken mittlerweile ihr Verhalten, bevor sie etwas sagen oder handeln.«

Wie sieht eine dieser Theaterveranstaltungen aus? Entsprechend des zu behandelnden Themas, stellen die Schauspieler eine Konfliktsituation aus dem Alltagsleben dar, die jeder im Publikum nachvollziehen kann. In der Show droht die Lage zu eskalieren, weil zwei oder mehrere verschiedene Meinungen sich gegenseitig hochschaukeln. Kurz bevor die Situation aus den Fugen gerät, ertönt ein lauter Gong, und die Szene wird ‚eingefroren‘. Mittels Tafelbild, Charakter- und Situationsanalyse wird in Zusammenarbeit mit den Zuschauern erörtert, wo die Schwachstellen in der dargestellten Situation liegen und wie man den Konflikt lösen kann bzw wie man ihn von vorneherein hätte verhindern können. Die Lösungsmöglichkeiten und Alternativen werden mit Publikumsbeteiligung auf der Bühne

nachgespielt.

Nachhaltigkeit ist ein weiterer Eckpfeiler bei People's Theater. Eine Theateraufführung sei eine amüsante und motivierende Art, Verhaltensweisen aufzudecken und zu analysieren, doch mit einem Mal verändere man nicht grundlegend sein Verhalten, meint Erfan Diebel: »Es geht darum, besonders Kindern und Jugendlichen spielend etwas zu vermitteln, aber das alles soll nicht nur Spaß, sondern nachhaltig wirkende Arbeit sein. Deswegen treten wir nicht nur einmal, sondern fünfmal in einer Klasse auf. Nach jeder Show schließt sich ein Gespräch mit dem Lehrer an, außerdem gibt es noch einen Elternabend.« Der Zweck ist, ein tatsächliches Bewusstsein für bestimmte zwischenmenschliche Situationen zu schaffen und damit eine effektive Wirkung bei der Zielgruppe zu erlangen: »Das ist eben der Unterschied zu anderen Forumtheater-Aufführungen.«

Die Arbeit des People's Theater wird demnächst auch in einer Dissertation evaluiert.

Makda ist 22 und Teil des People's Theater. Sie ist immer wieder fasziniert, wenn sie sieht, wie junge Zuschauer auf die Stücke reagieren: »Kinder und Jugendliche sehen uns als Vorbilder, ganz besonders jüngere. Wir haben schon oft gesehen, dass sie direkt nach unserer Show die Szenen mit Begeisterung nachspielen, sogar zuhause! Einige sind richtig betroffen, wenn sie die Stücke sehen, besonders, wenn sie bestimmte Dinge selbst schon einmal erlebt haben.« Die Kinder und Jugendlichen werden ernstgenommen, es gibt keine wirklichen Fehler, die sie machen können. So werden sie ermutigt, sich einzubringen und mitzudenken. Aber auch Eltern fühlen sich angesprochen, wie Makda erzählt, und wirken bewusster auf ihre Kinder ein. Die Unterstützung auf Seiten der Lehrerschaft ist groß, teilweise wird das Theaterprojekt eine Zeitlang zum festen Bestandteil des Unterrichts gemacht. Auch Nawid, 20, ist überzeugter Darsteller: »Kurzfristig haben unsere Zuschauer Spaß. Meist wollen sie uns noch länger sehen. Langfristig bewegt es aber auch etwas in ihren Köpfen.« Auch



die Lehrer machten nach eigenen Aussagen eine Entwicklung durch, und der Klassenzusammenhalt würde verstärkt. Ideelle Unterstützung erhält der Verein auch von der Politik: »Die Leute kennen uns mittlerweile, wir spielen auch außerhalb der hessischen Landesgrenzen. Wir sind bereits von ‚start social‘ und ‚LOS‘ gefördert worden, vom Innen- und vom Familienministerium. Der Offenbacher Oberbürgermeister hat unsere Schirmherrschaft übernommen. Das ist schon toll.«

Offenbachs Grünen-Stadträtin Birgit Simon hat das People's Theater bereits des öfteren in Aktion gesehen und überreichte den Akteuren im vergangenen Februar den Integrationspreis 2005 der Stadt: »People's Theater stärkt soziale Kompetenz in unseren Schulen, indem Werte für das tägliche einvernehmliche Miteinander vermittelt und Konflikte als lösbar und als Chance für Neues, Besseres verstanden werden. Im Vordergrund steht eine gemeinsame Kommunikationskultur, in der Gewalt als Ausdrucksform vermieden wird.«

Nun ist das People's Theater ein Vorzeigeprojekt mit einer außerordentlich professionellen Struktur: Es ist ein Vollzeitprojekt, das von einem Unternehmer grundfinanziert wird. Der Verein hat moderne Gruppenräume zur Verfügung gestellt bekommen, in denen die jungen Männer und Frauen selbst planen, organisieren, schreiben, Pressearbeit erledigen. Außerdem haben sie ein Finanzkuratorium wie auch einen pädagogischen Beirat, die ihnen stets zur Seite stehen.

Erfan Diebel sieht ein, dass man nicht in jeder Stadt eine solche Truppe, die ein Jahr lang miteinander zusammenlebt und ganztags gemeinnützig arbeitet, zusammenstellen kann: »Ich glaube, wir sind da eine Ausnahmeerscheinung. Aber wichtig ist zu vermitteln, dass dieses Theaterkonzept im Sinne der Verständigung, Dialogfähigkeit und Nachhaltigkeit funktioniert und auch mit anderen, lockerer zusammenarbeitenden Gruppen klappt. Insofern denke ich schon, dass wir ein Modellprojekt sein können, und dass sich diese Idee auch andernorts in einem kleineren Rahmen gut umsetzen lässt.«

#### Ansprechpartner

##### Erfan Diebel

People's Theater e. V.  
 Telefon 06074 - 301 4041  
 info@peoples-theater.de  
 www.peoples-theater.de

## DAS ZITAT

»People's Theater stärkt soziale Kompetenz in unseren Schulen, indem Werte für das tägliche einvernehmliche Miteinander vermittelt werden, und Konflikte als lösbar und als Chance für Neues, Besseres verstanden werden. Im Vordergrund steht eine gemeinsame Kommunikationskultur, in der Gewalt als Ausdrucksform vermieden wird.«



Birgit Simon (Bündnis90/die Grünen),  
Sozialdezernentin der Stadt Offenbach  
am Main

»Integration muss nicht immer offensichtlich und künstlich erfolgen, indem man versucht, Nationalitäten miteinander zu verknüpfen. Das Ziel ist, dass der Umgang miteinander selbstverständlich ist! Es dürfte diesen Begriff ‚Integration‘ eigentlich gar nicht geben. Es ist eine innere Einstellung, die Einheit der Menschen in der Vielfalt. Jeder leistet seinen Beitrag dazu.«

Nawid, 20

»Wir haben viele Mitschüler in der Klasse, die nicht deutsch sind. Die reden auch anders Deutsch, na und? Wir reden mit den Lehrern in der Klasse viel über die verschiedenen Kulturen und Nationalitäten, und am Ende sehen wir, dass wir vielleicht nicht gleich sind, aber auch viel gemeinsam haben und uns so gut verstehen, weil wir einfach miteinander reden.«

Kevin, 16

Gastbeitrag

# Die Zukunft der Städte ist multiethnisch

von Professor Dr. Ursula Boos-Nünning, Universität Duisburg-Essen



Seit der Veröffentlichung des Zehnten Kinder- und Jugendberichtes der Bundesregierung 1998 und seit der Diskussion um die Ergebnisse der PISA-Studie ist für jede und jeden klar, dass in den Großstädten Westdeutschlands 40 Prozent und mehr der Kinder und Jugendlichen aus Einwandererfamilien stammen. Der Anteil an – wie die Wissenschaft sie nennt – Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird weiter ansteigen. Ein Teil von ihnen wird sich nicht an deutsche Vorstellungen anpassen. Aber ein erheblicher Teil von ihnen wünscht für sich und die Nachkommen Erfolg in der Bildung und im Übergang in Ausbildung und Beruf sowie Zweisprachigkeit und die Möglichkeit, bei Wahrung eigener kultureller Normen Chancen in der Majoritätsgesellschaft zu erlangen.

Viele dieser Kinder und Jugendlichen wachsen in sogenannten benachteiligten Stadtteilen auf, in denen sie hinsichtlich des sozialen Lernens und der formalen Bildung schlechte Startbedingungen vorfinden. Für diese verbindet sich eine Benachteiligung aufgrund des Migrationshintergrundes, aufgrund der Zugehörigkeit zu der sozialen Unterschicht und aufgrund des Aufwachsens in einem Stadtteil, der die Begabungen der in ihm lebenden Kinder und Jugendlichen nicht ausschöpft. Dank der Schulleistungsstudien (insbesondere PISA und IGLU) ist bekannt, dass das Schulsystem in Deutschland Unterschiede nach sozialer Schicht und

nach Migrationshintergrund weitaus weniger kompensiert als dies in anderen Ländern geschieht. Es ist belegt, dass Migrationsfamilien deutlich seltener von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe erreicht werden als deutsche Familien. Dieses gilt insbesondere für die Bereiche der Prävention und der Beratung.

Es würde nicht nur den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, sondern auch den einheimischen deutschen Kindern aus sozial benachteiligten Schichten helfen, wenn zwei Veränderungen schnell eingeführt werden könnten:

- eine Reform des Bildungssystems vom Elementarbereich bis zur beruflichen Bildung unter Einbeziehung des in ihm tätigen Personals, um Chancengleichheit zu sichern, einem Ziel, von dem wir gerade in Deutschland weit entfernt sind unter Einbeziehung von Ansätzen der interkulturellen Bildung;
- eine Neuaufstellung der Kinder- und Jugendhilfe, die dem Prinzip der Anerkennung und gleichberechtigten Partizipation der eingewanderten Bevölkerungsteile folgt.

Eine bessere Förderung und Bildung aller Kinder im Sozialraum fordert die Einbettung aller Aktivitäten in eine interkulturelle Kommunalpolitik, die sich als Kinder- und Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik versteht. Die Stadtteile und Regionen,

in denen Kinder mit Migrationshintergrund überwiegend aufwachsen, müssen große Integrationsleistungen für die Gesellschaft erbringen. Sie brauchen aber dazu von den Kommunen und Kreisen, von den Ländern und von der Bundesregierung Unterstützung.

In den Städten und Regionen – und hier insbesondere in den angesprochenen Quartieren – entscheidet es sich, ob Integration im Verständnis von Wahrnehmung sozialer Chancen und von Partizipation gelingt oder nicht gelingt.

## Mehr Informationen unter

[www.bundesjugendkuratorium.de](http://www.bundesjugendkuratorium.de)

Troisdorf

# Zusammenleben in Vielfalt – aber wie?

## Ein Theater eröffnet neue Perspektiven für die Kommune

FrauKaya klopft mehrmals an die Tür. Die Sachbearbeiterin schaut nicht auf, als Frau Kaya ihren Mut sammelt und das Büro betritt: »Name.« Frau Kaya flüstert ihren Nachnamen und fragt unsicher, ob sie sich setzen dürfe. Sie ist in einem Amt und möchte sich einbürgern lassen. Plötzlich liegt ein komplizierter Zeitungsartikel vor Frau Kaya, den sie lesen und mit eigenen Worten wiedergeben soll. Ein Sprachtest. Frau Kaya ist eingeschüchtert. Nach diesem und anderen entmutigenden Rückschlägen, bei der Wohnungssuche und auf anderen deutschen Ämtern, trifft sie am Ende auf ihre Freundin Frau Atabi und zweifelt, ob sie sich überhaupt noch einbürgern lassen soll. Frau Atabi ist alarmiert: »Aber wir wollen doch hier in Deutschland leben!« Frau Kaya entgegnet fassungslos: »Ja, aber so?«

Ist dies ‚bloß Theater‘? Oder Realität? Das Diakonische Werk im Kirchenkreis An Sieg und Rhein hat gemeinsam mit der Theaterpädagogin Friederike Wilckens-von Hein, die das Forumtheater inszene ins Leben gerufen hat, in Troisdorf ein Theaterkonzept entworfen. Die Zuschauer sollen nicht bloß unterhalten, sondern auch in das Geschehen einbezogen werden: »Mit Theater kann man Menschen auch auf emotionaler Ebene erreichen«, ist die Theaterpädagogin überzeugt, »Menschen verschiedenster Ansichten werden zusammengebracht, unterschiedliche Perspektiven werden beleuchtet, und alle können sich mit dem Dargestellten irgendwie identifizieren und arbeiten gemeinsam an Lösungen.«

So wurden kulturbedingt konfliktbehaftete Situationen des Zusammenlebens gesammelt, in denen sich Troisdorfer BürgerInnen mit Migrationshintergrund tatsächlich wiederfanden: bei der Wohnungssuche, auf Ämtern, Schwimmen für muslimische Frauen, Kopftuch am Arbeitsplatz. Diese problembehafteten Situationen werden nun vor Publikum dargestellt, erklärt Wilckens-von Hein: »Wir können die Menschen an ihrem Integrationswillen packen und auch dort, wo es hakt. Diesen Moment inszenieren wir.« Und hier beginnt das Prinzip des

Forumtheaters, denn die Vorführung ist noch lange nicht zu Ende. Das Publikum, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, ist aufgefordert, Lösungsvorschläge für die Problemsituation zu finden und spielt diese selbst auf der Bühne nach.

Finanziert wird das Projekt für drei Jahre durch Mittel des NRW-Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration. »Wir brauchen also nicht unbedingt weitere finanzielle, sondern eher ideelle Unterstützung von der Politik«, erklärt Brahim Elhajoui vom Migrationsfachdienst des Diakonischen Werks.

Spannend ist, dass hier die Auseinandersetzung mit der interkulturellen Verständigung nicht aufhört. Die Lösungsvorschläge werden auf Fragebögen gesammelt, zu einem Stimmungsbild zusammengefasst und den Troisdorfer Verwaltungen und der Kommunalpolitik präsentiert: »Es soll gemeinsam nach Möglichkeiten der Umsetzung in der Stadt Troisdorf gesucht werden«, plant Brahim Elhajoui. Er sieht hierin eine Möglichkeit zum gezielten politischen Handeln: »Die Kommunalpolitiker müssen den Kontakt zu ausländischen Bürgern aufbauen und Bedarf erkennen. Dieses Projekt gibt ihnen die Möglichkeit dazu.«



### Ansprechpartner

#### Friederike Wilckens-von Hein

Theaterpädagogin  
Forumtheater inszene  
Telefon 02247 - 900 400  
eastend\_arts@web.de

#### Brahim Elhajoui

Migrationsfachdienst im  
Diakonischen Werk des  
Evangelischen Kirchenkreises An Sieg  
und Rhein  
Telefon 02241 - 972 828  
dw-trdf-auslaender-sb@web.de

### Weitere nützliche Links:

Ministerium für Generationen,  
Familie, Frauen und Integration des  
Landes Nordrhein-Westfalen

[www.mgffi.nrw.de/integration/](http://www.mgffi.nrw.de/integration/)  
[www.integration.nrw.de/](http://www.integration.nrw.de/)

## 4: Kommunikation und Widerstand III



### 13 Tipps zur erfolgreichen Gesprächsführung

1. **Bereiten Sie sich auf das Gespräch vor!** Werden Sie sich klar darüber, was Sie erreichen wollen. Stellen Sie sich auf Ihren Gesprächspartner ein: Welche Argumente wird er vorbringen, wie wird er reagieren?
2. **Lassen Sie den anderen zuerst reden und hören Sie aufmerksam zu!**
3. **Lassen Sie den anderen ausreden** – seinen Ärger, seinen Frust abladen! Warten Sie, bis aller Dampf abgelassen ist.
4. **Erheben Sie nicht die Stimme!** Zwingen Sie sich, ruhig und gelassen zu bleiben. Wirklich gehört wird nur eine ruhige, bestimmte Stimme.
5. **Verteidigen und rechtfertigen Sie sich nicht**, sondern beschreiben Sie, was Sache ist. Nicht: »Ich kann mich doch nicht um alles kümmern«, sondern: »Du meinst also, ich sollte mich darum kümmern«.
6. **Fällen Sie keine Werturteile**, sondern beschreiben Sie ihre Gefühle. Nicht: »Du informierst mich ja nicht«, sondern: »Wenn ich das tun soll, dann fühle ich mich nicht ausreichend informiert«.
7. **Bleiben Sie beim momentanen (Streit)-Punkt!** Graben Sie nicht längst Vergangenes aus! Nicht: »Das hast du vor einem Jahr schon einmal ...«
8. **Fahren Sie keine Geschütze auf**, die für die gegenwärtige Situation unangemessen sind! (Geschütze zerstören!) Nicht: »Sie sind ja bekannt dafür, dass ...«
9. **Vermitteln Sie dem anderen**, dass Sie ihn wirklich gehört haben! »Ich verstehe ..., aber ...« oder »Ich sehe Ihren Standpunkt, doch ich sehe das anders ...«
10. **Lassen Sie sich nicht überrumpeln!** Wiederholen Sie, was der Gesprächspartner gesagt hat, das gibt Ihnen Zeit zum Nachdenken: »Du meinst also, ich sollte ...«, »Verstehe ich richtig ...«
11. **Verweisen Sie auf eine Gemeinsamkeit!** »Hierin sind wir uns einig ...«
12. **Bieten Sie Alternativen an!** »Wenn du ..., dann könnten wir ...«
13. **Fassen Sie zusammen, was erreicht wurde!** »Ich möchte einmal zusammenfassen, was wir bisher ...«



Wuppertal

# Mitten aus dem Leben und auf den Schirm

## Filme schildern das Leben aus anderen Blickwinkeln

»Wir müssen alle in der Gesellschaft miteinander ins Gespräch kommen. Integration ist ein beidseitiger Prozess. Für mich ist das Leben in Deutschland ja auch eine inspirierende Bereicherung, die ich annehme. Ich habe deutsche Anteile in mir entdeckt, und auf die bin ich stolz.«

Mona, Medizinstudentin

Iman, 16, drückt das aus, was viele andere junge Frauen ihres Glaubens vielleicht auch denken, aber nicht aussprechen. Von der Kamera lässt sie sich beim Gebet in einer Moschee filmen. Aus dem Off erklärt sie: »Nur, weil ich eine Kopftuchträgerin bin, heißt das nicht, dass ich kein schönes Leben hätte.« Die nächste Kameraeinstellung zeigt sie in einem Café mit Freundinnen, lachend beim Eisessen. »Im Gegenteil! Ich habe mich mit 13 selbst für das Kopftuch entschieden, auch als meine Eltern sagten, es würde mir vielleicht das Leben in Deutschland schwerer machen. Es ist aber meine religiöse Überzeugung.«

Der Film »Ich bin Ich« zeigt verschiedene Jugendliche aus einer Schule in Wuppertal. Sie alle haben unterschiedliche kulturelle Hintergründe: Iman kommt aus Marokko, Broucha aus Algerien. Branka entflohen mit zehn Jahren den Grauen des Bürgerkriegs in Bosnien. Marta ist in Polen geboren, Fatih kam mit zwei Jahren aus der Türkei nach Deutschland – die beiden sind ein Paar, das sich so einigen kulturellen und gesellschaftlichen Stolpersteinen stellen muss. Und da sind noch Stefanie und Florian, in Deutschland geboren und aufgewachsen. »Ich kann mich mit den typischen ‚Deutschen‘ nicht identifizieren, Deutschland ist für mich ein Spießerland mit unlockeren Menschen ohne Humor«, meint Stefanie. Florian grübelt derweil, was denn typisch deutsch sei.

Diese jungen Menschen hinterfragen ihre Identität, wo ihre kulturellen Wurzeln liegen, welchem Land und welchen Menschen sie sich verbunden fühlen, wie sie mit Menschen anderer religiöser, nationaler oder ethnischer Herkunft umgehen und wie man mit ihnen umgeht. Das Ergebnis ist ein Film, den Wuppertaler Jugendliche selbst gedreht haben. Das Medienprojekt Wuppertal hat dies ermöglicht. Es existiert bereits seit 1992 und hat es sich zum Ziel gemacht, jungen Menschen verschiedenster Herkunft, Interessen und Motivationen eine Möglich-

keit zur Artikulation ihrer Meinungen und Lebensinhalte zu geben, wie Initiator und Geschäftsführer Andreas von Hören erklärt: »Wir bieten jungen Menschen das Werkzeug und eine Bühne, um sich mitzuteilen, ihre biographischen Geschichten, ihre Ansichten und sich selbst reflektiert darzustellen. Durch das Medium Film und die Zuschauer schaffen wir gegenseitiges Verständnis auf unterschiedlichen Seiten.«

Unter der Anleitung des Medienpädagogen entstehen jährlich gut 150 inhaltlich und künstlerisch ansprechende Reportagen, Kurzspielfilme oder Computeranimationen zu Themen, die die Wuppertaler Jugend beschäftigen: Gewalt, Sexualität, Tod, Drogen, Rassismus, interkulturelles Leben und Integration. Die letzten beiden Themenfelder sind von Anfang an ein Anliegen der Jugendlichen gewesen: »Es hat etwas von einem missionarischen Ansatz. Gerade heute ist es wegen der negativen Berichterstattung über weniger bekannte Kulturen besonders vielen jungen Menschen mit Migrationshintergrund ein Anliegen, durch das Produzieren von Filmen etwas zu verändern. Sie verspüren einen gesellschaftlichen Druck und dadurch auch eine massive Motivation, denn die Stigmatisierung ist immens.«

Wie von Hören in den vergangenen Jahren beobachten konnte, sei mit dieser Arbeit der entscheidende Gedanke gefördert worden, dass bei der Auseinandersetzung mit Integration alle Beteiligten aufeinander zugehen und Verständigung schaffen müssen. Die Erkenntnis vieler Jugendlicher mit und ohne Migrationshintergrund, dass politische und gesellschaftliche Teilhabe dabei wichtig ist, hat dadurch eine neue Dimension erfahren und ihr Selbstbewusstsein entscheidend gestärkt. Denn hier wird Jugendlichen ein Kommunikationsmedium in die Hand gedrückt und somit Kompetenz und eine wichtige eigene Meinung zugesprochen. →



Mona, eine 24jährige Medizinstudentin libanesischer Herkunft, setzt sich damit auseinander: »Vieles ist mir offensichtlich geworden. Eins ist, dass Integration auf beiden Seiten stattfindet, also muss ich selber aktiv werden, beispielsweise indem ich einen aufklärenden Film mache, der anderen meine Sicht der Dinge mitteilt. Hier kann ich mir Gehör verschaffen.«

Wie funktioniert das mit dem Filmen eigentlich? Die 15jährige türkischstämmige Canan, die gerade mit drei anderen Jugendlichen einen Film über das kulturelle ‚Zwischen-den-Stühlen-Sitzen‘ in Deutschland dreht, erklärt es: »Wir haben in einer Gruppe ein Thema, über das wir einen Film machen möchten. Dann setzen wir Schwerpunkte, machen ein Konzept und bekommen eine Kamera, mit der wir uns oder andere und unser Leben zum Thema filmen. Und wir haben einen Betreuer, der uns unterstützt.«

Andreas von Hören sieht hierin einen wesentlichen pädagogischen Effekt: »Für die Jugendlichen ist das ein besonderes Erlebnis: Sie arbeiten konsequent und motiviert an einer Sache und bringen sie auch zu Ende. Sie fixieren das, was sie zu sagen haben, in einem Film, der von vielen anderen Menschen gesehen und

aufgenommen wird. Außerdem wirkt der Film auf die Macher wie ein Spiegel: Sie denken über sich selbst nach. Und es ist ihr Werk, das sie möglich gemacht haben.« Dann kommt es zu bundesweiten Aufführungen und Diskussionen. Von Hören setzt auf die hohe Qualität und die Breitenwirksamkeit der Arbeit, damit ein vielfältiges Publikum erreicht wird. Diese Bestrebungen spiegeln sich in den vielen Preisen, die das Medienprojekt Wuppertal über die Jahre ausgezeichnet haben, wider, denn die Filme werden längst bundesweit als Bildungsmittel vertrieben und mit großem Erfolg gezeigt. »Während der Aufführung findet eine Kommunikation statt, ohne dass Gruppen schon parallel miteinander diskutieren müssen. Wenn die Zuschauer tangiert und intellektuell angeregt sind, kommt die Diskussion. Und das ist die wichtige Phase der Auseinandersetzung und Aufklärung zu einem gesellschaftsrelevanten Thema.« Da der Film ein attraktives Medium ist, kommen viele Menschen zusammen und tauschen ihre ebenso vielfältigen Meinungen aus. Mittlerweile sehen mehrere hunderttausend Interessierte die Filmproduktionen und reden hinterher darüber – gern auch etwas hitziger, dies wünscht sich von Hören sogar: »Das ist

Demokratieverständnis, weil jeder seine subjektive Meinung artikulieren kann. Weil man sich vielleicht auch ärgert, befruchtet man sich gegenseitig, und Dummes wie Rassismus enttarnt sich dann selbst.« So kam auch die 16jährige Yasmin auf die Idee, an einem Filmprojekt mitzuarbeiten: »Ich habe in einem Film zu Muslimen in Wuppertal etwas gesehen, dem ich gar nicht zustimmen konnte, ich habe mich sogar ein bisschen darüber geärgert. Also habe ich mich mir gedacht, ich kann hier mitmachen und meine Sicht zeigen.«

Von Beginn an arbeitete das Medienprojekt mit einem Minimum an fest Angestellten. Auch heute ist das Engagement Freiwilliger sehr groß. Anfangs finanzierte die Stadt Wuppertal als Herausgeber das Projekt. Mittlerweile ist das Medienprojekt ein eingetragener Verein, finanziert sich durch Fördergelder und den Vertrieb und kann in Eigenverantwortung auch heiklere Themen auf Zelluloid bannen. Die Filmschmiede ist in der Kommunalpolitik, in der Bevölkerung und auch in anderen Städten hoch angesehen und fungiert bereits als Modellprojekt: Einige Kommunen haben den positiven



Aufklärungseffekt der Arbeit erkannt und die Idee übernommen. Andreas von Hören weiß, dass Integrationsarbeit ohne das Prinzip der Nachhaltigkeit langfristig nicht erfolgreich sein kann: »Das ist ja das besondere am Medium Film. Man kann es an vielen Orten zur gleichen Zeit und immer wieder zeigen. Die Integrationskonflikte werden wir noch eine Zeitlang haben, die Filme bleiben. Man erreicht mit der Arbeit weniger Akteure sehr viele Menschen, die auf einer unterhaltsamen Veranstaltung zusammenkommen und zum Nachdenken angestoßen werden. Die Filme fokussieren und stellen lokale Probleme dar, die eigentlich vielerorts gelten, und sprechen verschiedene Zielgruppen auf einmal an. So können wir Bewusstsein schaffen und aktiv etwas für die Gesellschaft tun.«

Arif Izgi, sozialdemokratischer Stadtrat in Wuppertal, sieht die Relevanz des Projekts: »Das Medienprojekt macht immer wieder aufs Neue sichtbar, dass es sowohl in der so genannten Mehrheitsgesellschaft als auch unter Migrantinnen und Migranten mehr individuelle Lebensentwürfe gibt, als die oft pauschalisierte Debatte um Migration und Integration vermuten lässt. Deshalb ist es



umso wichtiger, dass dieses Projekt die Menschen einer Stadt erreicht, denn aus ihrer Mitte kommen diese Jugendlichen.«

Mona fügt einen abschließenden Gedanken hinzu, der ihr noch wichtig zu erwähnen scheint: »Was ist Integration? Integration ist für mich, wenn man bei der Bewahrung der eigenen Identität sich so gut wie möglich in die Gesellschaft, in der man lebt, einbringt. Ich habe beides in mir, und das kann ich nutzen.«



### **Ansprechpartner**

#### **Andreas von Hören**

Geschäftsführer des Medienprojekt  
Wuppertal e. V.

Telefon 0202 - 563 2647  
borderline@wuppertal.de



## DAS ZITAT

»Das Medienprojekt macht immer wieder aufs Neue sichtbar, dass es sowohl in der so genannten Mehrheitsgesellschaft als auch unter Migrantinnen und Migranten mehr individuelle Lebensentwürfe gibt, als die oft pauschalisierte Debatte um Migration und Integration vermuten lässt. Deshalb ist es umso wichtiger, dass dieses Projekt die Menschen einer Stadt erreicht, denn aus ihrer Mitte kommen diese Jugendlichen.«



Arif Izgi (SPD), Stadtrat in Wuppertal

## FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ

Im Mai 2000 wurde das »Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt« von der Bundesregierung gegründet. Nach dem Motto »Hinschauen, Handeln, Helfen« agieren verschiedene Parteien, Kirchen, Verbände, Unternehmen, Vereine, Gewerkschaften, die Polizei, Initiativen und Einzelpersonen in gemeinsamer Sache: für Toleranz, Solidarität und Zivilcourage, gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.

Auch auf kommunaler Ebene ergreifen Engagierte die Initiative: »Staatliches Handeln kann bürgerschaftliches Engagement nicht ersetzen. Toleranz und Zivilcourage lassen sich nicht von Staats wegen verordnen«, meint das Solinger Bündnis für Toleranz und Zivilcourage. In Projekten und vernetzter Zusammenarbeit finden BürgerInnen Hilfe, Beratung und Aufklärung. Und ermutigende und mobilisierende Kräfte. Möchten auch Sie in Ihrer Stadt ein solches Bündnis anregen?

### Flagge gezeigt wird im Internet beispielsweise hier:

Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt  
[www.buendnis-toleranz.de](http://www.buendnis-toleranz.de)

Solinger Bündnis für Toleranz und Zivilcourage  
[www.buendnis-fuer-toleranz.de](http://www.buendnis-fuer-toleranz.de)

Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat  
[www.muenchen.de/Rathaus/politik/Buendnis\\_fuer\\_Toleranz/132069/index.html](http://www.muenchen.de/Rathaus/politik/Buendnis_fuer_Toleranz/132069/index.html)

Kreis Siegen-Wittgenstein  
[www.toleranz-gewinnt.de](http://www.toleranz-gewinnt.de)



Kulturverein Hacibektaş, Gelsenkirchen

## Der Umgang macht's Niemand sagt, es sei einfach

»Mit Zucker oder Süßstoff, Liebes?«, ruft Sibel Tüncel aus der Küche in den Vereinsraum hinein. »Mit Süßstoff, danke.« Wer durch die Tür des Hacibektaş Kulturvereins tritt, bekommt erst einmal einen Tee angeboten. »Aha, junge Frau, willst wohl nicht zulegen«, tönt es aus der Küche. Mit so viel Ehrlichkeit und Offenheit rechnet sicherlich nicht jeder Gast, der zum ersten Mal mit der lebhaften und herzlichen Frau zusammentrifft. Aber genau dies ist eines der Prinzipien, nach denen Sibel lebt: Sagen, was Sache ist. Ihre Schwester, mit der sie heute im Vereinshaus an der Ecke einer Hauptstraße in Gelsenkirchen-Bulmke sitzt, lacht und ruft Sibel zurück an den Tisch zum Okey-Brettspiel. Sie lacht viel und zieht ab und zu an ihrer Zigarette. »35 Jahre habe ich in einer Fabrik hier in Gelsenkirchen gearbeitet.« Sibel nickt und erzählt: »Ja, ich bin auch schon lange hier. Und ich habe eine Menge miterlebt.«

Sibel engagiert sich seit längerem in ihrem Stadtteil und berät Migrantinnen: »Ich unterstütze Migrant-

innen, bekomme im Gespräch ihre Probleme mit: meist im alltäglichen Umgang mit anderen Menschen.«

Für Sibel Tüncel ist es wichtig – wenn schon alle von Integration und einem harmonischen Zusammenleben sprechen – dass beide Seiten aufeinander zugehen. Dabei gehe es nicht nur um Projekte und Maßnahmen vor Ort, sondern auch um simple Dinge wie der Umgang miteinander: »Nehmen wir mal das Beispiel Ämter und Behörden. Man hört oft von Migrantinnen, der Umgangston dort ist nicht immer nett. Man ist aber auch selbst schuld, wenn man nicht den Mund aufmacht und sich wehrt. Man darf nicht aufgeben, sondern muss seine Rechte und Pflichten wahrnehmen. Das alles ist nun mal Arbeit, und alle müssen sich anstrengen und nicht einfach alles hinnehmen!«

Aber auch im Lokalpolitischen sieht Sibel Handlungsbedarf: »Hier werden ja schon viele Projekte gemacht. Aber die Menschen selbst müssen mehr gefragt werden. Das Angebot muss auf sie abgestimmt sein. Dann be-

kommt man auch mehr Migrantinnen und Deutsche an einen Tisch. Außerdem muss auch das Miteinander unter den Migrantinnen gefördert werden. Da sind auch noch eine Menge Vorurteile, die mal abgebaut werden müssen. Wie soll das sonst mit dem Zusammenleben klappen?«

Niemand sagt, dass der Integrationsprozess einfach sei: »Mit der Migrantensituation ist in Deutschland vieles schwieriger geworden«, sagt Sibel Tüncel, aber für sie steht auch fest: »Ich lebe seit 34 Jahren hier in Gelsenkirchen. Und das gern.«



# Gleiche Indikatoren für Zuwanderungsgruppen?

von Jochen Köhnke, Dezernent für Aussiedler-, Flüchtlings- und Asylbewerberangelegenheiten der Stadt Münster



In der allgemeinen Diskussion über Integration wird häufig unterlassen, zunächst auf die eigentlichen Zahlen und Datenbestände zurückzugreifen. Betrachten wir die Datenlage der Zu- und Abwanderung, so ist festzustellen, dass trotz einer jährlichen Gesamtmenge der Zuzüge von knapp unter 800 000 Personen pro Jahr in den letzten Jahren Fortzüge von durchschnittlich über 500 000 entgegenstehen. Hierbei ist der Anteil der Spätaussiedler genauso einbezogen wie der der Flüchtlinge, Heirats- und Arbeitsmigranten. Rein rechnerisch verbleibt also eher ein kleiner Teil in der Bundesrepublik, der auf dem Hintergrund unseres demografischen Wandels, hier seien die Stichworte ‚weniger, älter, bunter‘ genannt. Die geringe Geburtenrate der deutschen Bevölkerung kann keineswegs durch die aktuellen Zuzüge kompensiert werden. Wir haben es also allgemein mit einer Reduzierung der Bevölkerung in Deutschland zu tun, die allein wegen der geringen Geburtenrate der deutschen Bevölkerung und der hohen Geburtenrate der Bevölkerung mit Migrationsvorgeschichte einen Wandel in der Zusammensetzung erfährt.

In Deutschland leben zurzeit gut 15 Millionen Menschen mit Migrationsvorgeschichte, wovon die Ausländerstatistik nur 6,7 Millionen ausweist. Hinzuzuzählen sind jedoch weit über 4 Millionen Aussiedler, die mit ihren Familien mit deutschem Pass eingewandert sind, ihre Kinder, die etwa 1,5 Millionen Kinder aus binationalen Ehen

mit deutscher Staatsangehörigkeit und weit über 1 Millionen Ausländer, die aufgrund der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts mittlerweile Deutsche sind. Beispielhaft auf die Stadt Münster herunter gebrochen bedeuten die demografischen Zahlen, dass bei einer Größe von 280 000 Einwohnern knapp über 23 000 Einwohner Ausländer, aber etwa 25 000 Spätaussiedler und knapp 9 000 Eingebürgerte der letzten zehn Jahre hinzuzuzählen sind. Insgesamt leben also rund 57 000 Menschen mit Migrationsvorgeschichte in Münster.

Auf dem Hintergrund der demografischen Zahlen ist wiederum festzustellen, dass der überwiegende Teil deutscher Städte Einwohner verliert und der Wettbewerb nicht nur innerhalb Deutschlands härter und schärfer wird, letztlich besteht auch zwischen den Kommunen international der Kampf um gute und wichtige Köpfe, insbesondere aber zunehmend der Kampf um die Anerkennung als internationaler Player, da genau auf dieser Basis gekoppelt mit der Wissensindustrie erhebliche Zukunftssicherung der Städte entstehen kann.

## Unterschiedliche Migrantengruppen

Die ehemals Zugewanderten oder aktuell Zuwandernden können auch unterschieden werden in die Gruppe der ‚Menschen mit Migrationsvorgeschichte‘, die aktuell zugewandert sind, und die zweite Gruppe, die schon über einen längeren Zeitraum in der Stadt/der Bundesrepublik aufhältig sind. Hierbei sind die Gruppen der Spätaussiedler, der Heiratsmigranten, der Arbeitsmigranten und ihrer Familien und der Flüchtlinge insbesondere mit den Nachkommen der zweiten und dritten Generation zu betrachten.

## Kommunales Ziel

Das Image der europäischen Städte macht

sich neben der Wirtschaftskraft maßgeblich in den Thematiken Internationalität, Lebenswertigkeit, Offenheit und friedliche Stadt deutlich. Um im Wettbewerb zu bestehen, sind neben den wirtschaftlichen und allgemeinen Indikatoren für die Städte wichtig: Um hier Erfolge zu erzielen, ist die Eingliederung der Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen der Städte als Aufnahmegesellschaft dringend geboten. Diese Eingliederung hat in wirtschaftlicher, sozialer, rechtlicher, kultureller und in politischer Beziehung seine Hauptfelder, mit dem Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe. Hieraus entsteht die Fragestellung, ob für die unterschiedlichen Herkünfte der Menschen gleiche Maßnahmen und Rahmenbedingungen zu schaffen sind. Durch das Zuwanderungsgesetz wurde diesbezüglich erstmals in Bezug auf die Integrations- und Sprachkurse eine Gleichbehandlung zwischen Spätaussiedlern und integrationsberechtigten Ausländern geschaffen.

## Unterschiedliche Herkünfte – gleiche Ziele – gleiche Maßnahmen

Der Begriff ‚Bestandsausländer‘, der in diesem Zusammenhang geschaffen wurde, meint die hier seit langem oft in mehreren Generationen lebenden Ausländer, die keine deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben. Er ist insofern irreführend, da allein durch die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft nicht automatisch umfassende Integration stattgefunden hat. Diese Personen würden jedoch in den Begriff ‚Bestandsausländer‘ nicht hineinfallen. Andererseits ist festzustellen, dass bei den ‚Bestandsausländern‘ häufig Verfestigungen durch Arbeit, Selbständigkeit, Erwerb von Wohneigentum stattgefunden haben, wobei es nicht mehr um die Nischen im Arbeitsleben und Wohneigentum geht, sondern zunehmend um gleichberechtigte, gleichwertige Teilhabe

am Arbeitsleben wie auch bei den Wohnsitznahmen. Zunehmend werden durch aus-ländische Aktivitäten nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Ausbildungsplätze auch für Deutsche zur Verfügung gestellt.

Der Mehrheitsgesellschaft stehen Menschen mit Migrationsvorgeschichte mit durchschnittlich gemessen schlechterer Bildung, geringeren Einkommen, einer höheren Fertilitätsrate und häufig sozialen oder ethnischen Abschottungen gegenüber. Besonders auffällig ist das Phänomen der fehlenden ausreichenden deutschen Sprachkenntnisse. Hier darf von fließenden Falschsprechern gesprochen werden, aber auch von dem Phänomen, dass die Mehrsprachigkeit, solange sie nicht deutsch als voll ausgebildete Sprache beinhaltet, kaum Anerkennung erhält. Beruflich gesehen ist dies ein echtes Handicap.

Und warum?

Die Merkmale der nicht – für beruflichen Erfolg – ausreichend entwickelten deutschen Sprache in Wort und Schrift resultieren im Regelfall aus der Sozialisation in entsprechenden Wohngebieten.

Viele, bei weitem nicht alle, Merkmale treffen trotz rechtlich vollkommen anderer Ausgangslage auch auf Spätaussiedler und ihre Familien zu, da diese über mehrere Generationen hauptsächlich in den GUS-Staaten und Polen sozialisiert wurden und zu einem erheblichen Teil nicht deutschstämmige Familienmitglieder mitbringen. In der Lebenswirklichkeit haben Spätaussiedler rechtlich einen deutlichen Vorteil bezüglich des Status. Darüber hinaus erhalten sie rechtlich begründet besondere Unterstützung, die als Integrationshilfe zu betrachten ist.

Aus der bisherigen geschichtlichen Entwicklung: Lernen bedeutet zunächst

kommunale Integrationskonzepte als Querschnittskonzepte in den Kommunen zu entwickeln. Die Handlungsfelder Sprache, Bildung, Wirtschaft, Arbeit, Wohnen, Stadtentwicklung, Soziales, Interkulturelle Öffnung, Kultur und Sport, die zwingend in einem Konzept zu vernetzen sind, zeigen den grundlegenden Schwerpunkt als Querschnittsaufgabe auf.

Wohnen – zentrale Integrationsindikatoren für alle Migrationsgruppen

Neben dem Thema Sprache ist die Wohnsituation, gekoppelt mit guter Betreuung und vernetztem Handeln, ein zentraler Indikator, der maßgeblich über erfolgreiche Integration entscheidet. Deshalb ist für aktuell Zuwandernde von besonderer Wichtigkeit, dass Entscheidungen über die Wohnsitznahme bewusst und in Kenntnis der Folgen von bestimmten Rahmenbedingungen gefällt werden.

Klaus-Peter Strohmeier beschreibt beispielhaft die Zusammenhänge zwischen überschichteten, eher sozial schwachen Wohngebieten zu schlechteren Bildungsabschlüssen/Schulbesuchen. Auch bestehen dort oft die bürgerschaftlichen Ressourcen nicht mehr ausreichend. In Betrachtung segregierter Wohnlagen in der Relation zu gesteuerten Wohnsitznahmen stellen Dietrich Thränhardt/Ines Michalowski fest, dass die Arbeitsaufnahme von neu eingereisten Spätaussiedlern in nicht segregierten Wohngebieten unter der Voraussetzung eines fachlichen Dreiklangs: ‚Lotsenarbeit, Netzwerkarbeit, Wohnsitznahme‘ zweieinhalbfach stärker ist als in einer Kontrollgruppe (vgl. Interreg III/a-Projekt Münster/Enschede). Es scheint offen zu sein, ob alle Integrationsmaßnahmen gleichsam für jegliche Integrationsgruppen gelten. Jedoch ist festzustellen, dass die wesentlichen Integrationsindikatoren wie Sprache, Wohnen, Bildung und Arbeit gleichermaßen für alle Zugewanderten maßgeblich über deren Integrationserfolg entscheiden.

Soweit Integration als Prozess verstanden wird, ist und kann dieser nicht einseitig geschehen, was bedeutet, dass die Aufnahme-gesellschaft gleichermaßen zu fördern und zu fordern ist, zumal sie sich mit jedem integrierten Menschen im Sinne einer Internationalisierung weiterentwickelt. Ohne die interkulturelle Öffnung insbesondere auch der Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen wird Integration weiterhin ein beschwerlicher und nicht leichter und erfreulicher Prozess sein. Trotz der allgemeinen Haushaltsmisere müsste meines Erachtens hierauf im Sinne der Zukunftsfähigkeit ein wesentlicher Schwerpunkt gelegt werden.

Trotz der schwierigen Integrationsverläufe kann u. a. beispielhaft an der Gruppe der Spätaussiedler festgestellt werden, dass diese konstatiert vom deutschen Institut für Wirtschaft (2003) saldiert positiv zum Haushalt des Gesamtstaates beiträgt und nicht wie oft angenommen als Gesamtgruppe eher finanziell belastend wirkt. Auch aus diesem Blickwinkel macht es Sinn, den ‚Social Return on Investment‘ neu zu begreifen und für die Kommunen den Mehrwert und die Potenziale auch in Euro deutlich zu errechnen.

In der Gesamtbetrachtung komme ich zu dem Schluss, dass die Integrationsangebote und Maßnahmen trotz oder gerade wegen fachlicher Präzisierungen im Regelfall sehr wohl für alle Migrantengruppen sinnvoll und erfolgreich sein können. Hierzu ist im Sinne eines friedlichen Stadtlebens ohne weiteres auch die Gesamtgruppe der Flüchtlinge hinzuzuzählen, da auch diese unintegriert das Image der entsprechenden Stadt nicht verbessern und ohne Integrationsprozesse ein friedliches Zusammenleben in den Städten gefährdet erscheint.

Notiert

## Ich wünsche mir ...

... dass viele verschiedene Menschen mit unterschiedlicher Herkunft selbstverständlich werden. Ronaldo, 28

... dass man mich nicht immer nur nach dem Kopftuch beurteilt, das ist nur eine Seite von mir. Mariam, 16

... dass nicht einfach Dinge rund um die Integration angeboten werden, die nicht den Bedürfnissen der Zielgruppen entsprechen. Wencke, 44

... jetzt 'nen Becher Ayran und 'nen großen Döner mit Sauce. Lisa, 18

... mehr türkische Musik in den deutschen Charts. Das groovt. Ismet, 17

... einen deutschen Freund zum Spielen. Sayad, 7

... dass sich auch mehr von meinen Landsleuten anstrengen, das Leben hier in Deutschland gemeinsam mit den Deutschen zu gestalten. Chima, 56

... einen Ausbildungsplatz als Friseur. Dalida, 17

... dass alle mal so locker und offen für andere Nationen sind wie jetzt auf der Fußballweltmeisterschaft! Simon, 24

... einen Tag lang so 'ne coole afrikanische Rastafrisur wie meine Freundin Naomi zu haben. Aber meine Haare sind zu dünn. Verena, 18

... dass man endlich versteht, dass Franzosen, Briten und Spanier genauso sind wie Afrikaner, Türken und Inder, genauso wie Deutsche. Elaine, 61

... das Talent vieler nicht-deutscher Rapper, die unsere deutsche Musikszene bereichern. Markus, 19



## STRATEGISCHE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT PLATZIERT THEMEN UND BOTSCHAFTEN

Zentrale Aufgabe unserer Öffentlichkeitsarbeit ist die Platzierung der richtigen Themen und die Kommunikation von Botschaften, die verstanden werden. Der klassische Weg sieht dabei wie folgt aus:

### Themen prüfen

Welche Themen haben wir, sind aktuell, müssen behandelt werden? Welche Themen werden an uns herangetragen oder müssen von uns bearbeitet werden, damit wir unser politisches/gesellschaftliches Anliegen verwirklichen können?

### Positionsbestimmung

Zu welchen Themen müssen wir eine Position entwickeln, in der Lage sein, Antworten zu geben?

### Stärken-Schwächen-Analyse

Wir müssen unsere Themen auf Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken hin untersuchen. Sind es eventuell Themen, die eine große politische Sprengkraft in sich bergen? Können wir damit umgehen?

### Lebenszyklen

Viele Themen tauchen immer wieder auf, in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen. Wir können uns darauf vorbereiten – wir können aber auch als »Trittbrettfahrer« auf Themen aufspringen, die bereits in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Daneben gilt es zu beachten, dass jedes Thema seine eigene »Halbwertszeit« hat – und die Medien nicht unbedingt so lange interessiert wie uns selbst.

### Gesellschaftliche Grundstimmung

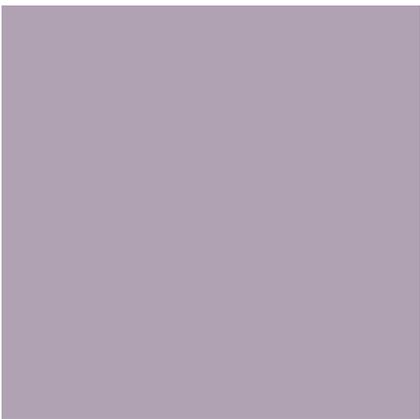
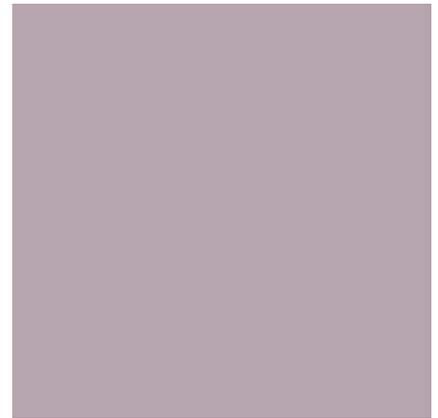
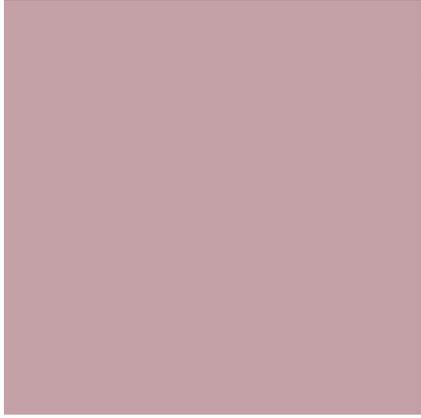
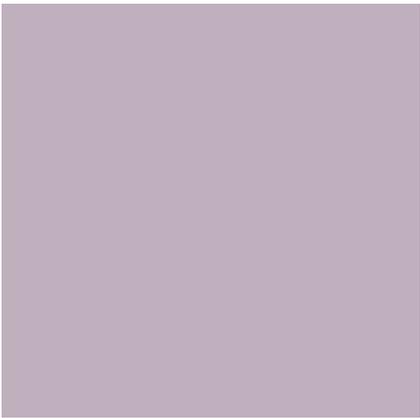
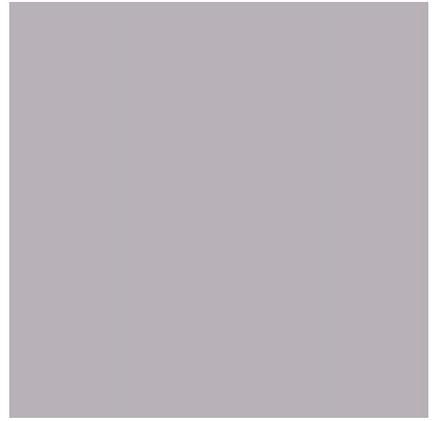
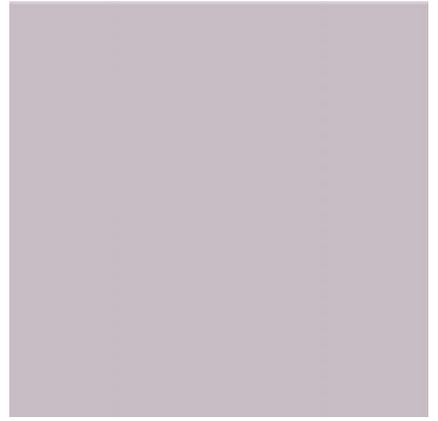
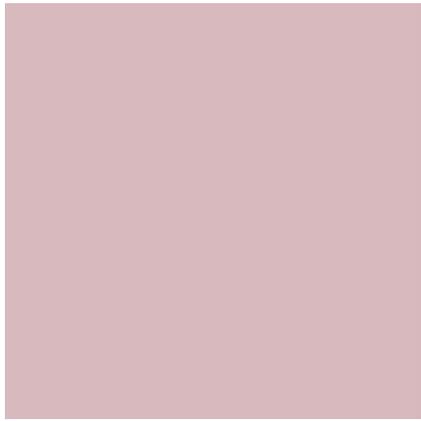
Wie sieht die Stimmung in der Gesellschaft aus? Rennen wir die sprichwörtliche »offene Tür« ein oder stoßen wir auf Widerstände? Zur strategischen Arbeit mit Themen gehört, sich der öffentlichen Atmosphäre bewusst zu sein und voraussehen zu können, welche Stimmung unsere Themen erzeugen.

### Priorisierung (Handlungsbedarf?)

Je größer der eigene Einfluss, desto höher auch der Druck, zu handeln. Wir müssen auch unsere Themen nach *dringend*, *wichtig* und *weniger wichtig* sortieren, um mit unseren Ressourcen effektiv arbeiten zu können. Kontrollfrage: Steht es in unserer Möglichkeit, ein bestimmtes Thema in die Öffentlichkeit zu tragen? Wird es sogar von uns erwartet?

### Botschaften entwickeln und zuspitzen: Definitionsmacht

Medien danken es uns, wenn wir klare Botschaften haben, die sie verstehen und kommunizieren können. Haben wir in unserer Kommune vielleicht sogar die Definitionsmacht zu einem bestimmten Thema? Sind wir die ersten damit, können wir Dynamik und Tempo bestimmen, werden wir als die dafür Zuständigen angesehen? Gelingt es uns sogar, als erste Gruppe zu einem bestimmten Thema Botschaften zu entwickeln und zu lancieren?



## Einleitung

## Förderung in der Schule

Unterschiedliche Bildungsvoraussetzungen und Bildungsniveaus besonders aufgrund der sozialen und ethnischen Herkunft der Schülerinnen und Schüler führen vor allem in den weiterführenden Schulen dazu, dass innerhalb der Schülerschaft eine starke Heterogenität herrscht. Nirgendwo sonst wie in Deutschland wirkt sich dies nach den PISA-Erhebungen so negativ auf die Zukunftschancen der Jugendlichen aus.

Besonders betroffen von diesen Voraussetzungen sind Schüler mit Migrationshintergrund. In vielen Fällen fehlt im Elternhaus die nötige Unterstützung, um die Ressourcen der Jugendlichen zu fördern. Diese Benachteiligung mündet in erhebliche Schwierigkeiten, wenn es nach Beendigung der Schule auf die Suche nach einem Arbeitsplatz oder einer Ausbildung geht. Statistiken belegen, dass bei der vorherrschenden Ausbildungsplatznot Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders schlecht abschneiden.

Andererseits haben viele Schüler mit Migrationshintergrund den herausragenden Vorteil, dass sie von Anfang an zweisprachig aufwachsen, sofern dies vom Elternhaus gefördert wird. Dieses Potenzial darf nicht brach liegen, da es eine wichtige Qualifikation für die spätere berufliche Orientierung wie auch die persönliche Entwicklung sein kann. Viele Arbeitgeber haben mittlerweile dieses Potenzial erkannt und berücksichtigen Mehrsprachigkeit, die durch einen Migrationshintergrund bedingt ist, verstärkt bei Einstellungen. Insofern kann diesen Jugendlichen ein Vorteil verschafft werden durch einen Faktor, der zu oft noch als defizitär betrachtet wird. Hierzu bedarf es der gezielten und

individuellen Förderung durch die Schule, der Anerkennung der Herkunft dieser Schüler und ihrer Kultur und Erstsprache. Sie müssen erfahren können, dass ihr Umfeld das Potenzial der Mehrsprachigkeit und der interkulturellen Kompetenz wertschätzt und nicht als Nachteil wertet. Dies kann die Jugendlichen in ihrem Selbstverständnis motivieren und ihre vordergründig nachteilig ausgelegte Position als klaren Pluspunkt aufwerten.

Der Schule allein darf diese Aufgabe jedoch nicht zugeschoben werden. Ohne die entsprechende Unterstützung der Familie ist Erfolg nur schwer zu erreichen. Deshalb muss um die Eltern aktiv geworben werden. Eine intensive Beratung und Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Bildungseinrichtung kann die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund gezielt und effektiv fördern und motivieren. Eltern, die selbst nicht ausreichend die deutsche Sprache beherrschen oder sich mit dem Schulsystem nicht auskennen, können ihren Kindern wenig helfen oder als Vorbild fungieren. Sie sollten ein echtes Interesse daran haben, dass ihre Kinder zweisprachig aufwachsen, um sich in beiden Gesellschaften zurechtfinden zu können. Die Einbindung der Eltern in das schulische Leben begünstigt diese Voraussetzungen.

Mittlerweile unterstützen viele Schulen die Eltern der Schülerinnen und Schüler bei diesem Vorhaben, fördern die Erstsprache bewusst und intensiv auf die besondere Qualifikation der Mehrsprachigkeit hin und siedeln die Institution Schule höher an als bloß einen Ort des Lernens, sondern auch der sozialen Interaktion. Im Folgenden werden einige engagierte Beispiele

angeführt, die zeigen, wie man die Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund in der Schule und die damit verbundene Elternarbeit erfolgreich in die Praxis umsetzen kann.



Gelsenkirchen

## »Es ist eine Anerkennung unserer Muttersprache!« Mehrsprachigkeit als Reichtum und nicht als Defizit

»Zweisprachigkeit ist eine wichtige Ressource, die man fördern muss! Außerdem soll eine gelungene Integration in die deutschen Gesellschaft ja nicht die Desintegration in der Heimat bedeuten: Ich will auch gut Türkisch sprechen können, um in der Türkei keine Ausgrenzung erfahren zu müssen! Der Unterricht und die Anerkennung der Muttersprache sind da sehr wichtig.«

Seher Özkartal, Referendarin

Das Ricarda-Huch-Gymnasium erscheint auf den ersten Blick eigentlich wie jede andere weiterführende Schule. Eine lange Allee im Gelsenkirchener Stadtteil Bulmke-Hüllen führt auf sie zu, in der Pause stehen viele Schülerinnen und Schüler mit Butterbroten und Getränken draußen und unterhalten sich: über Musik, das andere Geschlecht, den Unterricht und natürlich die Fußballweltmeisterschaft. Themen, die alle Jugendlichen gemeinsam haben und in verschiedenen Sprachen diskutieren. Auf die Frage, ob er sich auf dem Schulhof nur Deutsch als vorgeschriebene Sprache vorstellen könne, hebt Philip, 17, nur lässig die Schultern: »Ach, ich weiß nicht. Warum? Viele Schüler hier sprechen zuhause auch andere Sprachen, und wir lernen hier Fremdsprachen wie Englisch, Latein und Französisch. Also warum soll das nicht auch auf dem Schulhof so sein? Und Türkisch wird hier ja auch als Unterrichtsfach angeboten.«

Und genau hier unterscheidet sich das Ricarda-Huch-Gymnasium doch von anderen weiterführenden Schulen. »Wir unterrichten hier rund 920 Schülerinnen und Schüler aus 27 Nationen, insgesamt mit einem Migrantenanteil von knapp unter 30 Prozent, das ist für ein Gymnasium ungewöhnlich hoch«, erklärt Schulleiterin Ursula Klee, während sie durch die Gänge der Schule führt. Sie erläutert auch, dass die Schülerzahlen sinken, es gebe in Gelsenkirchen eine Arbeitslosenquote von gut 25 Prozent. Bei der Aufnahme von Migrantenkindern sei die Tendenz an dieser Schule jedoch steigend.

Ursula Klee dreht die Zeit zurück und erzählt vom Werdegang des Unterrichtsfachs Türkisch an ihrer Schule: »Dieses Fach hat schon eine gewisse Tradition bei uns. Vor ungefähr 25 Jahren bekamen türkische Kinder, die hier aufgenommen wurden, muttersprachlichen Ergänzungsunterricht. Bald erhielten sie auch die

Möglichkeit, Türkisch als zweite Fremdsprache als Alternative zu Französisch oder Latein zu wählen. Damit verbunden war die Option, in der Oberstufe auch einen Leistungskurs zu belegen.«

In Nordrhein-Westfalen ist das Ricarda-Huch-Gymnasium nicht das einzige, das Türkisch als Unterrichtsfach anbietet, wohl aber die einzige Schule bundesweit, die in dieser Sprache Leistungskurse formiert hat. So wurden ein Konzept und Richtlinien für einen Türkisch-Leistungskurs in Nordrhein-Westfalen erstellt, an deren Ausarbeitung das Ricarda-Huch-Gymnasium teilhatte. Doch wozu ist das Unterrichtsfach Türkisch, geschweige denn ein Leistungskurs, gut?

Ursula Klee spricht mittlerweile von der vierten Generation türkischer Schüler. Sie hat in der Zeit bemerkt, dass die muttersprachlichen Kenntnisse stark abgenommen hätten. »Für den Erwerb einer Fremdsprache muss ein Kind erst einmal seine Muttersprache so gut wie möglich beherrschen. Daher ist der Türkischunterricht so wichtig. Oft findet man auch Schüler vor, die weder das Türkische noch das Deutsche ausreichend beherrschen. Wie soll dann noch eine zusätzliche Sprache sinnvoll gelernt werden können?«

Seher Özkartal, derzeit Referendarin am Ricarda-Huch-Gymnasium, weiß dies aus eigener Erfahrung: »Ich war selbst Schülerin an dieser Schule, und der Türkisch-Leistungskurs hat mich persönlich so weit gebracht, dass ich mich dazu entschloss, Türkisch zu studieren. Es ist wirklich ein Glück, wenn man seine eigene Muttersprache studieren kann.« Die selbstbewusste junge Frau steht nun selbst vor der Schülerschaft und bringt ihr beide Sprachen und Kulturen, die deutsche und die türkische, bei. Beides zu beherrschen, käme nicht einfach von selbst: »Zwischen zwei Sprachen zu sein, ist eine Bereiche- →



rung, aber auch ein Problem. Besonders wenn man in einem anderen Land als Deutschland geboren ist, sitzt man zwischen zwei Stühlen. Beispielsweise sind die türkischen Jugendlichen hier nicht zu vergleichen mit den jungen Türken in der Türkei. Hier in Deutschland sind die Jugendlichen in einer Zwischenkultur. Man muss ihnen die Gelegenheit geben, ihre Identität zu finden. Alle stellen sich in dieser Lage die Frage: ‚Wer bin ich?‘ Dazu muss man beide Kulturen und auch beide Sprachen gut kennen und können.« Ursula Klee stimmt zu und argumentiert: »Türkische Schüler sind benachteiligt, was das Deutsche betrifft. Die Option, Türkisch wählen zu können, ist ein kleiner Bonus für sie und erhöht den Stellenwert der Muttersprache.«

Seher Özkartal erzählt, dass sie selbst zwei Schwestern habe, die beide nicht gut Türkisch sprechen könnten, da müsse man früh genug ansetzen, Zweisprachigkeit als Bereicherung anerkennen und unbedingt fördern: »Hinsichtlich der Jobchancen ist dies doch auch so wichtig! Man kann ja nicht immer die Türken als Beispiel

nehmen, aber sie sind nun einmal die größte Migrantengruppe in Deutschland, und das darf man einfach nicht mehr ignorieren.«

Kemal Atik besucht die 12. Stufe des Ricarda-Huch-Gymnasiums. Der höfliche und nachdenkliche junge Mann kam 1996 mit seinen Eltern aus der Türkei nach Deutschland. Seine Leistungskurse sind Mathematik und Türkisch. Kemal hatte anfangs große Probleme mit der deutschen Sprache. »Ich hatte immer starkes Interesse an der Mathematik, und einer der Gründe, weshalb ich das Fach so mochte und später auch als Leistungskurs wählte, war einfach, dass es mechanisches Denken ist und nichts mit Sprache zu tun hat. Das war eben ein großer Schwachpunkt bei mir, den ich mit Mathe umgehen konnte.«

Oft wusste Kemal nicht, in welcher Sprache er sich auf welche Weise verständigen sollte. Dies bereitete ihm nicht nur im Unterricht, sondern auch im Umgang mit seinen Mitmenschen Kopfzerbrechen: »Ich war oft in Situationen, in denen ich etwas auf

Türkisch erzählen wollte und bemerkte, dass ich immer wieder deutsche Wörter einbaute. Das ging mir auch andersherum so. Die eine Sprache konnte ich kaum, die andere wurde vermischt. Das war wirklich ein Nachteil.« Das änderte sich nach Kemals Meinung, seitdem er Türkisch am Ricarda-Huch-Gymnasium belegt hat. »Beide Sprachen beherrsche ich nun gut und auf höherem Niveau, und das fördert mein Sprachbewusstsein.«

Dr. Ulrich Hillebrand von der Bezirksregierung Münster, zuständig für die Fächer Türkisch und Englisch in der gymnasialen Oberstufe, ist von dem Konzept überzeugt: »Der Türkischunterricht hat in Nordrhein-Westfalen eine ganz eigene Erfolgsstory erlebt, in den letzten Jahren hat sich da sehr viel getan. Momentan gibt es nur zwei Türkisch-Leistungskurse, beide sind in Gelsenkirchen. Ein dritter, ebenfalls in Gelsenkirchen, kommt im Schuljahr 2006/07 hinzu, aber es ist wünschenswert, wenn sich dies in NRW noch ausbaut.« Das Ricarda-Huch-Gymnasium hat da eine klare Vorreiterfunktion.



Jörg Reimann, stellvertretender Sprecher der SPD Gelsenkirchen und im dortigen Ausschuss für Bildung engagiert, blickt in die Zukunft: »Die demografische Entwicklung in ganz Deutschland, nicht nur im Ruhrgebiet, erfordert gerade auch im bildungspolitischen Bereich ein grundlegendes Umdenken. Zurzeit stellt das Ricarda-Huch-Gymnasium mit seinem hohen Migrantenanteil zwar noch eine Besonderheit dar. Aber die Zukunft wird ähnliche Zahlen in allen anderen Gymnasien erwarten lassen, wenn allen, auch den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, die Möglichkeit gegeben wird, im Nachmittagsbereich individuell Defizite abzubauen und eine intensive Förderung zu erreichen.«

Im Leistungskurs wird Hochtürkisch gelehrt, erklärt Kemal. Dort lernt er über die heimatliche Kultur, Medien, Geschichte und Politik: »Dieses Wissen diskutieren wir und vergleichen es mit dem deutschen System. Es macht Spaß, ist aber auch sehr wichtig auf dem Weg, sich selbst und seinen Platz in der Gesellschaft zu finden.« Dafür nimmt Kemal jeden

Morgen die lange Anreise aus Düsseldorf auf sich, um am Ricarda-Huch-Gymnasium zu lernen: »Der Türkischunterricht ist für mich so wichtig und so lehrreich, weil ich darin eine Verbindung finde zwischen dem, was ich in meiner Familie und meiner Kultur mache, und auf der anderen Seite zu meinem Leben in der Schule und in dieser Gesellschaft.«

Ähnliches wird die junge Referendarin Seher Özkartal als Schülerin empfunden haben. Sie ist froh, dies nun an ihre Schülerschaft weiterzugeben: »Dieser Unterricht eröffnet Zukunftschancen für diese Jugendlichen, Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz werden auf dem Arbeitsmarkt immer wichtiger. Außerdem bekommen die Schüler das so wichtige Gefühl der Wertschätzung ihrer Kultur und Sprache vermittelt. Und diese Anerkennung muss noch viel mehr im zwischenmenschlichen Miteinander herausgearbeitet werden!«

### **Ansprechpartner**

#### **Ursula Klee**

Schulleiterin  
Ricarda-Huch-Gymnasium  
Gelsenkirchen  
Telefon 0209 - 957 000  
rhg@rhg-ge.de  
www.rhg-ge.de

#### **Dr. Ulrich Hillebrand**

Bezirksregierung Münster  
Telefon 0251 - 411 4154  
ulrich.hillebrand@bezreg-  
muenster.nrw.de  
www.bezreg-

Stichwort

# UNESCO- Projektschulen



## DAS ZITAT

»Die demografische Entwicklung in ganz Deutschland, nicht nur im Ruhrgebiet, erfordert gerade auch im bildungspolitischen Bereich ein grundlegendes Umdenken. Zurzeit stellt das Ricarda-Huch-Gymnasium mit seinem Migrantenanteil zwar noch eine Besonderheit dar. Aber die Zukunft wird ähnliche Zahlen in allen anderen Gymnasien erwarten lassen, wenn allen, auch den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, die Möglichkeit gegeben wird, im Nachmittagsbereich individuell Defizite abzubauen und eine intensive Förderung zu erreichen.

Damit ist der Weg für alle Kommunen vorgegeben: mehr Bundes- und Landesfinanzen und personelles Engagement in Gymnasien zu stecken, um durch Umwandlung in Ganztags-schulen sowohl bildungsferne Bevölkerungsschichten nicht nur zu erreichen, sondern die Bildungsbeteiligungquote gerade auch bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zu steigern. Nur so ist eine zukunftsorientierte Entwicklung von Kommunen zu erwarten. Das Pilotprojekt ‚Ganztags-Gymnasium‘ sollte schnell Alltag überall im Lande werden.«



Jörg Reimann (SPD), Stadtrat in Gelsenkirchen

## INTERKULTURELLES DENKEN UND HANDELN

Es gibt sie in Deutschland in über 100 Städten, etwa 160 Schulen tragen diese Auszeichnung, jeder Schultyp ist repräsentiert: die UNESCO-Projektschule (UNESCO = United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization). Hierbei handelt es sich um ganz normale Schulen, die sich zur kontinuierlichen Mitarbeit im weltweiten UNESCO-Schulnetz verpflichtet haben. Dies bedeutet, dass die SchülerInnen interkulturelles Denken und Handeln erlernen und sich im Unterricht u. a. mit Themenschwerpunkten wie Toleranz, Menschenrechte, Erwerb von interkultureller Kompetenz, Solidarität und Demokratie auseinandersetzen.

### Mehr Informationen

[www.ups-schulen.de](http://www.ups-schulen.de)

»Das Ricarda-Huch-Gymnasium in Gelsenkirchen ist schon seit gut 15 Jahren UNESCO-Schule. Was das Zusammenleben hier betrifft, lautet unser Motto: ‚salad bowl‘ statt ‚melting pot‘. Alles andere wäre gekünstelt. Wir sind eine Mischung aus unterschiedlichen Nationalitäten und Kulturen, und das müssen wir akzeptieren. Das Interkulturelle wird hier an unserer Schule selbstverständlich gelebt. Das Zauberwort ist Toleranz.«

Ursula Klee, Schulleiterin

# 6: Öffentlichkeit



## STRATEGISCHE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

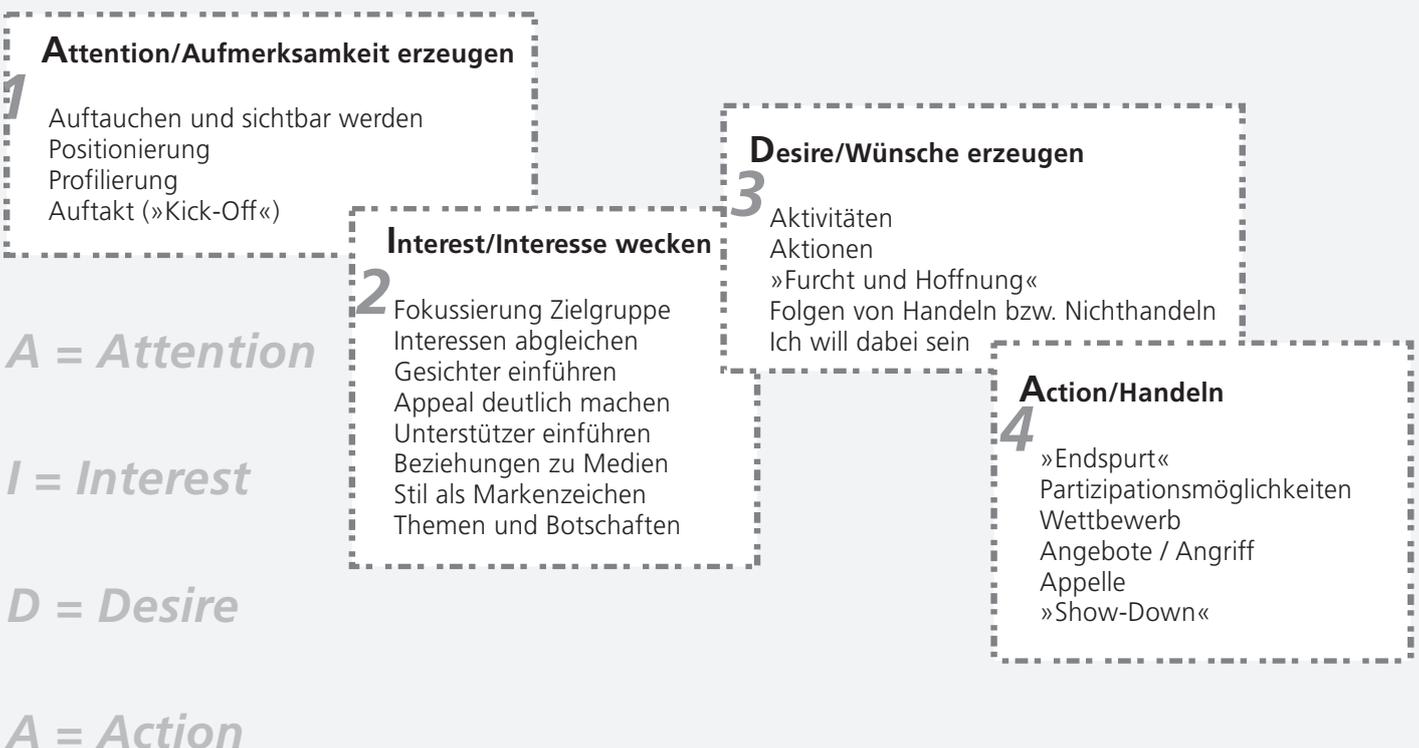
Wer öffentliche Wirkung erzielen will, braucht Öffentlichkeitsarbeit. Diese umfasst zumindest zwei Strategien: die direkte Kommunikation beeinflussen und den Weg über die Medien. Beide Wege sind wichtig und brauchen eine klare Botschaft: Wer sind wir und was wollen wir ändern. Strategische Öffentlichkeitsarbeit ist dabei die bewusste, zielgerichtete und systematische Gestaltung der Kommunikationsaktivitäten und organisiert auf konzeptioneller Grundlage Kommunikationsprozesse zwischen Absender und Adressaten.

### Wichtige Bausteine:

- Konzept und Vision als Grundlage
- Projektarbeit und Kampagnen als Rahmen
- Kommunikationsziele: Information, Dialog und Image
- Zielformulierungen
- Zielgruppensegmentierung
- Zielgruppengerechte und kreative Auswahl der Kommunikationsinstrumente
- Aktive Beziehungsarbeit
- Evaluation

Eine der bekanntesten Formeln, nach denen eine werbende Botschaft aufgebaut werden kann, ist »AIDA«. Sie soll die Bereitschaft der Bürger zum Mitmachen fördern.

### AIDA-Phasen einer Kampagne:





Offenbach am Main

## »Ich möchte helfen, Wege zu finden«

Bedarfsorientierte Beratung und Vermittlung zwischen Eltern, Lehrern und Schulleitung

»Wir wollen so viele Eltern wie möglich erreichen, sie für den Werdegang ihrer Kids interessieren. Außerdem wollen wir nicht bloß vermitteln und übersetzen, sondern auch zur Integration anspornen. Wenn die Kinder sehen, dass ihre Eltern dieses Thema ernst nehmen, erhöht das den Stellenwert von Schule und gesellschaftlicher Integration.«

Nuriye Baki, Integrationslotsin

Die Wilhelmschule liegt mitten in der Offenbacher Innenstadt und beherbergt an jedem Schultag gut 300 Schülerinnen und Schüler. Offenbach selbst weist bundesweit den höchsten prozentualen Migrantenanteil auf, die Wilhelmschule etwa 80 bis 85 Prozent. Die Stadt am Main ist eine der wenigen Städte in Deutschland, die eine wachsende Kinderzahl verzeichnet.

Das Elterncafé ist ein knallgelb gestrichenes und großes Altbauzimmer, in dem es nach frischem Kaffee duftet und das sonnendurchflutete Ambiente für Wärme und Freundlichkeit sorgt – was nicht zuletzt an den anwesenden Damen liegt. Frau Kopsari, Frau Kablan, Frau Bezaatshoar, Frau Petschik, Frau Hot, Frau Turjacanin, Frau Baki und Frau Temiztürk haben sich heute um den Tisch versammelt und lachen und diskutieren miteinander. Die Tür geht einige Male auf, und Schulleiter Uwe Zeyn und Lehrerin Claudia Sommerlik gesellen sich hinzu. Es wird langsam voll, dennoch fügt Frau Baki zur Information bei: »Natürlich sind sonst auch noch Schülereltern dabei, die wir dann beraten. Heute ist eine Ausnahme.«

Mindestens einmal in der Woche findet das Elterncafé statt, das Eltern, aber auch Lehrern mit Rat und Tat zur Seite steht: »Aber eigentlich sind wir auch sonst fast immer hier, denn wir haben Spaß an unserer Arbeit und sind auch sonst immer gut zu erreichen, wenn jemand unsere Hilfe benötigt«, meint Frau Kopsari. Sie und ihre Kolleginnen sind Integrationslotsinnen. Das Modellprojekt wurde 2003 an zwei Grundschulen erprobt und hat sich auch im dritten Jahr bewährt. Ins Leben gerufen wurde es an der Wilhelmschule durch Barbara Temiztürk als pädagogische Begleiterin von der VHS, und von Schulleiter Uwe Zeyn: »Ich habe diese Idee auf einer Fachtagung bekommen, und wir haben es hier umgesetzt.«

Die Schule, die örtliche VHS und das

Jugendamt koordinieren das Projekt mit LOS-Mitteln.

Die insgesamt 15 freiwillig tätigen Integrationslotsinnen und Mütter von Schülern an der Wilhelmschule haben fast alle selbst einen Migrationshintergrund, soziale Kompetenz und Engagement, sprechen gut deutsch und ihre Herkunftssprache, was sie für ihre Tätigkeit qualifiziert. Zusätzlich werden sie von der VHS geschult in zweisprachiger Erziehung, Konfliktlösung und Gesprächsführung, im deutschen Bildungs- und Behördensystem, und erhalten Informationen zum Regelwerk und Tagesablauf an Schulen.

Diese Informationen und Beratungen geben die Integrationslotsinnen an Eltern weiter, erläutert Barbara Temiztürk: »Es gibt unterschiedliche Erwartungen: Viele Eltern haben Sprachprobleme, kennen das deutsche Schulsystem und auch die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtung und Elternhaus nicht. Manche sind überfordert. So entstehen Missverständnisse und Konflikte, und die Lotsinnen kommen genau hier zum Einsatz. Sie beraten und vermitteln zwischen Schule, Lehrern und Eltern. So sind sie auch Schlüsselpersonen, die anderen Eltern etwas vorleben und mit ihrem kulturellen Verständnis und Vertrauensbonus Informationen weitergeben, wohin deutsche Institutionen sonst nicht vordringen könnten.«

Claudia Sommerlik, Vorklassenleiterin an der Wilhelmschule, betreut fast ausschließlich förderbedürftige Migrantenkinder und hat bisher gute Erfahrungen mit dem Projekt machen können: »Ich habe über die Integrationslotsinnen einige Eltern erreichen können, die Hemmungen im Umgang mit der Schule hatten. Diese Institution ist mit ihrem System für viele Eltern mit Migrationshintergrund einschüchternd. Die Lotsinnen leisten auf einer Vertrauens-

# Ich möchte helfen ...

und Diskretionsbasis sehr gute Arbeit, wodurch sich viele Eltern öffnen.« Darüber hinaus können die Lotsinnen aufgrund ihrer kulturellen Erfahrungen auch die Lehrerschaft für bestimmte Gegebenheiten sensibilisieren. Oft kann zwischen Eltern und Lehrern aufgrund sprachlicher Barrieren kein Austausch stattfinden. Auch hier können die Lotsinnen auf beiden Seiten persönlich wie auch sachlich vermitteln.

Barbara Temiztürk ist ebenfalls sehr zufrieden: »Die Lotsinnen sind sehr gut geschult, nehmen ihren Job ernst, haben aber auch Spaß dabei. Dadurch wird dieses Vermittlungs- und Beratungsangebot sehr gut von Eltern angenommen, sei es in einem kleinen Gespräch oder auf Behördengängen oder Übersetzungen. Die persönliche Ebene ist unheimlich wichtig.« Aber auch für die eigene Weiterbildung bietet das Integrationslotsinnenprogramm den engagierten Damen Perspektiven: »Wir schulen die Mütter in EDV, im interkulturellen Bereich, machen Bewerbungstrainings und anderes. Einige Lotsinnen konnten dadurch bereits einen beruflichen Einstieg schaffen.«

Frau Kablan und Frau Petschik sehen den Gewinn aber auch auf persönlicher Ebene: »Wir lernen sehr viel hinzu über unsere Arbeit und den Umgang mit Menschen. Und so viele verschiedene Nationalitäten und Mentalitäten zu erkunden, macht auch unheimlichen Spaß.« Die Offenbacher Grünen-Stadträtin Birgit Simon schätzt das Engagement der Lotsinnen sehr: »Das Projekt zur Beteiligung von Migrantinnen am Schulalltag zur Stabilisierung der Familien weckt und fördert durch einen neuen Partizipationsansatz vor allem das Interesse bei Migrantenern, sich an der Elternarbeit der Schule zu beteiligen. Darüber hinaus wirken sie mit ihrer Arbeit direkt in den Stadtteil hinein.« Die Lotsinnen sind von dem Konzept so

überzeugt, dass sie mittlerweile auch in ihren privaten Kreisen als Multiplikatorinnen unterwegs sind, so auch Frau Kablan: »Ich weiß, dass ich in der Moschee viele Eltern erreichen kann. Ich erzähle ihnen vom Projekt, was ich gelernt habe, alles gebe ich weiter. Natürlich versuche ich, andere zur Tat anzuregen.«

Doch es gibt auch Rückschläge, denn wenn Eltern nicht mitmachen wollen, stößt man an Grenzen. Ab und zu kommt es vor, dass eine der Lotsinnen Eltern zuhause besucht und für das Kind um Erlaubnis bittet, an einer Klassenfahrt teilnehmen zu können. Frau Kopsari hat unterschiedliche Erfahrungen gemacht: »Manchmal kostet es viel Zeit und Überzeugungskraft, aber Geduld und Aufklärung können viel bewirken, wenn man sich mit der Kultur auskennt und weiß, wie man an die Eltern herantritt. Aber es klappt nicht immer, Misserfolge gehören dazu. Ich lasse mich bestimmt nicht entmutigen, dafür gibt es zu viele positive Erfahrungen und Begegnungen«, sagt sie und lacht. Auf die spontane Frage, weshalb es eigentlich nur Lotsinnen gäbe, antwortet die gebürtige Griechin spontan: »Ganz einfach: Die meisten Männer gehen außer Haus arbeiten. Wenn sie nicht arbeiten, dann haben sie selten Interesse.«

Schulleiter Uwe Zeyn sieht sich da als Ausnahme und setzt sich für das Projekt ein: »Neben den LOS-Mitteln stellen wir auch Schulmittel zur Verfügung, denn diese Arbeit ist wichtig und hat den Schulalltag verbessert. Berührungspunkte sind abgebaut worden und die Bereitschaft bei Eltern mit Migrationshintergrund, dazu beizutragen, ist mittlerweile größer. Das ist eine wahre Integrationsleistung. Wenn wir es schaffen, dass sich Eltern und Kinder hier wohler fühlen, dann haben wir einen großen Schritt geschafft.« Auf die Frage, was die Kommunalpolitik unternehmen kann, um ein solches Projekt zu unterstützen, entgegnet Uwe Zeyn: »Die finanziellen Mittel sind in den

Kommunen überall knapp, das wissen wir, aber es gibt andere Möglichkeiten: Die ideelle Unterstützung ist ebenso wichtig wie das Zeichen, dass hier besondere integrative Maßnahmen funktionieren und zur Verbesserung des Klimas beitragen.«

Frau Baki ist voller Tatendrang und weiß bereits jetzt: »Wenn mein Sohn nicht mehr an der Grundschule ist, werde ich sehen, ob ich an der weiterführenden Schule wieder so etwas machen kann. Ich möchte helfen, Wege zu finden.«

## **Ansprechpartner**

### **Barbara Temiztürk**

Projektbegleiterin  
Volkshochschule Offenbach  
Telefon 069 - 8065 3482  
barbara.temiztuerk@offenbach.de  
www.offenbach.de/vhs

### **Uwe Zeyn**

Schulleiter  
Grundschule Wilhelmschule  
Offenbach  
Telefon 069 - 8065 3564  
wilhelm@offenbach.schule.hessen.de  
<http://region.bildung.hessen.de/offenbach/offenbach/wilhelm/>

Stichwort

# MUS-E-Schulen



## DAS KÜNSTLERISCHE PROGRAMM FÜR SCHULEN IN EUROPA

Das Konzept klingt relativ einfach: KünstlerInnen verschiedener Nationen arbeiten mit Schülern und deren Lehrern regelmäßig und über einen längeren Zeitraum zusammen.

Die Wirkung ist nachweislich groß: Das künstlerische Schulprogramm MUS-E hat sich zum bedeutendsten seiner Art in Europa entwickelt.

Die Yehudi-Menuhin-Stiftung hat dieses Konzept erarbeitet, nach dem gemeinsam und unter fachkundiger Anleitung miteinander getanzt, musiziert, inszeniert und gestaltet wird.

Ziel der MUS-E-Arbeit mit Schülern ist es, Persönlichkeit zu entfalten, Kreativität zu fördern und soziale Kompetenz zu stärken. Das Projekt läuft normalerweise über drei Jahre und garantiert damit hohe Nachhaltigkeit. Besonders fördert MUS-E die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Jenseits von Sprachbarrieren wird kommunikativ, lebendig und verantwortungsvoll an interkulturellem Verständnis, Toleranz und Gemeinschaftlichkeit gearbeitet.

### Mehr Informationen unter

[www.ymsd.de/mus-e.html](http://www.ymsd.de/mus-e.html)  
(Yehudi-Menuhin-Stiftung Deutschland)

## DAS ZITAT

»Das Projekt zur Beteiligung von Migrantinnen am Schulalltag zur Stabilisierung der Familien weckt und fördert durch einen neuen Partizipationsansatz vor allem das Interesse bei Migranteneltern, sich an der Elternarbeit der Schule zu beteiligen. Damit stellen die qualifizierten Lotsinnen eine Brückenfunktion sowohl für die Lehrerinnen und Lehrer als auch für die Eltern dar. Darüber hinaus wirken sie mit ihrer Arbeit direkt in den Stadtteil hinein.«



Birgit Simon (Bündnis90/Die Grünen),  
Sozialdezernentin der Stadt  
Offenbach am Main

# Schule als interkultureller Lernort

## Das Zusammenleben selbstverständlich machen

Angelika Krauß widmet sich mit Leib und Seele ihrer Gemeinschaftsgrundschule in Gelsenkirchen-Bismarck mit gut 270 ABC-Schützern. Der Migrantenanteil beträgt etwa 50 Prozent. »Dieser Stadtteil ist geprägt von bildungsfernen Familien, davon haben viele Migrationshintergrund. Das bringt im Alltag natürlich auch Probleme mit sich, aber wir haben Interkulturalität an unserer Grundschule schon immer als Selbstverständlichkeit gesehen, und so wird es den Kindern auch vermittelt.«

In der Gemeinschaftsgrundschule wird großen Wert auf die Gleichwertigkeit aller Kulturen und Religionen gelegt: Größere Feste werden erklärt und gefeiert, jedes Kind soll mit anderen Kulturen und Sprachen vertraut werden. Dies ist Teil der vorurteilsbewussten Erziehung: »Wir geben allen Kindern genügend Zeit und Raum, sich zu artikulieren. Es weckt in den deutschen Kindern Neugierde, wenn sie andere Sprachen hören, und das wirkt sich natürlich auch auf das Bewusstsein aus.«

Die Schulleiterin vermisst jedoch bei vielen Eltern Engagement: »Wir hatten immer einen Schwerpunkt auf Elternarbeit. Leider gestaltet es sich sehr schwer, deutsche und nicht-deutsche Eltern zusammenzubringen. Schließlich sind die Eltern Vorbilder für ihre Kinder und sollten das Gemeinschaftsgefühl vorleben. Dies gestaltet sich leider auf beiden Seiten sehr schwer.« Als einen der wesentlichen

Integrationschlüssel sieht die Schulleiterin die sprachlichen Fähigkeiten der Kinder: »Wir wollen vorbeugen, dass die Kinder in keiner Sprache beheimatet sind. Allerdings ist das bei vielen deutschen Kindern nicht anders, denn man spricht eben nur, was man so benötigt, um im Alltag zu kommunizieren.«

Eine Lösung sieht Angelika Krauß in dem Ganztagschulenkonzert, nach dem die Schülerinnen und Schüler bis 16 Uhr betreut werden: Die Hausaufgaben werden gemeinsam gemacht, es wird Deutsch gesprochen, gemeinsam gespielt, und auch Eltern ließen sich hier hervorragend einbinden. Die Verbindung von Schulzeit- und Freizeitgestaltung könnte das Üben der deutschen Sprache aktiv fördern.

Doch auch das Konzept von Türkischkursen als gleichwertigem Unterrichtsfach an weiterführenden Schulen unterstützt Angelika Krauß: »Diese Fächer sind die Zukunft der Schulen. Die Zweisprachigkeit muss viel stärker gefördert und vor allem anerkannt werden. Ein Blick auf den Arbeitsmarkt genügt, um das zu verstehen. Dies ist sicherlich auch ein Vorteil gegenüber den deutschen Kindern.«

Was die Arbeit vor Ort angeht, setzt Angelika Krauß neben vielen anderen interkulturellen Aktivitäten an ihrer Schule auf das MUS-E-Projekt: »Einmal in der Woche kommen Künstler in den Unterricht und

arbeiten kreativ mit den Schülern. Es macht wirklich Spaß – auch der Lehrerschaft – und es fördert die Toleranz, die sprachlichen Fähigkeiten und baut Aggressionen ab. Weil alle Kinder an einem Ziel arbeiten, entsteht ein starkes Gemeinschaftsgefühl, und jeder hat darin seine Rolle. Kulturelle Grenzen lösen sich dabei auf, denn alle ziehen an einem Strang. Außerdem gibt es jedem Kind Anerkennung, weil es ein gleichberechtigter Teil des Ganzen ist.« Natürlich werden die gemeinsam erarbeiteten Werke auch allen anderen Kindern in der Schule einmal gezeigt und vorgespielt: »Die Schule soll nun einmal ein interkultureller Lernort sein.«

### **Ansprechpartner**

#### **Angelika Krauß**

Schulleiterin  
Gemeinschaftsgrundschule  
Marschallstraße  
Gelsenkirchen  
Telefon 0209 - 862 90  
[ggs.marschallstrasse@web.de](mailto:ggs.marschallstrasse@web.de)

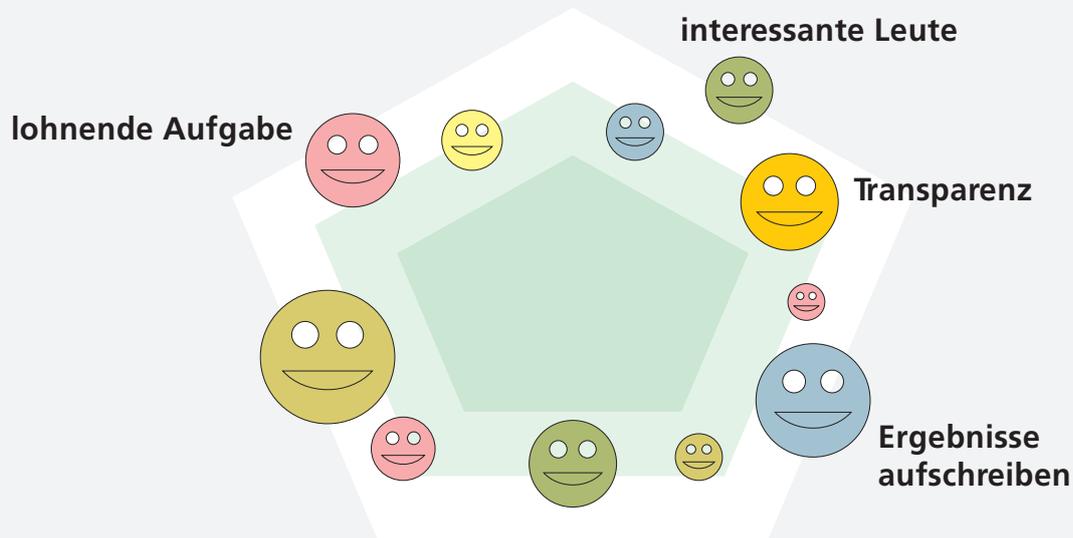
# 7: Der Runde Tisch



## DER RUNDE TISCH ALS EINSTIEG IN DIE VERNETZUNG

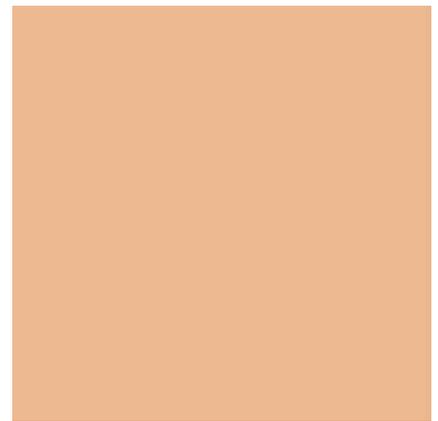
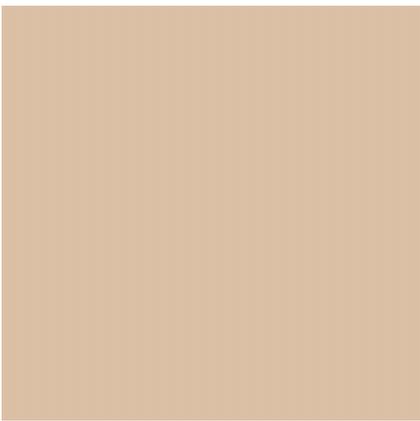
Mit dem Begriff »Runder Tisch« meinen wir ein demokratisches Forum für Gespräche, bei denen alle Teilnehmer die gleichen Rechte haben, also *auf Augenhöhe* agieren. Der Runde Tisch braucht ein klar formuliertes Thema mit einem gewünschten offenen Ergebnis und eine transparente Organisation (Anfang, Ende, Leitung, Teilnehmer).

Der Runde Tisch eignet sich insbesondere, um verschiedene Personengruppen miteinander ins Gespräch zu bringen, die ansonsten wenig miteinander zu tun haben. Er ist jedoch kein Debattierclub, sondern soll Ideen produzieren, die zu konkreten Vereinbarungen führen und zur Umsetzung in der Praxis geeignet sind.



## VORBEREITUNG EINES RUNDEN TISCHES »INTEGRATION«

- »Wozu«, die Zielsetzung klären.
- Vorgespräche führen, sowie
- die Vorbereitung nicht allein treffen, sondern gleich andere Betroffene einbeziehen.
- den Teilnahmekreis definieren, auch die Anzahl (Multiplikatoren, Vertreter verschiedener Organisationen, Parteien, Vereine, Verwaltung, Experten usw.)
- Eigene Erwartungen und Erwartungen der Teilnehmer abwägen.
- Wird eine Moderation notwendig? Leitung?
- Das Thema und den Arbeitsauftrag festlegen, einen Slogan entwickeln.
- Den Termin festlegen, einen passenden Raum suchen und gestalten, Getränke usw.
- Die Gruppierungen / Personen schriftlich (und mündlich) einladen.
- Sollen die Medien eingeladen werden?
- Den Einstieg überlegen (sagen, was Sache ist), eigene Beiträge vorbereiten
- Welche Absprachen sollen getroffen werden?
- Die Dokumentation und Auswertung bedenken.



Einleitung

# Interkulturelle Öffnung der Verwaltungen fördern

Der Ansatz, der Integration als ganzheitliche Querschnittsaufgabe in der Kommune definiert, wird in Städten mittlerweile vermehrt berücksichtigt. So werden auch auf der Verwaltungsebene organisatorische Veränderungen angestrebt.

Der Begriff der interkulturellen Öffnung der Verwaltung bezeichnet die Veränderung der Aufbau- und Ablauforganisation und die Umstellung auf sich verändernde Strukturen und Gegebenheiten in der Bevölkerung. Dies gilt besonders für die Bereiche, die in unmittelbarem Kontakt mit der Bevölkerung treten, beispielsweise soziale Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe.

Die Begegnung unterschiedlicher Kulturen, Vorstellungen und Mentalitäten kann auf der Verwaltungsebene zu Missverständnissen und Konflikten führen. Eine erfolgreiche Dienstleistung und Zusammenarbeit zur Zufriedenheit aller Beteiligten ist am besten zu erreichen, wenn eine kundengerechte Bedarfsorientierung erzielt wird. Tatsache ist, dass in vielen Fällen mangelnde Sprachkenntnisse auf Seiten der Kundschaft oder Missverständnisse in der Umgangsweise den Kontakt erschweren. Zudem ist für viele Migrantinnen und Migranten die Bürokratie oft ein schwer verständliches und daher einschüchterndes bürokratisches System, mit dem sie in einem für sie fremden Land und einer noch wenig bekannten Sprache in Berührung kommen. Der Abbau dieser Zugangsbarrieren für Minderheiten kann auf beiden Seiten zu einer notwendigen Bewusstseinsveränderung führen.

Vielerorts sind bereits Maßnahmen ergriffen worden. Um problembehafteten Situationen entgegenzutreten, werden Angestellte mittler-

weile in interkultureller Kompetenz geschult. Dies bedeutet, dass mögliche Konflikte aus mehreren Perspektiven beleuchtet und Lösungswege gefunden werden, damit ein verbesserter Umgang zwischen Dienstleister und Kundschaft möglich ist. Wichtig sind hierbei das Prinzip der beidseitigen Anerkennung und die Sensibilisierung für das Gegenüber.

Eine weitere Maßnahme ist das ‚Cultural Mainstreaming‘ auf der Verwaltungsebene, welches die Berücksichtigung von Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft und ihrer Lebensweisen und Potenziale in allen Bereichen bezeichnet. Eine Veränderung der Personalpolitik sehen Städte bereits als erforderlich an, um die Mehrsprachigkeit und die interkulturelle Kompetenz von Menschen mit Migrationshintergrund für den sich verändernden Verwaltungsprozess nutzen zu können: Vielen Kunden wird ihre Situation erleichtert, wenn sie einen Ansprechpartner haben, der ihre Sprache spricht und ihr Anliegen kulturell bedingt besser verstehen kann, was auch Vertrauen schafft. Andererseits stellt sich auch die Frage der Präsenz der städtischen Bevölkerungsanteile in der Verwaltung: »Eines unserer Hauptziele ist, mit Maßnahmen und Projekten die personelle Besetzung in unserer Verwaltung so zu gestalten, dass sie repräsentativ für die Bevölkerungsstruktur in unserer Kommune ist«, erklärt ein städtischer Angestellter.

Dies ist auch eine Aufgabe für die Kommunalpolitik. Die Beteiligung der vielen verschiedenen kulturellen Gruppen am gesellschaftlichen Gestaltungsprozess ist ein wichtiges Element der interkulturellen Öffnung der Verwaltung, damit der Abbau von

Berührungsängsten hin zu einer Wahrnehmung der Normalität führen kann.

Es ist für jede Stadt eine Herausforderung, diese Zielsetzungen zu realisieren. Dabei stellen sich viele Fragen: Wie kann eine Vertrauensbasis geschaffen werden, so dass die städtischen Beratungsangebote von den Zielgruppen wahrgenommen werden? Wie kann erreicht werden, dass sich erfahrene wie auch junge MigrantInnen für eine Tätigkeit im Verwaltungsbereich interessieren? Und wie können Angestellte mit und ohne Migrationshintergrund voneinander profitieren?

Im Folgenden werden zwei Modellprojekte dargestellt, die sich mit diesen Herausforderungen erfolgreich auseinandergesetzt haben und eine positive Bilanz verzeichnen können.



Osnabrück

## Die monokulturelle Brille absetzen

Warum der öffentliche Dienst keine deutsche Domäne mehr ist

»Erst habe ich nicht verstanden, warum ich Mentee werden sollte. Ich bin in Deutschland geboren und aufgewachsen... da war ich doch sensibel genug für verschiedenste Situationen, dachte ich. Aber ich habe durch meine Mentorin so einiges dazu gelernt, was ich vorher nicht wusste, kenne jetzt die Kollegen und die Strukturen am Arbeitsplatz viel besser.«

Fincan Gnida, Stadt Osnabrück



Osnabrück versteht sich als Friedensstadt. Deswegen hat sie es sich zum originären Schwerpunkt gemacht, Friedensarbeit nach innen und nach außen zu leisten. Dies bedeutet auch eine Optimierung der Arbeitsprozesse in der Verwaltung, ganz besonders im interkulturellen Bereich. Der Konzern Stadt Osnabrück beschäftigt 4000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 300 mit Migrationshintergrund. Ein Drittel dieser Migranten arbeitet im Verwaltungsbereich: Eine Quote, die es nach Meinung der Stadt zu erhöhen gilt. »Wichtig ist aber auch die Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der bereits beschäftigten Mitarbeiter mit und ohne Migrationshintergrund«, meint Hülliyе Zengin. Die Personalentwicklerin ist bei der Stadt Osnabrück angestellt und begleitete 2000 als damalige Psychologie-Diplomandin wissenschaftlich das Projekt ‚Mentoring für Migranten‘.

Das EQUAL-finanzierte Projekt war 2001 nach dem ersten Mal so erfolgreich, dass zwei weitere Rundgänge durchgeführt wurden. Doch dies ist nicht alles, Hülliyе Zengin bleibt dabei: »Wir gehen in die vierte Runde. Die gesellschaftliche Entwicklung und der demografische Wandel verlangen, dass Strategien angepasst und besonders Migranten gefördert werden. Hierbei handelt es sich nicht bloß um eine Herzensangelegenheit, sondern auch um eine rationale Entscheidung, um der Osnabrücker Klientel den bestmöglichen Service zu bieten und auch als Stadt wettbewerbsfähig zu sein.«

Das Mentorship-Projekt bedient im Vorfeld wissenschaftlich ermittelte Entwicklungsbedarfe auf der Ebene der MentorInnen und der Mentees und auf organisationaler Ebene. Es bezeichnet eine zielgerichtete Personalentwicklungsbeziehung zwischen einem Mentee und einem Mentor: Das Verhältnis zueinander ist nicht nur fachlich, sondern auch auf

persönlicher Ebene angelegt und setzt auf eine Vertrauensbasis, die sich innerhalb der zehnmonatigen Zusammenarbeit ausbildet. Mentees sind in dieser Maßnahme Mitarbeiter mit Migrationshintergrund, die in ihrer Integration in der Stadtverwaltung unterstützt und auf berufliche Anforderungen und Führungspositionen vorbereitet werden. Mentoren sind erfahrene deutsche Beschäftigte, die ihre Mentees begleiten, ihnen mit ihren Netzwerken und Rat und Tat zur Seite stehen. Doch auch sie profitieren konkret von der Beziehung: Durch den ihm zugeordneten Mentee erhält der Mentor wichtige Qualifikationen in interkultureller Kompetenz, die Sicht und Situation potenzieller Kunden mit Migrationserfahrung wird dem Mentor vermittelt. Hülliyе Zengin setzte sich intensiv mit dem Thema auseinander: »Bisher haben wir 24 Mentoren und Mentees gehabt, sie sind alle zufrieden mit ihren Erkenntnissen. Uns ist wichtig, die Position der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund zu stärken, ihr Selbstverständnis als wichtiger Teil der Stadtverwaltung mit notwendigem Potenzial zu fördern. Die Mentoren erhalten Einblicke aus erster Hand in Situationen, in die sie sich mangels eigener Erfahrung sonst nur schwer hineindenken könnten.«

Es war jedoch nicht immer einfach, Teilnehmer besonders auf der Mentee-Seite zu finden: »Wir erfuhren einen gewissen angstbehafteten Widerstand bei einigen Mitarbeitern mit Migrationserfahrung. Die Angesprochenen konnten sich in dieser Rolle erst nicht wiederfinden und meinten: ‚Warum werde ich gefragt? Was soll das jetzt? Ich habe doch keine Probleme!‘«

Tatsächlich bemerkte Hülliyе Zengin, dass viele Beschäftigte mit Migrationshintergrund sich im Betrieb »unsichtbar und angepasst« verhielten, um nicht unangenehm aufzufallen, und dass sie →

# Die monokulturelle Brille ...

ein Selbstverständnis aufwiesen, das ihre Potenziale und Qualifikationen untergehen ließ: »Wir gehen aber nicht von einer Defizitorientierung aus, sondern wollen Ressourcen aufdecken und somit das Selbstbild dieser Mentees verändern. Im Rahmen der Evaluation des Projektes zeigen auch die Ergebnisse der Befragung von Vorgesetzten der teilnehmenden Mentees, dass positive Veränderungen im Umgang miteinander wahrgenommen werden und dass bei Ihnen eine hohe Zufriedenheit mit dem Projekt festzustellen ist.«

Hülliye Zengin und ihre Kollegen leisteten Überzeugungsarbeit und konnten Mentees und zu ihnen passende Mentoren finden, die ihren Schützlingen mit ihrer Erfahrung und ihren Netzwerken im Kollegium halfen. So erging es auch der früheren Mentee Fincan Gnida, die viel mit Kunden besonders mit Migrationserfahrung in Kontakt tritt: »Ich hatte anfangs Zweifel, wieso ich als in Deutschland Geborene auf dieses Projekt angesprochen worden war. Aber ich wurde überzeugt, dass es kein Bedürftigenprogramm ist und mir eine sehr gute Unterstützung in meinem Joballtag bietet.« Fincan Gnida, die momentan in der Arbeit Gemeinschaft für Osnabrück (AGOS) arbeitet, würde es jederzeit weiterempfehlen und helfen, neue Mentees zu finden: »Meine Mentorin ist mittlerweile eine Freundin geworden, mit der ich heute in engem persönlichem Kontakt stehe. So geht es den meisten anderen im Mentorship auch, denn es ist eine richtige Vertrauensbasis entstanden.«

Ramis Konya, SPD-Stadtrat in Osnabrück, sieht die besondere Relevanz des Projekts in der Anerkennung von Potenzialen: »Die Sonderqualifikationen der Migrantinnen und Migranten, nämlich die Migrationserfahrung, die interkulturelle Kompetenz und die Mehrsprachigkeit, werden in ihrer Bedeutung erkannt.« Trotz einer inzwischen

50jährigen Migrationsgeschichte sei der Integrationsgrad von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst noch immer gering und dabei von der Politik unmittelbar selbst zu verantworten: »Der öffentliche Dienst galt als Domäne der Deutschen. Die Tatsache, dass es gerade an interkulturellen Kompetenzen in den Verwaltungen mangelt, ist eine wesentliche Ursache dafür, dass die Angebote der öffentlichen Regelversorgung im Sozial-, Kultur-, Gesundheits- und Bildungsbereich, aber auch in Sparten der inneren Sicherheit von der Migrationsbevölkerung nur unterdurchschnittlich wahrgenommen wird.«

Wichtig sind bei diesem Projekt jedoch auch theoretische Wissensvermittlung zu verwaltungsrelevanten Themen im Umgang miteinander sowie ein Praxistransfer. So wird das Mentorship zusätzlich durch Seminare und Workshops beispielsweise zu interkultureller Kompetenz und zur Genderthematik unterstützt. Außerdem erarbeiten die jeweils acht Mentees während der zehnmonatigen Laufzeit ein Gruppenprojekt als Praxistransfer. In den vergangenen Phasen war dies beispielsweise ein Film, der berufliche Wege von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund bei der Stadt Osnabrück vorstellte.

Das Konzept des Mentorship findet auch außerhalb der Stadt Osnabrück großen Anklang: »Mittlerweile fragen Kommunen, aber auch Unternehmen an, die die Notwendigkeit interkultureller Kompetenz für die veränderte Serviceorientierung entdeckt haben«, argumentiert Hülliye Zengin. »Wir haben erkannt, dass ein Dialog entstanden ist, der längst nötig war. Themen werden nun angesprochen, auch wenn sie Tabus brechen: Es gelten nicht die gleichen Mechanismen mit Migranten, weder im Kundenservice noch in der Beschäftigung.«

Dies sagt die junge und engagierte Frau

aus Überzeugung: »Die Zukunft Deutschlands kann nicht mehr durch eine monokulturelle Brille gesehen werden, das steht fest.«

## **Ansprechpartner**

### **Karin Detert**

Leiterin  
Fachbereich Personal und  
Organisation  
Stadt Osnabrück  
Telefon 0541 - 323 4626  
detert.karin@osnabrueck.de  
www.osnabrueck.de

### **Hülliye Zengin**

Personalentwicklerin  
Fachbereich Personal und  
Organisation  
Stadt Osnabrück  
Telefon 0541 - 323 2422  
zengin@osnabrueck.de  
www.osnabrueck.de

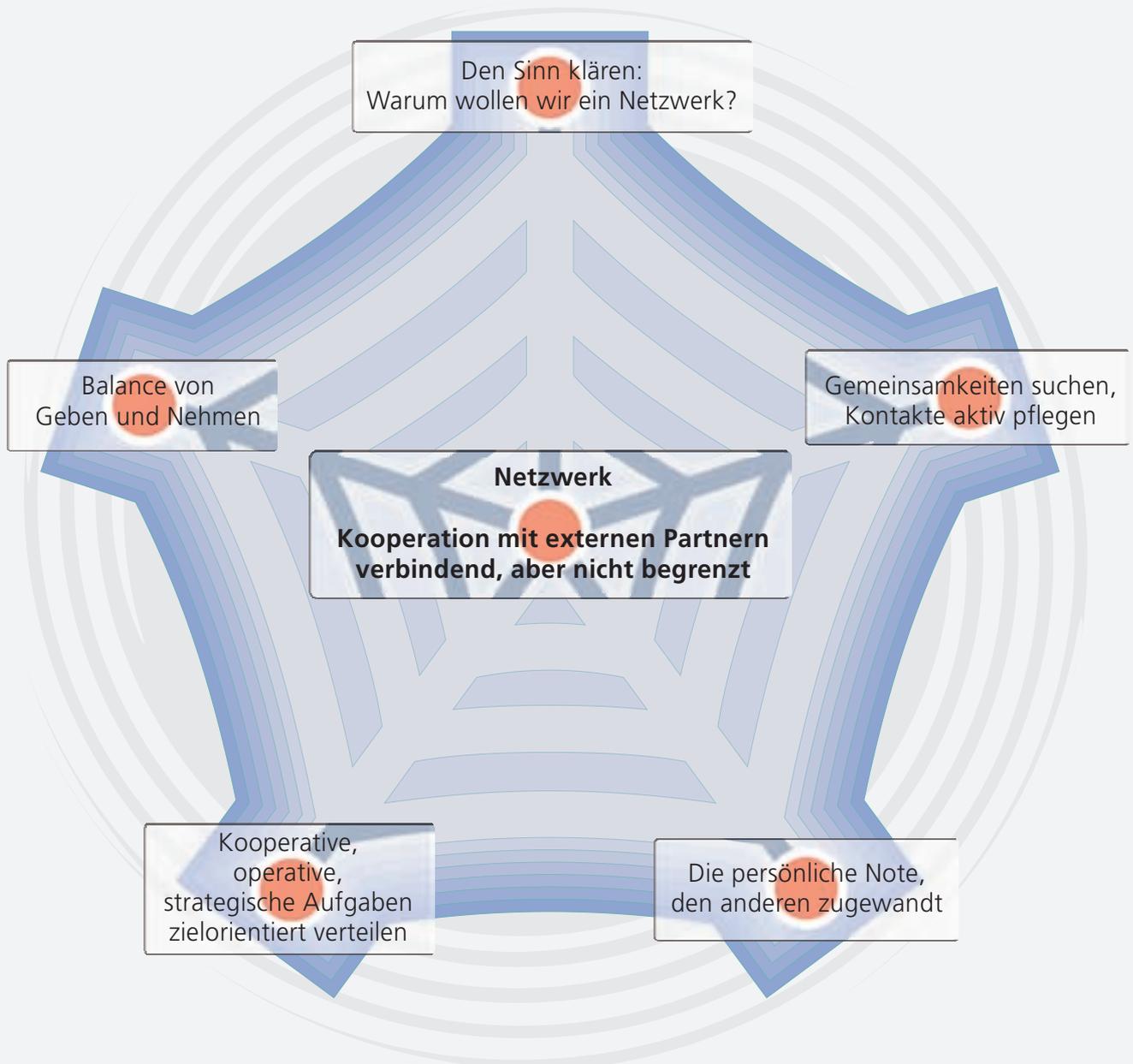
# 7: Netzwerk Integration ...



## NETZWERKE ALS LANGFRISTIGE KONTAKTPFLEGE UND GEWINNBRINGENDES BEZIEHUNGSGEFLECHT

Kommunalpolitische Akteure können in komplexen, sich ändernden gesellschaftlichen Zusammenhängen nur dann erfolgreich sein, wenn sie in Kommunikation mit ihrem Umfeld stehen und auf Veränderungen flexibel reagieren. Hierzu ist nicht der Augenkontakt allein notwendig. Die modernen Kommunikationstechnologien erleichtern die Vernetzung mit vielen Personen, auch außerhalb der lokalen Grenzen.

Unter einem Netzwerk versteht man einen Prozess, der auf dem gemeinsamen Austausch von Ideen, Ratschlägen, Informationen, Referenzen, Hinweisen und Kontakten basiert. Ressourcen werden gemeinsam genutzt und dankbar anerkannt.





Duisburg

## »Ich bin ein Teil dieser Stadt«

Wie eine Stadt Jugendliche zur Ausbildung motiviert

»Ich halte eine vielseitige Ausbildung sowie einen sicheren Arbeitsplatz für sehr wichtig. Durch meine Zweitsprache leiste ich auch einen Beitrag zum besseren Ablauf der städtischen Arbeit. Sowohl die Stadt als auch die Bürger mit Migrationshintergrund profitieren von meinen interkulturellen Fähigkeiten.«

Soufiane, Auszubildender

Sinan Kumru öffnet seine Schreibtischschublade und bringt einige Prospekte und Faltblätter über die Duisburger Stadtverwaltung hervor, die in verschiedenen Sprachen ausgeführt sind: »Uns ist es recht, wenn andere Städte Interesse an unserem Ausbildungskonzept haben, das ist für uns auch Sinn und Zweck der Sache.« In der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) in Duisburg ist Sinan Kumru zuständig für das Projekt ‚Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation junger Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst der Stadt Duisburg‘. Was sich hinter dem langen Titel versteckt, ist ein Projekt, das mit einer Studie begann, aus der eine Reihe von effektiven Maßnahmen innerhalb relativ kurzer Zeit entstanden ist. Zweck des Vorhabens ist, mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung bei der Stadt Duisburg zu interessieren – und im Vorfeld sie, ihre Eltern und die Lehrerschaft erst einmal mit ausreichenden Informationen über die Möglichkeiten zu versorgen.

Kumrus Kollege Cem Organ erläutert die Situation in Duisburg: »Bereits vor einigen Jahren gab es Diskussionen in der Duisburger Öffentlichkeit darüber, dass die Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten im städtischen Ressort zu gering sei, auch wenn es in Duisburg schon immer mehr Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in den Verwaltungen gegeben hat als in anderen deutschen Städten.« Jedes Jahr bildet die Stadt gut 100 Azubis aus, darunter waren bisher nur zehn Prozent nicht-deutscher Herkunft. Tatsächlich haben aber etwa 30 Prozent der Menschen unter 25 Jahren in Duisburg Migrationshintergrund. »Wir möchten, dass sich die Bevölkerungsstruktur Duisburgs in der Verwaltungsstruktur widerspiegelt«, formuliert Sinan Kumru das Ziel. Damit verbunden ist natürlich

auch eine verbesserte Orientierung und Vertrauensgewinnung der Kunden. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung soll es dem Dienstleister Stadtverwaltung möglich machen, besser auf die Bedürfnisse seiner Klientel eingehen zu können. »Wie ist dies besser zu erreichen als durch Menschen an der Schaltstelle, die die entsprechende Sprache und Umgangsform kennen?«

Anfang 2004 nahmen die RAA, die Universität Duisburg-Essen und das Institut für Aus- und Fortbildung das auf Nachhaltigkeit basierende Bestreben konkret und systematisch in die Hand: Im ersten Halbjahr wurde per Studie die Situation ermittelt, inwieweit Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft an sieben Projektschulen in Duisburg eigentlich über Ausbildungsmöglichkeiten bei der Stadt informiert seien. 1300 Jugendliche, 950 Erziehungsberechtigte und über 100 Lehrer wurden befragt, beispielsweise nach ihren Kenntnissen und Erwartungen bezüglich der Ausbildungsmöglichkeiten, ihrer Einstellung zur Arbeit und zur Verwaltung.

Die Studie führte zu einem Ergebnis, das nach aktivem Handeln verlangte, wie Sinan Kumru berichtet: »Wir stellten fest, dass viel zu wenig Schüler und Eltern Informationen über Ausbildungsmöglichkeiten und städtische Einrichtungen im Allgemeinen hatten. Die bloße Frage, was eine städtische Einrichtung ist, bereitete Einigen Schwierigkeiten. Ganz besonders hoch im Vergleich zu den deutschen Familien war die Quote bei Familien mit Migrationshintergrund.«

Dies veranlasste die Mitarbeiter des Projekts, dorthin zu gehen, wo die potenziellen Auszubildenden sind: an die Schulen. Vor einzelnen Klassen wurden den Schülerinnen und Schülern diverse Möglichkeiten veranschaulicht, wie eine der vielfältigen Ausbildungen bei der Stadtverwaltung aussehen kann. →

# Ich bin ein Teil dieser Stadt ...

Die Maßnahmen, die in Zusammenarbeit mit den Projektschulen ergriffen wurden, waren vielfältig: Infowände wurden aufgestellt, Broschüren gezielt und persönlich verteilt, darunter ein sehr ansprechender Flyer, auf dem einzelne Azubis mit Migrationshintergrund zu Wort kamen und viele Jugendliche und deren Eltern überzeugten. Trainingstests wurden Interessenten angeboten, um die Anforderungen der Verwaltung kennen zu lernen. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde insbesondere auf ausländische Medien ausgeweitet.

Sinan Kumru hatte für seine Arbeit meist die bestmögliche Unterstützung dabei: »Wir sind sehr froh, dass wir viele freiwillige Helfer haben, die selbst in der Duisburger Stadtverwaltung arbeiten und Migrationshintergrund haben. Sie können als Vorbilder vor der Schülerschaft stehen und erzählen.«

»So ist natürlich auch eine ganz andere Art von Vertrauen entstanden: Die Jugendlichen trauten sich nach einer gewissen Zeit, viele Fragen zu stellen gerade solche, die sie in der Öffentlichkeit nicht gestellt hätten«, erzählt Saniye Sulusaray, die selbst bei der Stadtverwaltung Duisburg arbeitet.

1996 fing die junge Frau dort ihre Ausbildung an. Saniye Sulusaray nimmt solche Aufgaben mit dem Gedanken der gesellschaftlichen Verantwortung wahr: »Ich kann mit meiner Vorbildfunktion schon einiges bewirken, also betrifft mich das auch persönlich. Und so habe ich mich freiwillig gemeldet, um potenziellen Azubis auch in lockerer Atmosphäre für Fragen zur Verfügung zu stehen. Viele haben Angst, als „Ausländer“ nicht ernst genommen zu werden, aber dieses Bewusstsein muss sich ändern. Ich bin froh, wenn Jugendliche eine neue Perspektive bekommen.«

Dies kann am besten gelingen, wenn auch Eltern als Erzieher einbezogen werden. Sinan Kumru hält daher die Aufklärung der Eltern für besonders wichtig und spricht sie persönlich in Moscheen, Organisationen und Vereinen an: »Neben den Lehrern an den Schulen sind sie für die Jugendlichen Ratgeber und Unterstützer. Je detaillierter sie informiert sind, umso besser. Daher möchten wir auch Eltern motivieren.« Er vermutet, dass sich der eine oder andere Erziehungsberechtigte auch darüber freuen würde, sein Kind bei der Stadt arbeiten zu sehen: »Die Elterngeneration hat zu ihrer Zeit leider

nicht viel Anerkennung von der Mehrheitsgesellschaft erfahren. Für Eltern wäre es sicherlich ein schöner Gedanke, wenn sich dies bei den Kindern ändert.« Das Wichtige sei das Verständnis, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund mit ihren Kompetenzen in der Stadtverwaltung benötigt werden, und dass man ein Interesse daran habe, sie zu motivieren und für die Ausbildung zu gewinnen.

Auf kommunalpolitischer Ebene hat das Projekt Zuspruch erfahren. Sinan Kumru ist zufrieden: »Die Politik war von Anfang an mit ideeller Unterstützung dabei. In Ausschüssen konnten wir mit dem Konzept vorstellig werden, und die Resonanz war stets positiv.« Manfred Slykers, sozialdemokratischer Stadtrat in Duisburg, weiß auch, weshalb dies so ist: »In Bezug auf den Integrationsprozess wäre eine höhere Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung von Duisburg auch ein starkes positives Signal an die Mehrheitsgesellschaft. Migrantinnen und Migranten könnten auch in diesem Bereich des öffentlichen Lebens dokumentieren, dass in der Stadt Duisburg Integration gelebt und praktiziert wird.«



Dadurch, dass die Arbeit wissenschaftlich begleitet wird, lässt sich gut eine Bilanz ziehen: Etwa 800 Jugendliche (vorwiegend mit Migrationshintergrund) wurden bisher über städtische Ausbildungsmöglichkeiten gut informiert. Jugendliche erkundigen sich mittlerweile vermehrt und engagiert nach den Bewerbungsanforderungen und kennen nun auch konkrete Ansprechpartner bei der RAA, an die sie sich wenden können, berichtet Sinan Kumru: »Wir bieten Einzelbetreuung mit Bewerbungstraining an. Es ist eine Vorbereitung auf viele Situationen, in denen sich die Jugendlichen noch oft genug wiederfinden werden.« Die Quote der städtischen Azubis mit Migrationshintergrund hat sich in der kurzen Zeit von 10 auf 12,3 Prozent erhöht. Man darf eine steigende Tendenz vermuten, und das Modellprojekt wird mit Sicherheit fortgeführt werden. Darüber freut sich auch Eun-Mi, Stadtsekretärinwärtin, deren erstes Ausbildungsjahr vorbei ist: »Ich empfehle allen Interessenten, sich bei der Stadt zu bewerben, denn die abwechslungsreiche Ausbildung wird ihnen genauso gefallen wie mir!«

Im Endeffekt ist es für Sinan Kumru und

die anderen Mitarbeiter nicht nur das Bestreben nach einer Besetzung in der Stadtverwaltung, die die Bevölkerung Duisburgs widerspiegelt und die interkulturell kompetenter und kundenfreundlicher wird. Es ist auch nicht bloß das Schaffen neuer Ausbildungsperspektiven für Jugendliche. Es ist auch eine Sache der Identifikation: »Wir freuen uns, wenn wir erreichen können, dass die Jugendlichen sich mit ihrer Stadt identifizieren können, nach dem Motto: ‚Duisburg ist ein Teil von mir – und ich bin ein Teil dieser Stadt.‘«

### **Ansprechpartner**

#### **Sinan Kumru**

Fachbereich Übergang Schule / Beruf  
RAA Duisburg  
Telefon 0203 - 800 9555  
s.kumru@stadt-duisburg.de  
www.duisburg.de/raa

## DAS ZITAT

»Der Integrationsgrad von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst ist noch immer gering und dabei von der Politik unmittelbar selbst zu verantworten. In den Kommunen sind die Menschen direkt mit den Problemen der Integration konfrontiert. Vor Ort zeigen sich aber auch die Chancen und Erfolge, die vor allem dann sichtbar werden, wenn Integration zu den vorrangigen kommunalen Aufgaben zählt.«



Ramis Konya (SPD),  
Stadtrat in Osnabrück

»In Bezug auf den Integrationsprozess wäre eine höhere Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung von Duisburg auch ein starkes positives Signal an die Mehrheitsgesellschaft. Migrantinnen und Migranten könnten auch in diesem Bereich des öffentlichen Lebens dokumentieren, dass in der Stadt Duisburg Integration gelebt und praktiziert wird.«



Manfred Slykers (SPD),  
Stadtrat in Duisburg

Stichwort

# RAA



## REGIONALE ARBEITSSTELLEN ZUR FÖRDERUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN AUS ZUWANDERERFAMILIEN

Die 27 RAA in NRW verstehen interkulturelles Miteinander als Chance für die Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen – für die hier geborenen, die hier aufgewachsenen und zugewanderten. Mit diesem Arbeitsansatz entwickeln die RAA Programme, Projekte, Produkte und setzen diese vor Ort in Kooperation mit Partnern um. Die RAA werden gefördert vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration sowie vom Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW und den jeweiligen Kommunen bzw. Kreisen.

Über die NRW-Landesgrenzen hinaus gibt es die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der RAA, die Modelle und Projekte mit bundesweiter Ausstrahlung entwickelt und eines bundesweiten Erfahrungstransfer fördert.

**Mehr Informationen unter**

[www.raa.de](http://www.raa.de)



EinBlick

VBÖ-Projekt, Duisburg

## »Ich kann einen großen Beitrag leisten«

Serap Akagündüz ist 22 Jahre alt und hat am VBÖ-Projekt der Stadt Duisburg teilgenommen. Derzeit ist die engagierte und hilfsbereite Auszubildende bei der Stadtverwaltung Duisburg beschäftigt.

*Frau Akagündüz, welche Ausbildung absolvieren Sie bei der Stadtverwaltung?*

Ich bin seit September 2005 in der Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation. Ich durchlaufe mehrere Abteilungen während meiner Ausbildung und arbeite momentan in der RAA.

*Woher hatten Sie die Motivation, sich bei der Stadtverwaltung zu bewerben?*

Ich wollte schon immer im kaufmännischen Bereich tätig sein. Dass die Stadt Duisburg dies anbietet, freut mich sehr. In so einer großen Verwaltung mit verschiedenen

Aufgabenfeldern und Herausforderungen zu arbeiten, hat mich gereizt und mein Interesse geweckt.

*Haben Sie bei der Bewerbung Unterstützung erhalten?*

Ja, zum einen von der Maßnahme, die ich vor der Ausbildung besucht habe, zum anderen von meinen Klassenlehrern. Uns wurde beigebracht, wie man eine normgerechte Bewerbung schreibt und Diskussionen führt. Die gute zwischenmenschliche Atmosphäre war dabei motivierend.

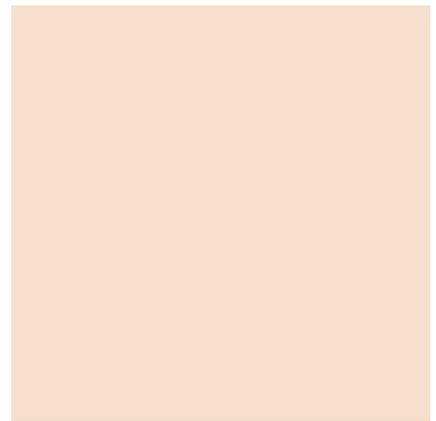
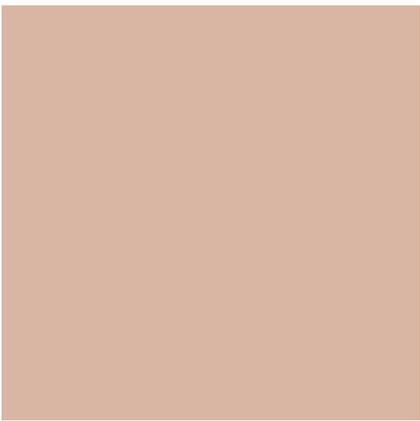
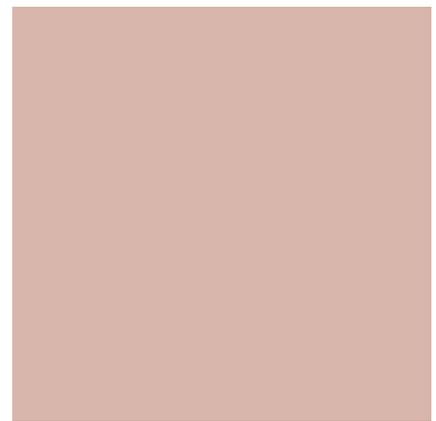
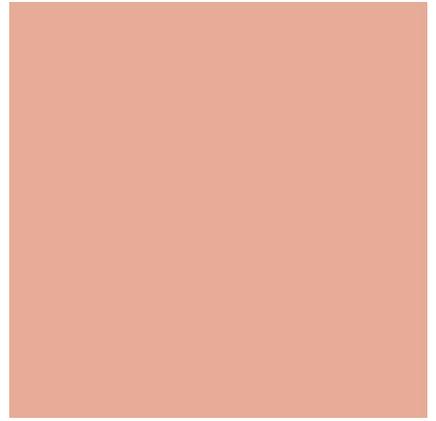
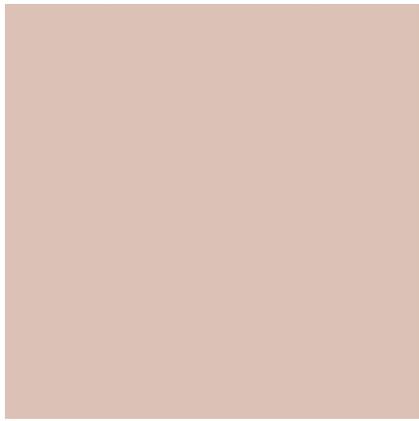
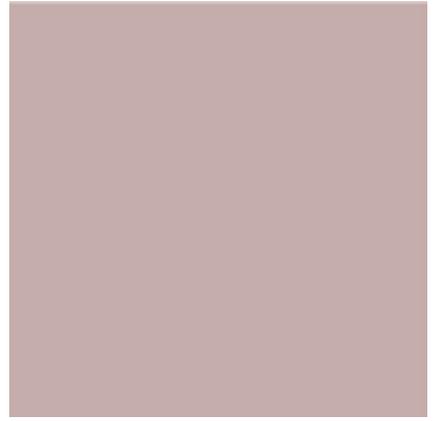
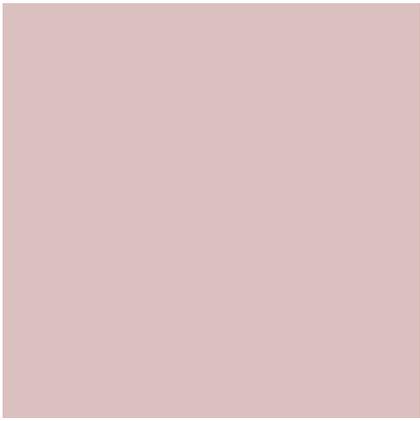
*Warum machen Sie gerade bei einer Stadtverwaltung eine Ausbildung?*

Es ist ein sehr interessantes Aufgabengebiet, und vor allem ist die Stadtverwaltung zukunftsorientiert. Dies und der Gedanke, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben, waren Gründe für mich, mich dort zu bewerben. Außerdem freut es mich, dass es vollkommen problemlos ist, auch mit

einem Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung zu arbeiten. Meiner Meinung nach ist es sinnvoll, Jugendliche mit Migrationshintergrund für diese Arbeit zu gewinnen.

*Wie sehen Sie Ihre Position als Mitarbeiterin mit Migrationshintergrund in einer Stadtverwaltung?*

Duisburg hat viele Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Ich glaube, dass diese Menschen froh sind, mit anderen Menschen zu arbeiten, welche die gleichen kulturellen Hintergründe haben wie sie selbst. Es ist wichtig, dass man spezifische Bedürfnisse der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen berücksichtigt. Dadurch, dass ich die deutsche Sprache und auch meine Herkunftssprache beherrsche, kann ich einen großen Beitrag dazu leisten.



## Einleitung

# Warum man Jugendlichen mit Migrationshintergrund den Rücken stärken muss

Heutzutage hat der junge Mensch es wahrlich nicht leicht: Was Engagement betrifft, eilt ihm ein nicht immer schmeichelhafter Ruf voraus. Zu Recht? Als sei dies nicht genug, lastet auf den Schultern der heutigen Kinder- und Jugendgeneration eine besonders schwere gesellschaftliche Aufgabe. Hierbei gewinnen junge Menschen mit Migrationshintergrund immer mehr an Bedeutung. Der Geburtenrückgang und die zunehmende Alterung der deutschen Gesellschaft lassen trotz des noch nicht genügend ausgeprägten Bewusstseins in der Bevölkerung erahnen, dass ohne Jugendliche anderer ethnischer Herkunft in Deutschland das System in wirtschaftlicher wie auch in sozialer Hinsicht nicht mehr aufrecht zu erhalten sein wird.

Nicht nur eine gute (Aus-) Bildung und bessere berufliche Aussichten, sondern auch andere miteinander verflochtene Faktoren spielen hier eine gewichtige Rolle: Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund müssen in ihrem Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl gestärkt und unterstützt werden. Sie sollen sich darin bestätigt fühlen können, dass sie ein tragender Teil der Gesellschaft sind, dass sie Rechte und Pflichten haben, Verantwortung besitzen. Sie benötigen die richtige Motivation, das Geschehen um sich herum mitzugestalten.

Nicht nur die mittlerweile in Studien als unzureichend nachgewiesenen Bildungsperspektiven, sondern auch sozialräumliche Konfliktpunkte und das Gefühl der sozialen Desintegration haben in mehrfacher Hinsicht zu großen Schwierigkeiten geführt. Vielerorts funktioniert die Kommunikation zwischen Kindern und Jugendlichen deutscher und nicht-

deutscher Herkunft nicht oder findet erst gar nicht statt. Durch Frustration und (vermeintliche wie auch konkret erfahrbare) mangelnde Anerkennung durch die Mehrheitsgesellschaft kultivieren manche Subkulturen ein isolierendes ‚Wir-Gefühl‘ und Ideale, die kontraproduktiv zum Bestreben der Integration wirken.

Die Wahrnehmung, ausgeschlossen und nicht gewollt zu sein, bis hin zur Anwendung von gewaltsamer Machtdemonstration als Frustventil sind die Folge.

Mehrere Kommunen nehmen sich diesem Spannungsfeld gezielt an und holen Kinder und Jugendliche dort ab, wo sie stehen. Sie regen sie zu Selbstwertgefühl und Identität stiftenden Aktivitäten an und versuchen, nach dem Prinzip der Integration beide Seiten einander näher zu bringen – in Form eines Dialogs bis hin zu konstruktiver Zusammenarbeit. Andere Projekte aktivieren soziale Kompetenzen und Verantwortungsgefühl. Dies fängt mit dem Erlernen von Fairness und Respekt an und geht weiter mit ehrenamtlichem Engagement, politischer und gesellschaftlicher Teilhabe am Geschehen im eigenen Viertel oder in der Stadt. Dies sind kleine Schritte, die aufeinander aufbauen, und genau so versetzen sie mit ihrer Wirkung manchen Beobachter ins Staunen. Im Folgenden spricht das Engagement einiger Akteure beispielhaft für sich selbst – vom sportlichen Miteinander über interkulturelle Aufklärungsarbeit und Selbstreflexion bis hin zu gemeinsamer politischer Partizipation. Bewusst wurden hier auch unkonventionell erscheinende Projekte ausgesucht.

Lokal engagierte Jugendliche gibt es nicht nur in den folgenden Beispiel-

städten, sondern überall. Sie müssen die Chance und das motivierende Gefühl bekommen, von ihrer Umgebung ernst genommen und unterstützt zu werden. Die Politik vor Ort kann hier eine richtungweisende Rolle übernehmen.



Solingen

## »High Quality Politics since 1995«

### Jugendliche verändern ihre Stadt

»Früher war ich nicht so selbstbewusst wie heute, seitdem ich im Jugendstadtrat bin. Ich habe richtige Aufgaben und Verantwortung und bin auch für meine berufliche Zukunft viel zielstrebig geworden. Ich weiß genau, was ich will, und mein Amt hilft mir dabei total.«

Jaqueline Tranchina, Jugendstadträtin

**E**ntschildigen Sie, wenn ich Ihnen jetzt auf den Schlips trete ...«, sagt Sarah Yeterforsch lächelnd zu dem Herrn, der in einer städtischen Sitzung auf ihr Anliegen hin einen komplizierten Sachverhalt darstellt. Wenn es um die Interessen der Solinger Jugend geht, gibt sich die Halbtürkin nicht mit einfachen Antworten zufrieden, sondern hakt lieber noch einmal mit Bestimmtheit nach, um das Bestmögliche für ihre Klientel, herauszuholen.

Sarah ist eines der 21 engagierten Mitglieder des Jugendstadtrats Solingen. Gemeinsam setzen sie sich beherzt für die Belange der ortsansässigen Jugend ein. In ihren Reihen sitzen 14-18jährige RepräsentantInnen aller Schulformen in der Stadt, zu gut 50 Prozent Jugendliche mit Migrationshintergrund. Der ehrenamtlich tätige Jugendstadtrat (JSR) wurde 1997 ins Leben gerufen mit dem Ziel, das Interesse von Jugendlichen an politischer Teilhabe zu steigern und so den trocken erscheinenden Begriff der Demokratie lebendig und persönlich erfahrbar zu machen. Ein weiterer Grund war jedoch auch der 1993 ganz Deutschland erschütternde Brandanschlag auf eine in Solingen lebende türkische Familie. Nicht zuletzt deswegen ist in der Satzung des JSR der Grundsatz fest verankert, »das bessere Verständnis zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten, ethnischer Herkunft, Kulturen und Konfessionen zu fördern«.

Die Mitglieder türkischen, afghanischen, deutschen, griechischen, italienischen, palästinensischen und polnischen Ursprungs sehen dies als unabdingbares Element des friedlichen Zusammenlebens. »Nicht-Deutsche sind ein großer Bestandteil unseres Lebens in Deutschland, unser Alltag in der Schule. Wie kann das mit der Integration funktionieren, wenn nicht alle gleichermaßen berücksichtigt werden?«, sagt die Vorsitzende Jaqueline Tranchina überzeugt und fügt schmunzelnd hinzu: »Die

Mischung macht's ... eigentlich ist es ein Geschenk des Himmels.«

Der JSR funktioniert in seiner Struktur ähnlich wie ein Stadtrat: Alle Mitglieder werden in (beachtlich engagiert und professionell) gestalteten Wahlen für je zwei Jahre gewählt, es gibt straff organisierte Sitzungen und Zuständigkeiten. Wer nicht zuverlässig ist oder sich nicht an die Regeln hält, muss seinen Sitz für einen Nachfolger freigeben.

Für seine Ernsthaftigkeit und Professionalität ist der JSR beim Solinger Stadtrat hoch angesehen. Der Oberbürgermeister höchstpersönlich trifft sich regelmäßig und gern auch etwas weniger formell mit den jungen Engagierten. »Wir nehmen unsere Arbeit sehr ernst, und die Kommunalpolitiker sehen bei uns, dass sich was bewegt. Wir sind so gut, weil wir in der Stadt von allen Seiten unterstützt werden: Politik, Presse, Betreuer, die Bürger. Man ist stolz auf uns«, sagt Vorstandsmitglied Anna Bork. Man lässt sich in der Öffentlichkeit nicht nur sehr gerne mit den Jugendlichen sehen, sondern man gesteht ihnen auch aktive Funktionen zu: In mehreren Gremien haben sie feste Sitze und Rederecht, unter anderem im Jugendhilfeausschuss und im Zuwanderer- und Integrationsrat. Jürgen Bürger, Abteilungsleiter der Jugendförderung, lobt den JSR: »Dem Jugendstadtrat ist es gelungen, dass er sich eine hohe Akzeptanz erarbeitet hat, seine Mitwirkung am städtischen Geschehen ist wie ein Gütesiegel.« Besonders die hohe Beteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist ihm wichtig: »Sie bringen bewusst eine größere Identifikation mit Themen wie Migration und Integration ein.« Jens Stuhldreier, Geschäftsführer und pädagogischer Betreuer des JSR, fügt hinzu: »Jugendliche mit Migrationshintergrund haben eine viel stärkere Multiplikatorenfunktion wegen ihrer dichten Netzwerke, und so tragen sie Informationen über die städtische Arbeit →

# High Quality Politics ...

auch in Stadtbezirke hinaus, die wir sonst nicht erreichen würden, und das ist natürlich wichtig.«

Dieses Bewusstsein bringen die Jugendstadträte auch in ihr Aufgabenrepertoire ein. Die preisgekrönte Projektgruppe ‚Agenda – Hilfe für Flüchtlinge‘, bestehend aus sechs Rätinnen und Räten, widmet sich Flüchtlingen, die in Solinger Übergangsheimen leben. Mit Benefizveranstaltungen sammeln die Jugendlichen Spenden, helfen den Flüchtlingskindern mit den Hausaufgaben, verbringen ihre Freizeit mit ihnen und leisten Aufklärungsarbeit: Sie arbeiten daran, Barrieren zwischen den Flüchtlingen und den Solinger Bürgern abzubauen, den Kontakt zu fördern, Gemeinsamkeiten aufzuzeigen und voneinander zu lernen. Projekt-gruppenleiterin Anna Bork möchte auch andere Jugendliche in Solingen motivieren: »Ich freue mich, mit anderen Menschen zusammenarbeiten zu können. Es ist ein gutes Gefühl, Sachen auf die Beine zu stellen und zuzusehen, wie sie sich entwickeln.«

Auch zwischen deutschen und nicht-deutschen Jugendlichen zu vermitteln, ist dem JSR ein zentrales Anliegen. Gemeinsame Musikevents in einer selbst renovierten und hergerichteten Halle sehen über alle Kulturunterschiede hinweg. Im Gegenteil – sie verbinden: Türkisch-stämmige DJs wie Big M und auch Rapper Sinan, übrigens ein ehemaliger Jugendstadtrat, zeigen, dass mehr verbindet als trennt, und dass auch Unterschiede durchaus eine Bereicherung sein können. Jugendstadtrat Sezer Keskin, 17, formuliert es aus seiner Sicht: »Die meisten sagen, nicht-deutsche Jugendliche, vor allem türkische Jugendliche, hätten nur Aggressionen und Ärger im Kopf. Wir möchten zeigen, dass das nicht so ist, und den Dialog und das gemeinsame Feiern fördern. Im Jugendstadtrat ist es schließlich auch egal, wo wir alle herkommen, wir sind alle

gleich. Wir arbeiten gemeinsam an unseren Projekten, und wenn es mal Ärger gibt, dann setzen wir uns zusammen und reden darüber.«

Ioanna Zacharaki, migrationspolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion, unterstützt das Engagement der Jugendlichen: »Der JSR hat einen Stellenwert in der Solinger Politik und setzt uns auch unter Druck, und das möchten wir. Das Wichtigste ist, dass wir die Jugendlichen und ihr Engagement wirklich ernstnehmen und wertschätzen. Sie brauchen unsere Rückendeckung. Deswegen lädt unsere Fraktion sie auf bestimmte Klausursitzungen ein, um sie herauszufordern, auch mit ihnen zu streiten und gemeinsame Wege zu finden.«

Von besonderer Bedeutung ist für Ioanna Zacharaki die Motivation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund: »Der JSR spiegelt die Zusammenstellung der Gesellschaft wider. Die rechtzeitige Einbindung ins kommunale Geschehen und die Erkenntnis, dass man im Zusammenschluss die Fähigkeit hat, etwas zu bewegen, muss unterstützt werden. Das und die Ressourcen, die diese Jugendlichen mitbringen, müssen wir in den Vordergrund stellen.«

Die gebürtige Griechin stellt außerdem die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit Ängsten und Vorurteilen in der Bevölkerung heraus: »Es ist ein emotionales und daher sensibles Thema, das aber angegangen werden muss. Diese Jugendlichen arbeiten wesentlich daran mit, Vorurteile abzubauen und den gesellschaftlichen Prozess, in dem wir uns befinden, positiv zu belegen.«

## **Ansprechpartner**

### **Jürgen Bürger**

Abteilungsleiter Jugendförderung  
Stadt Solingen  
Telefon 0212 - 290 2759  
Fax 0212 - 290 2764  
j.buerger@solingen.de

### **Jens Stuhldreier**

Geschäftsführung, pädagogische  
Betreuung  
des Jugendstadtrats Solingen  
Telefon 0212 - 290 2760/2765  
Fax 0212 - 290 2764  
j.stuhldreier@solingen.de

### **Ioanna Zacharaki**

SPD-Ratsmitglied der Stadt Solingen,  
migrationspolitische Sprecherin  
Telefon 0212 - 222 510  
Fax 0212 - 222 5135  
spd.ratsfraktion.sg@telebel.de

## **Mehr Informationen unter**

[www.jugendstadtrat.de](http://www.jugendstadtrat.de)

Stichwort

# Jugendgremien



## DAS ZITAT

»Der JSR hat einen Stellenwert in der Solinger Politik und setzt uns auch unter Druck, und das möchten wir. Das Wichtigste ist, dass wir die Jugendlichen und ihr Engagement wirklich ernstnehmen und wertschätzen. Sie brauchen unsere Rückendeckung. Deswegen lädt unsere Fraktion sie auf bestimmte Klausursitzungen ein, um sie herauszufordern, auch mit ihnen zu streiten und gemeinsame Wege zu finden.«



Ioanna Zacharaki (SPD), Stadträtin in Solingen

## Kinder- und Jugendgremien

Viele Jugendliche engagieren sich in deutschen Städten politisch und arbeiten organisiert in einem eigenen Gremium. Dieses kann viele Namen tragen: Jugendparlament, Jugendstadtrat, Jugendbeirat, Jugendforum. Dies mag ein wenig verwirrend klingen. Das ist es auch, denn hinter fast jeder Bezeichnung steckt auch eine andere Form politischer Teilhabe Jugendlicher am städtischen Geschehen. Beispielsweise ist ein Jugendforum gewöhnlich ein offenes Angebot für interessierte Kinder und Jugendliche aus einem Stadtteil, während ein Jugendparlament institutionalisiert und repräsentativ ist. Haben Sie ein solches Gremium in Ihrer Stadt?

## Mehr Informationen

[www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Kinder-und-Jugend/partizipation.html](http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Kinder-und-Jugend/partizipation.html)  
(Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

[www.projekt-p.de](http://www.projekt-p.de)  
(Projekt der Bundeszentrale für politische Bildung)

[www.mgffi.nrw.de/kinder-und-jugend/jugendarbeit/partizipation-ermoeglichen.html](http://www.mgffi.nrw.de/kinder-und-jugend/jugendarbeit/partizipation-ermoeglichen.html)  
(Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW)

## Ansprechpartnerin

Bettina Zierold, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW  
Telefon 0211 - 5867-3582  
[bettina.zierold@msw.nrw.de](mailto:bettina.zierold@msw.nrw.de)

# Positionen

Positionen

Positionen

Positionen

## **POSITIONEN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION ZUR INTEGRATIONSPOLITIK**

Integration heißt Chancengleichheit und Teilhabe. Integration ist eine Aufgabe der Bürgergesellschaft.

Frühkindliche Sprachförderung für alle erfordert die Ausweitung der Schulpflicht auf eine Vorschulpflicht.

Integrations- und Sprachkurse für Neuzuwanderer müssen bedarfsgerecht differenziert werden.

Insbesondere Migrantinnen müssen gefördert, unterstützt und geschützt werden.

Kommunale Integrationsnetzwerke müssen als Serviceeinrichtungen für Migrantinnen und Migranten nutzbar sein.

Jugendliche mit Migrationshintergrund bedürfen maßgeschneiderter Programme für den Arbeitsmarkt.

Kulturelle Vielfalt durch kulturelle Teilhabe trägt zur Integration bei.

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Schlüssel zur Integration.

Integration durch Sport weiter stärken.

Bleiberecht für langjährig geduldete Familien schaffen.

**Ausführliche Informationen sind abrufbar unter**

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)



## Der andere Blick

Jugendbeirat Neuwied

# Mehr als bloß eine Blume im Knopfloch

## Jugendliche wollen ernst genommen werden

**N**a klar setzen wir uns für unsere Stadt ein!», sagen Toni, 18 und Cemal, 17 selbstbewusst.

Sie sind Neuwieder Jugendbeiräte. Als Kleinkinder mit der Familie aus Syrien und der Türkei nach Neuwied eingewandert, leben sie heute ohne deutschen Pass und empfanden schon in jungen Jahren ein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl für sich und ihre Mitmenschen: Klassen-, Schulsprecher- und Schlichterkarrieren haben sie hinter sich gebracht und treten seit zwei Jahren für die Interessen der deutschen und nicht-deutschen Jugend Neuwieds ein.

Cemal: »Ich habe schon immer gesagt: Lieber engagiert als auf der Straße. Und ich fühle mich wie ein verantwortliches Vorbild für andere. Das verändert mich ins Positive, und ich verstehe die Politik viel besser.«

Im Jugendbeirat, der gut zur Hälfte aus Mitgliedern mit Migrationshintergrund zusammengesetzt ist, fühlen Toni und Cemal sich nicht negativ nach ihrer Herkunft beurteilt: Sie sind ein Teil des Ganzen, und das

finden sie auch »normal so«.

Dennoch denken sie, dass sie als ‚Nicht-ganz-Deutsche‘ für sich eine besondere Motivation haben, engagiert zu sein: »Wir sind eben Vorbilder für andere, wir müssen andere motivieren, mitzumachen.«

Während Toni erzählt, wie er auf dem Wirtschaftsgymnasium weniger erlebt, dass Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund untereinander Unterschiede sehen, geht Cemal mit seinen Erfahrungen auf der Hauptschule dazwischen: »Nein, für das Zusammenleben der Jugendlichen muss was gemacht werden. Viele auf meiner Schule leben parallel zu anderen. Ich muss oft mit Schülern reden und denen erklären, dass Ausländer nicht anders sind als Deutsche, nur weil so viel Schlimmes in den Medien kommt.«

Toni, Cemal und die anderen Jugendbeiräte lassen sich nicht entmutigen und arbeiten auch mit Veranstaltungen gegen Rassismus und Gewalt und für friedliche Verständigung untereinander. Auch wenn Toni und

Cemal ihr Amt lieben, sind sie nicht immer ganz zufrieden. Das merkt auch Jürgen Gügel, Kinder- und Jugendbeauftragter der Stadt Neuwied: »Zu wenige Erwachsene unterstützen den Jugendbeirat. Als Politiker muss man sein Augenmerk mehr auf die Jugendlichen richten.« Cemal stimmt dem mit nachdenklicher Miene zu: »Die erwachsenen Politiker sind immer nett und unterstützen uns, wenn es geht. Doch manchmal finden wir, man schmückt sich in der Öffentlichkeit gern mit dem Jugendbeirat, aber wir werden nicht immer so mit berücksichtigt, wie immer gesagt wird. Außerdem verstehen viele Jugendliche die Politikersprache nicht, die müssen ein bisschen runterkommen. Politik ist hier zu steif und uninteressant für Jugendliche. Wir wollen mehr ernst genommen werden, wir tun ja auch was dafür.«



Offenbach am Main

## »Beim Boxen sind alle gleich«

Schlagkräftige Argumente für Integration

»Irgendwann muss sich jeder eingliedern. Ich habe eine unheimliche Motivation verspürt, mein Leben zu verändern. Und das habe ich geschafft.«

Zijad Dolicanin, Hessenmeister im Superschwergewicht

(mit Boxtrainer Peter Fichter)



Die Halle ist voll von Jugendlichen, so weit das Auge reicht, bis in die letzte Ecke. Alle schwitzen sie, machen Auflockerungsübungen, Seilspringen, Sit-ups und haben einen verbissenen Blick. Jeder ist mit voller Konzentration bei der Sache. Wie auch Boxtrainer Peter Firner, der vor ihnen steht, die Übungen vormacht und sie bei den Kräfte zehrenden Übungen anfeuert. Als die Jugendlichen vom Boden aufstehen, schnappen sie nach Luft, einige lächeln zufrieden. »Wann geht's denn ans Boxen?«, ruft einer von hinten. Alle sind sie hochmotiviert und diszipliniert. Und sie haben ein großes Vorbild aus ihren eigenen Reihen.

Zijad schaut mit selbstbewusstem Blick in die Menge, seine Hände in Boxhandschuhen schützend vor den Kopf haltend. Der 21jährige körperlich imposante Hessenmeister im Superschwergewicht machte von Anfang an im Projekt mit und wurde nach der Entdeckung seines Talents im JUZ, dem Jugendzentrum im Nordend der Stadt Offenbach, auf seinen Titel hintrainiert.

»Früher habe ich diese ganzen männlichen Machtspiele auf der Straße mitgespielt, ich war so ein Rudelführer, habe fast jeden Tag geprügelt wegen nichts und total sinnlos. Bis ich 2003 im Boxprojekt anfang, fair zu boxen.« Auch Wolfgang Malik, engagierter Sozialarbeiter im JUZ, begleitete Zijad auf seinem Weg »Er ist unser absolutes Erfolgsvorbild für dieses Projekt. Und Vorbild für unsere Jugendlichen hier.«

Doch eine Sekunde muss man schon innehalten: Kampfsport? Das soll zu einem besseren und integrierten Leben in der Kommune beitragen?

Genau das. Seit Mai 2003 arbeitet Wolfgang Malik mit dem Pädagogikstudenten und Boxer Peter Firner als Trainer im Boxprojekt des JUZ. Gut 40 motivierte Jungs und mittlerweile auch

drei neugierige Mädchen zwischen 12 und 25 Jahren trainieren drei- bis viermal in der Woche mehrere Stunden nicht nur ihre kampfsporttechnischen Fähigkeiten. Für die Jugendlichen des Stadtteils ist das Boxen ein wichtiger Bestandteil, ein Fixpunkt ihres Alltags geworden. Früher hingen sie auf der Straße herum und ließen ihre Energien oft anderweitig aus. Friedlicher Kontakt zu anderen Gruppen oder gar deutschen Jugendlichen war kaum möglich.

Malik war von Anfang an von der Idee überzeugt, die ein Amateurboxer mit ihm entwickelte: »Boxen ist der Aufhänger, um Jugendliche für Jugendarbeit zu interessieren. Aber alles, was man zum Boxen braucht, ist soziale Kompetenz. Man muss vielen den Unterschied zwischen Angst und Respekt zeigen.« Und tatsächlich ist es eine tolle Erfahrung als jemand, der während des Trainings durch die Tür des JUZ kommt, von jedem respektvoll mit Handschlag und Lächeln begrüßt zu werden: »Am Anfang ist das eine Respektübung, später kommt es von Herzen.«

Regelmäßiges Erscheinen und frühzeitige Abmeldung beim Leiter schreibt die Regel vor. Bei Verstößen wird nicht zimperlich vorgegangen. Es herrschen strikte Grundsätze wie Verlässlichkeit, Disziplin, gegenseitige Wertschätzung, Fairness, Verbindlichkeit. Einmal die Woche darf man anfangs mittrainieren. Wer öfter mitmachen will, muss seine Ernsthaftigkeit beweisen. Jemand, der sich außerhalb des Boxtrainings schlägt, wird auf immer ausgeschlossen.

Dies hört sich sehr hart an, aber es funktioniert, weil die Jugendlichen sich beweisen und nach diesen Regeln leben möchten. Diese Grundsätze nehmen sie als soziale Kompetenzen aus dem JUZ mit nach Hause und in die Schule. Wolfgang Malik unterstreicht diese Zielsetzung: →

# Beim Boxen sind alle gleich ...

»Der pädagogische Anspruch muss beim Boxtrainer unbedingt da sein, Boxen ist mehr als Kampf. Es ist auch vollkommen okay, mal zu verlieren. Das sind Lernprozesse fürs Leben, die wir hier vermitteln. Es stärkt die Kommunikationsfähigkeit und die Einbindung in die Gesellschaft entscheidend.«

Die Teilnehmer sind zu einem großen Prozentsatz Jugendliche mit Migrationshintergrund: »Offene Jugendarbeit ist Migrationsarbeit, das muss man so mal sagen«, ist Malik überzeugt. Aber unter ihnen muss mehr Einigkeit geschaffen werden, das Spannungsverhältnis beschränkt sich nicht nur auf Deutsche und Nicht-Deutsche. Zum ersten Mal kommen Jugendliche aus rivalisierenden Stadtteilen und Banden zusammen und begegnen sich friedlich und respektvoll.

Malik kennt die Strukturen in Offenbach wie seine eigene Westentasche und erklärt sein daraus resultierendes Bild von Integration: »Man sprach früher immer nur von Toleranz auf deutscher Seite. Doch das ist nicht das ganze Bild. Auch Deutsche wurden und werden ausgegrenzt. In der Verfassung verankerte Grundsätze wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die viele Jugendliche hier nicht verstehen wollen, diskutiere ich nicht mehr mit ihnen. So kann Integration nicht funktionieren. Jedes System hat seine Werte, und das hier geltende ist mit Recht Programm. Jeder hat sich danach zu orientieren. Auch das vermitteln wir in dem Projekt, aber wir vermitteln auch die Instrumente dazu.«

Der pädagogische Ansatz ist also der Erfolgspunkt des Projektvorhabens: Malik tritt seinen Schützlingen als gleichwertig und wertschätzend gegenüber und gewinnt so seit langen Jahren das Vertrauen der Jugendlichen. Er hat ein offenes Ohr bei schulischen und privaten Problemen und vermittelt Hilfe und weitere Beratung.

Auch Boxtrainer Peter Firner sieht in seiner Arbeit eine Philosophie: »Integration findet nicht von selbst statt. Beim Boxen, allgemein beim Sport, treffen sich verschiedenste Welten auf einer respektvollen Ebene. Auf Wunsch der Jugendlichen sind wir nun ein Verein, der auch an Wettkämpfen teilnehmen kann. Sie treffen nun mit Leuten zusammen, mit denen sie sonst nie geredet hätten. Und das Wir-Gefühl ist überwältigend. Die Jungs haben ein ganz anderes Selbstwertgefühl und arbeiten konzentriert an einer Sache. Darum geht es.«

Das hat auch die Stadt Offenbach gesehen. Schon zu Anfang des Projekts finanzierte sie mit Mitteln aus dem Präventionsrat das Vorhaben und die Zielsetzung von Wolfgang Malik und seinen Kollegen, das auch der Verbesserung der Voraussetzungen für eine funktionierende Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund Rechnung trägt. Mittlerweile gehört das Boxprojekt zu einem der erfolgreichsten Projekte in der Stadt mit der höchsten Migrantenrate Deutschlands. Da die BoxerInnen nun ein Verein sind, wird das Projekt zusätzlich mit Spenden- und Fördergeldern unterstützt.

Atacan, 17, hat heute seine Sportklamotten vergessen. Trotzdem ist er da und schaut aufmerksam beim Training zu. Er macht einen stolzen Eindruck, als er von seinen Sportkameraden erzählt. »Wir lernen hier Solidarität und Fairness. Man muss sich nicht wegen allem prügeln. Ich habe ein sichereres Auftreten und fühle mich wirklich besser. Ich habe etwas zu bieten.« Auf die Frage, wer hier alles mitmache, verweist er auf das Gesamtbild der gemeinsam trainierenden Jugendlichen: »Hier ist es total egal, ob du Moslem bist, Jude, Christ, Mädchen, Junge, dick, dünn, schlau, doof, weiß oder schwarz, deutsch oder Ausländer. Guck doch, wir arbeiten alle zusammen und passen auf uns auf.«

Peter Firner kann dies bestätigen: »Wir integrieren Jugendliche unabhängig von Nationalität, Religion, Talent oder Geschlecht und selektieren nicht. Es kommen daher viele zu uns und fühlen sich hier heimisch. Hier reichen sich alle die Hand. Wir fördern individuell, aber wir fordern auch.«

Zu Vorbild Zijad, dessen Eltern aus Ex-Jugoslawien stammen, schauen viele der Jugendlichen auf: Er ist durch das Projekt Hessenmeister im Superschwergewicht geworden und kommt aus ihren eigenen Reihen. Man kennt sich noch gut aus rauerer Zeiten auf der Straße. Und »einer wie er« hat es geschafft. Ein Ansporn für viele. »Obwohl ich in Deutschland geboren bin, habe ich oft das Gefühl gehabt, nicht gleichwertig betrachtet zu werden. Ich habe fünf Geschwister und dachte irgendwann, als ich im Projekt anfang, dass das Leben sich ändern muss.«

So drückte der große und selbstbewusste junge Mann konsequent die Schulbank bis zum Fachabitur (er kennt sonst niemanden aus seinem Freundeskreis mit vergleichbarem Abschluss) und will einmal Sozialpädagogik studieren, besonders weil er die Situation vieler Jugendlicher verändern und als authentisches Beispiel vor ihnen stehen will.

»Viele sehen mich und machen nun ihre Schule weiter. Respekt und Disziplin sind sehr wichtig.« Nun macht er Zivildienst im JUZ und eifert seinem Chef Wolfgang Malik nach. »Viele ausländische Jugendliche fühlen hier Ausgrenzung und werden demotiviert, sich in die Gesellschaft einzubringen. Durch die richtige Sozialarbeit wie dieses Projekt bekommen sie Schlüsselqualifikationen, und das spiegelt sich beruflich und sozial wider. So schafft man Zukunft und Perspektive. Irgendwann muss man sich einfach eingliedern, so geht das doch nicht weiter. Aber die Kommunen müssen auch Anreize bieten. Die Politik sieht immer



nur, was los ist, aber nicht, was der Hintergrund ist.«

Wolfgang Malik, kommunalpolitisch selbst stark engagiert, sieht dies ähnlich: »Die Mittel in der Kommune sind knapp, aber das Ehrenamt muss stärker gefördert werden. Wir haben drei Trainer, davon arbeiten zwei ehrenamtlich. Die Leute müssen kommen, Projekte wie unseres sehen, erfahren, dass es klappt. Das motiviert. Die Kommunalpolitik muss sinnlich erfahren, dass wir zur sozialen Entwicklung beitragen, zur Integration, zum sozialen Frieden, und dass wir mit solchen Maßnahmen Perspektiven schaffen. Solche Projekte sind Investitionen in die Zukunft. Das können wir

nachweisen, wenn man sich unsere Jugendlichen anschaut.«

Zijad stimmt dem zu und möchte darauf hinarbeiten. Eines möchte er aber noch hinzufügen: »Wenn wir uns jetzt mal kurz in ‚Deutsche‘ und ‚Nicht-Deutsche‘ einteilen«, schmunzelt er, »dann können wir uns einiges von den Deutschen abgucken: Aufstiegsdrang, Pünktlichkeit, Organisation. Aber die Verantwortung für und durch Familie, das Teilen ... da können die Deutschen sich eine Scheibe von den Nicht-Deutschen abschneiden.«

### **Ansprechpartner**

#### **Wolfgang Malik**

Sozialarbeiter und Leiter des JUZ Nordend

Jugendamt der Stadt Offenbach

Telefon 069 - 8236 3904

Fax 069 - 8236 3906

wolfgang.malik@jugendamt-of.de

### **Mehr Informationen im Internet**

[www.jugendamt-of.de/juz-nordend](http://www.jugendamt-of.de/juz-nordend)

# 1 Tausend!

An Tausenden von Tagen. Auf unseren Tausenden von Straßen.  
Höre ich Tausende von Fragen. Höre ich Tausende von Klagen.  
Höre ich Tausende von Geschichten die etwas Besonderes aussagen.  
Das Schöne daran ist, sie sind in Tausenden von Sprachen.  
In Tausenden von Lagen sehe ich Tausende von Menschen,  
mit verschiedenen Hautfarben. Jeder einzelne mit besonderen Gaben.  
Es sind Menschen aus Tausend von Nationen.  
Glaubende an Tausende von Religionen.  
Und darunter sind Tausende die schufteten für einen müden Hungerlohn.  
Tausende Opfer der Korruption, Tausende Opfer der Prostitution.  
(Ach was es sind mehrere Millionen!)

Es sind Tausende Opfer von Tausend Kriegen.  
Und Tausende die noch hoffen auf Frieden.  
Tausende die Wanders zuflucht suchen um ihrer Familie ein,  
Sicheres zu Hause zu bieten.  
Und es sind Tausende die sich fragen an wem mag das wohl liegen,  
Und den Tausenden antworte ich mit einem An Uns An Uns.

Ref:

Es sind mehr als nur Tausend wie ihr, Mehr als nur Tausend wie wir.  
Es sind Tausend und noch viel mehr...

Dennoch mehr als nur Tausende haben es schwer.

Es sind mehr als nur Tausend wie ihr, Mehr als nur Tausend wie wir

Es sind mehr als nur Tausend da draußen.

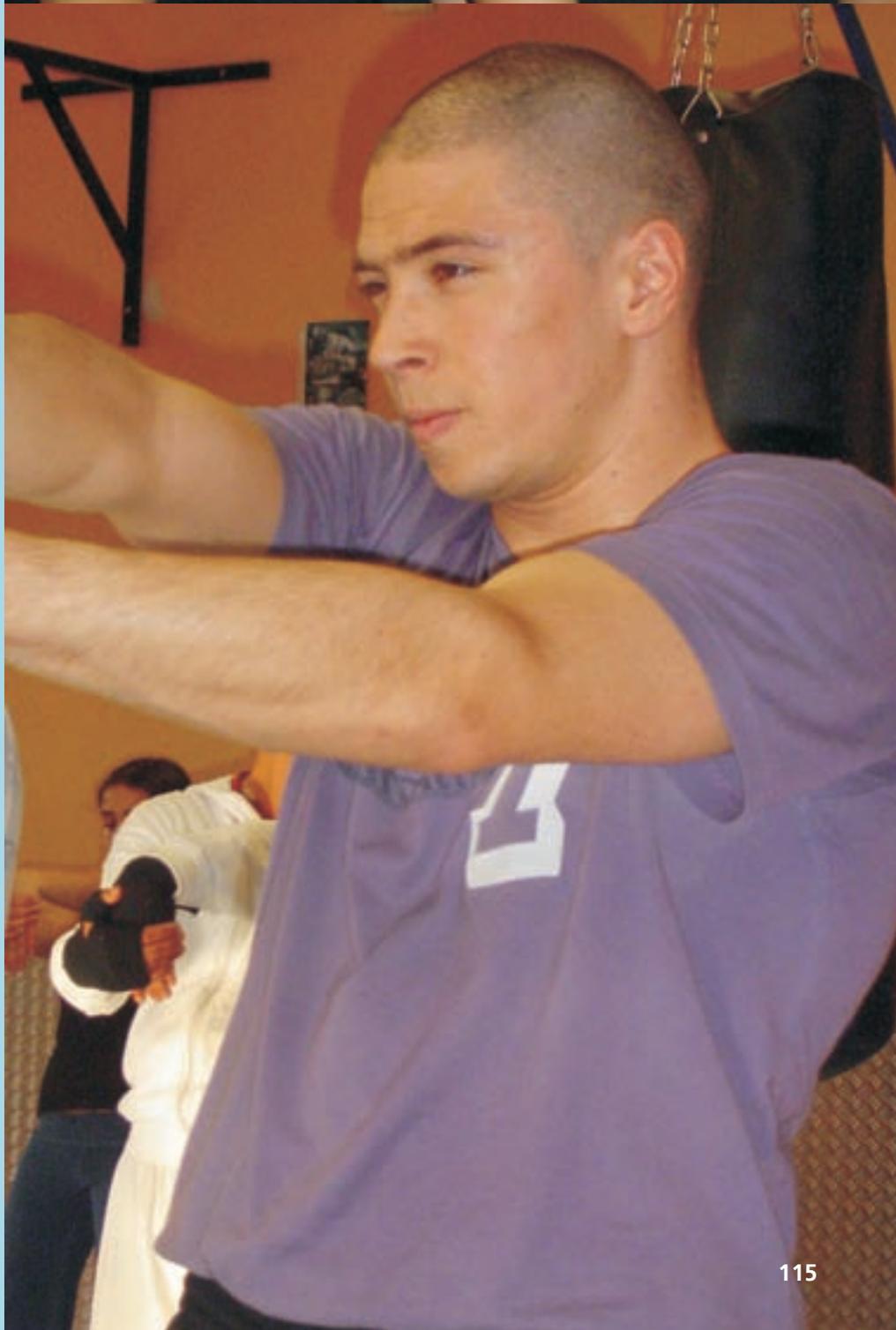
Bitte öffnet die Augen!

**DAS ZITAT**

»Die Leute müssen kommen, Projekte wie unseres sehen, erfahren, dass es klappt. Das motiviert. Die Kommunalpolitik muss sinnlich erfahren, dass wir zur sozialen Entwicklung beitragen, zur Integration, zum sozialen Frieden, und dass wir mit solchen Maßnahmen Perspektiven schaffen. Solche Projekte sind Investitionen in die Zukunft. Das können wir nachweisen, wenn man sich unsere Jugendlichen anschaut.«



Wolfgang Malik (Bündnis90/ Die Grünen), Vorstandsmitglied Offenbach am Main





Bremen

## Jugend bewegt (sich)

### Sport stärkt nicht nur Muskeln

»Ich fühle mich erfahrener und übernehme Verantwortung für kleine Kinder, und sie mögen mich, das ist toll! In der Schule glaubten das viele anfangs nicht: Juleica ist doch Blödsinn! Nun wollen die das auch machen.«

Assma, Jugendleiterin



Christine Eschemann hat sich mit ihrer Projektidee so einige Ziele gesetzt. Und diese werden langsam sichtbar. »Die meisten Jugendlichen, die hier in Tenever wohnen, kommen hier gar nicht raus, wissen gar nicht, wie es außerhalb ihres Stadtteils aussieht, geschweige denn in Niedersachsen. Dabei fängt das schon da hinten an«, sagt die Sportlehrerin und zeigt mit dem Finger in Richtung imaginäre Bundeslandgrenze, geschätzte 500 Meter Luftlinie vom Schulzentrum entfernt.

»Wir wollen besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund mit ihrer ganzen Umgebung bekannt machen, ihre Selbständigkeit fördern, ihren Horizont erweitern. Oft wird ihnen dies von ihrem Zuhause verwehrt, vor allem den Mädchen.« Besonders Schülerinnen aus der Türkei, aus Russland und Schwarzafrika seien gegenüber den Jungen benachteiligt. Lebensplanungsmöglichkeiten und künftige finanzielle Unabhängigkeit gehörten nicht zu geförderten Zielen. Für Christine Eschemann eine Zusatzaufgabe der Schule.

Tenever ist der ärmste und jüngste Stadtteil Bremens. Hier leben die meisten Kinder, rund 75 Prozent von ihnen haben Migrationshintergrund. Im Schulzentrum Koblenzer Straße, an dem Eschemann unterrichtet, lernen gut 90 Prozent Schülerinnen und Schüler mit nicht-deutscher Herkunft. Ob sich das negativ auf den Schulalltag auswirkt? Schulleiter Gerd Menkens: »Junge Menschen aus über 40 Nationen kommen hier mit unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen zusammen. Aber es geht recht gut. Ein wichtiges Ziel ist für uns, dass jeder Jugendliche hier mit sozialer Kompetenz die Schule verlässt.«

Anfang 2005 entwickelte Christine Eschemann die Idee, an ihrer Schule ein Projekt ins Leben zu rufen: die Ausbildung von Schülern zu Sport-

assistenten, um lokale Vereine zu unterstützen und sie in sozialer Kompetenz zu schulen. Am Ende sollte die Aushändigung der »Juleica« stehen, der JugendleiterInnen-Card. Gemeinsam mit der Leitung des Schulzentrums Koblenzer Straße, dem örtlichen Sportverein TSV Osterholz-Tenever, dem Landessportbund Bremen und der Stadtteilinitiative Projektgruppe Tenever packte sie es an.

Sportlich interessierte Schülerinnen aus der 9. und 10. Jahrgangsstufe ‚castete‘ die Lehrerin auf den Willen, Verantwortung für Jüngere zu zeigen, zuverlässig zu sein und gemeinsam motiviert an einer Sache zu arbeiten. Zehn Mädchen unterschiedlicher Herkunft machten das Rennen und ließen sich in einem recht aufwändigen Ausbildungsverfahren für ihre neue Aufgabe fit machen. »Ich habe Spaß an der Arbeit mit kleinen Kindern, ich mache viermal in der Woche einen Nebenjob an der Grundschule«, erzählt Natalia, 15, begeistert. Das Mädchen russischer Herkunft fühlt sich in ihrer Aufsichtsfunktion mittlerweile sicher und selbstbewusst: »Ich denke mir Sportspiele für die Kinder aus, spreche frei vor ihnen, und alle hören zu.«

Natalias 17jährige Schwester Natascha arbeitet sogar bei Werder Bremen als Jugendleiterin: »Es macht sehr viel Spaß. Ich bin sicher, später nützt mir die Arbeit mit Kindern bestimmt auch.« Ihre türkische Kollegin Yasemin, 15, engagiert sich beim Sportverein TSV Osterholz-Tenever und verdient sich mit diesem Nebenjob auch noch ein kleines Taschengeld. Auch dies ist für Christine Eschemann ein bedeutsamer Lerneffekt: »Für diese jungen Mädchen ist es wichtig, die Erfahrung zu machen, dass sie selbst Geld verdienen können und nicht immer auf andere angewiesen sind. Eigentlich sollte jeder dieser Jobs vergütet sein.« →

# Jugend bewegt (sich) ...

Alle Mädchen haben eine profunde Ausbildungsphase bestritten, die ihnen Disziplin, Zuverlässigkeit und Engagement abverlangt hat: Rechtliche Unterweisung, Erste-Hilfe-Kurs, ein einwöchiges Ausbildungsseminar in einem Sportheim, sechswöchiges Praktikum in einem Verein. Bei Bestehen winkt die JuLeiCa, die Jugendleitercard, die ab 16 Jahren die Lizenz zur Sportassistentin offiziell macht. Trotzdem war es den ehrgeizigen Mädchen nie zuviel, wie die 16jährige Assma, eine lebendige und selbstbewusste Schülerin libanesisch-palästinensischer Herkunft, lachend sagt: »Beim Ausbildungsseminar haben wir bis fast zehn Uhr abends gelernt, dann haben wir zusammen nur getanzt und gefeiert ... geschlafen haben wir nicht viel.«

Eigentlich war es keine Absicht, dass nur Mädchen für die Ausbildung ausgesucht wurden. Aber es hatte im Nachhinein eine wichtige Bedeutung: Die eine oder andere muslimische Schülerin hatte das Einverständnis der Eltern nur bekommen, weil sie in der Zeit nur unter Mädchen und ohne Jungen war. So konnten sie sich einen Freiraum schaffen, ohne dass die Eltern sich große Sorgen machten. Es wurden Infozettel verteilt und Fragen beantwortet. Wo es noch Misstrauen gab, stand Christine Eschemann selbst auf der Matte: »Da hilft nur das persönliche Gespräch und das Überzeugen der Eltern. Es gibt schließlich keine rechtliche Handhabe.«

Doch gerade hier birgt das Projekt ein weiteres Anliegen: »Für die Mädchen ist es ein kleines Türchen zu der Gesellschaft, in der sie eigentlich leben. Und das leben sie dann auch ihren Geschwistern vor. Sie bekommen Lob, Anerkennung und vor

allein eine berufliche Qualifizierung. Und das stärkt das Selbstbewusstsein sehr.«

Sport sei auch das ideale Kontakt- und Integrationsmedium, ist Eschemann überzeugt: »Mit dieser Tätigkeit kommen die Mädchen in zu 90 Prozent mit Deutschen besetzte Strukturen hinein, sie arbeiten im Sport mit fast nur deutschen Kindern. Das ist Integration durch den Arbeitsalltag. Die Vereine hier suchen händeringend nach Menschen mit Migrationshintergrund, die dann auch andere anziehen.«

Jugendleiterin Assma sieht hier gerade als Kopftuchträgerin eine Multiplikatorinnenfunktion: »Es kommen auch schon Mütter mit Kopftuch mit ihren Kindern zum Kleinkinderturnen, weil sie mich sehen und Vertrauen haben.«

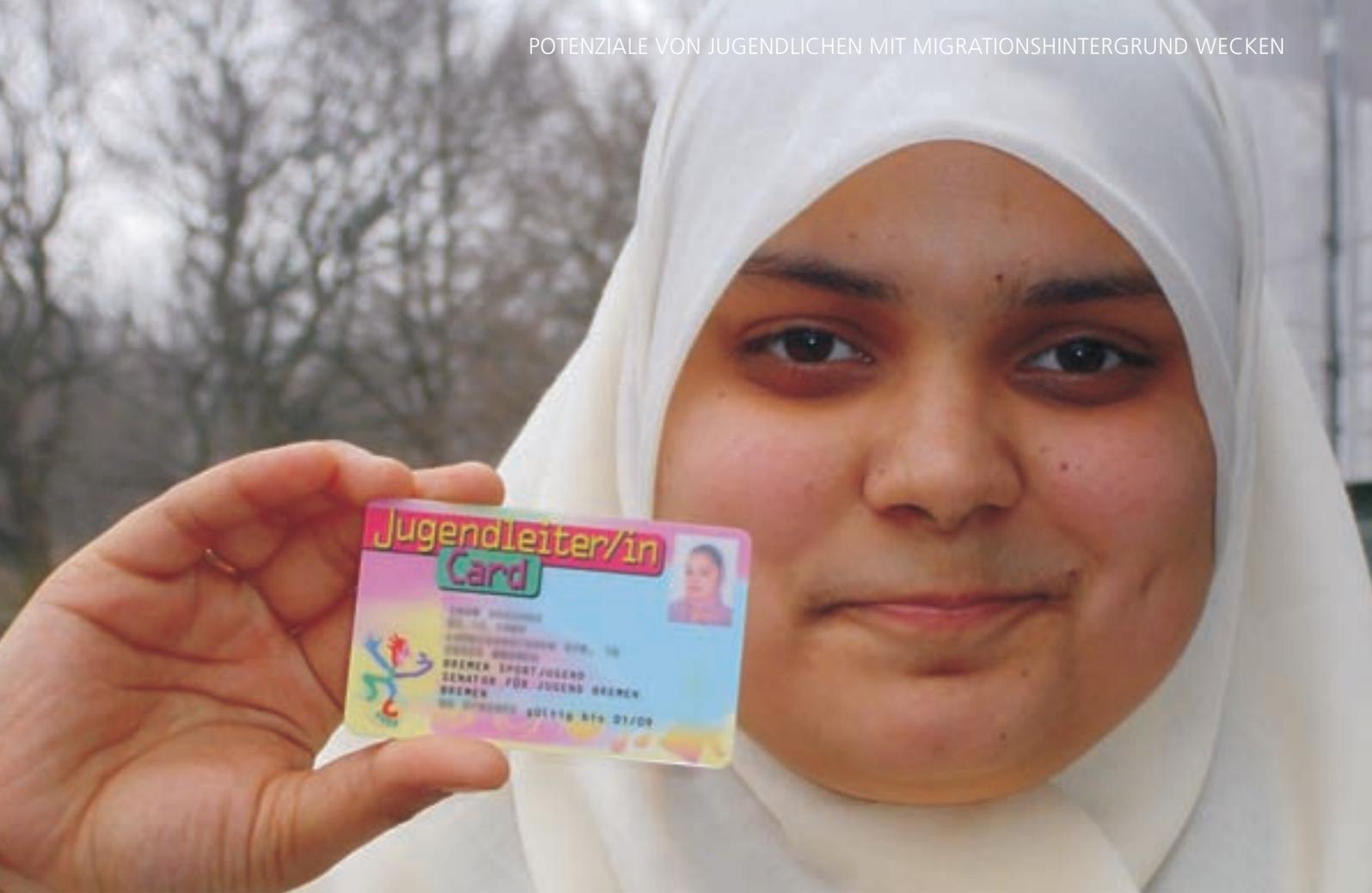
Astrid Touray vom Landessportbund Bremen hat es sich ebenfalls zum Ziel gemacht, neue Mitglieder mit Migrationshintergrund in die Sportvereine zu bringen. Ihre Organisation unterstützt das Projekt finanziell, gemeinsam mit LOS-Mitteln des Stadtteilprojekts Tenever. Der Tenor bisher, so Touray sei: »Du bist Migrant, du bist schwach, du sprichst kein Deutsch! – Dann ist doch klar, dass sich viel in die falsche Richtung entwickelt. Es muss heißen: ‚Ich traue dir was zu! Ich fordere dich, weil ich dich achte.‘ Man muss die positiven Energien dieser Jugendlichen bündeln.«

Das Schulzentrum Koblenzer Straße unterrichtet etwa 650 Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen 5 bis 10. Die Fremdheit untereinander, aber auch die Eingliederung in Deutschland führen dazu, dass das Miteinander ständig geübt und gefördert werden muss. Dies prägt auch den gesamten Stadtteil Tenever.

Dennoch spürt Barbara Matuschewski von der Stadtteilinitiative, dass die Teneveraner das Kulturgemisch als Chance wahrnehmen: »Hier ist ein sehr dichtes kulturelles und soziales Netzwerk. Das ist erstaunlich.« Die ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende eines Bremer Stadtteils zeigt sich optimistisch: »Es geschieht so viel in den Kommunen, aber viele Politiker sehen das nicht. Hier erlebe ich zum ersten Mal Demokratie von unten hautnah. Man lebt hier ein gewöhntes Nebeneinander, dass zum Miteinander wird. Die Menschen hier sind engagiert und helfen einander. Von denen können und sollten wir lernen.«

Ist das Projekt ein Erfolg? Eschemann: »Absolut. Wir werden auf jeden Fall weitermachen und neue Jugendliche ausbilden und ihnen so soziale Kompetenzen vermitteln.«

Iram, 17, Jugendleiterin pakistanischer Herkunft, schaut ein wenig zurückhaltend auf die Tischplatte, als sie erzählt, wie gern sie in ihrer Freizeit draußen Fußball und Basketball spielt, wo nun einmal auch ab und zu Jungen mitspielen. Ob es ihren Vater stören würde, wenn er das wüsste? Iram lächelt verschmitzt: »Ja, aber das kann ich schon aushalten.«



### **Ansprechpartner**

#### **Gerd Menkens**

Schulleiter  
Schulzentrum Koblenzer Straße  
Telefon 0421- 361 3029  
www.szk-bremen.de

#### **Christine Eschemann**

Projektleiterin  
chresche@uni-bremen.de

#### **Barbara Matuschewski**

Projektgruppe Tenever  
Telefon 0421 - 42 57 69  
projektgruppe@bremen-tenever.de  
www.bremen-tenever.de

#### **Astrid Touray**

Integrationsabteilung  
Landessportbund Bremen e.V.  
Telefon 0421 - 792 8725  
touray@lsb-bremen.de  
www.lsb-bremen.de

#### **Wolfgang Marth**

TSV Osterholz-Tenever e.V.  
Telefon 0421 - 42 32 84  
ot@otbremen.de  
www.otbremen.de

Iram mit der »Juleica«

»Früher mochten mich viele Schüler nicht so und dachten: Die mit dem Kopftuch ist komisch. Aber das ist jetzt anders, sie haben mehr Respekt vor mir. Ich bin stärker.«

Stichwort

# Sport bewegt – nicht nur den Körper



## DAS ZITAT

»Die Menschen in Tenever nehmen das Kulturgemisch als Chance wahr. Hier ist ein sehr dichtes kulturelles und soziales Netzwerk. Hier erlebe ich zum ersten Mal Demokratie von unten hautnah. Man lebt ein gewöhntes Nebeneinander, dass zum Miteinander wird. Die Menschen hier sind engagiert und helfen einander. Von ihnen können und sollten wir lernen.«



Barbara Matuschewski (SPD),  
Beisitzerin im Ortsvereinsvorstand des  
Bremer Stadtteils Schwachhausen-  
West

## DASS SPORT MENSCHEN MITEINANDER VERBINDET, IST KEINE NEUE IDEE.

Fairness, Respekt und Teamgeist sind nicht nur sportliche Tugenden, sie spiegeln auch tolerantes und harmonisches zwischenmenschliches Verhalten in der Gesellschaft wider. So einige Sportvereine sind darauf gekommen, dass gemeinsame körperliche Betätigung ganz einfach und ohne großen Aufwand Menschen unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Lebensweisen vereint.

Nachfragen in den örtlichen Sportvereinen lohnt sich.

## Mehr Informationen unter

Deutscher Sportbund  
[www.integration-durch-sport.de/](http://www.integration-durch-sport.de/)

Auflistung der Landessportbünde  
[www.dsb.de/index.php?id=512](http://www.dsb.de/index.php?id=512)

Gastbeitrag

# Außerschulische Bildungs- und Kulturarbeit

Beispiel Haus der Jugend in Duisburg

von Dr. Aydin Sayilan, Integrationsbüro der Stadt Duisburg



Das Haus der Jugend ist eine städtische Kinder- und Jugendeinrichtung in Duisburg. In mehreren Projekten wurde beschrieben, wie die moderne offene Kinder- und Jugendarbeit in diesen Zeiten einer immer komplexer gewordenen Gesellschaft aussieht und mehr noch, wie sie in der Zukunft sein kann.

Dabei ist das Motto: Die Kinder und Jugendlichen brauchen Wert- und Verhaltensorientierung bei der persönlichen Entwicklung.

In Bezug auf Integration spielten zwei Ausgangsthesen eine besondere Rolle:

Integration an sich ist nicht nur die Aufgabe der Zugewanderten, sondern der gesamten Stadtgesellschaft. Die unterschiedlichen Perspektiven, Ansätze, Konzepte diesbezüglich müssen mit den Adressaten zusammen erarbeitet, entwickelt, umgesetzt und ausgewertet werden.

Integration heißt auch, dass die beiden Zielgruppen, Einheimische und Zugewanderte, in die interkulturelle Arbeit gemeinsam einbezogen werden, um sie auf Augenhöhe zu gestalten.

Es ist unbestritten, dass die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund besonderer Förderung

bedürfen. Aber es gibt auch deutsche Jugendliche, die Hilfe brauchen, die wir nicht vernachlässigen dürfen. Viele der Projekte und Maßnahmen beziehen sich auf beide Zielgruppen, damit sie zusammen und gleichberechtigt etwas dazu lernen und ihre Persönlichkeiten stärken können.

Die interkulturelle Arbeit war kein eigenständiger Arbeitsschwerpunkt des Hauses. Dennoch wurde dieser Ansatz in allen Aktivitäten des Hauses im Hintergrund mitberücksichtigt. Es wurden folgende Ziele ins Visier genommen:

- die Erweiterung und Vertiefung der Allgemeinbildung,
- gemeinsame Werte und Normen herausstellen,
- die Unterschiede und ihre Gründe deutlich machen,
- das Zugehörigkeitsgefühl steigern bzw. Gruppenverhalten verbessern.

In diesem Sinne haben sich zwei Hauptzielgruppen herauskristallisiert:

Jugendliche mit besonderen sozialen Problemen, deren Eltern entweder allein erziehend sind und/oder sich nicht um ihren Nachwuchs kümmern. Viele Eltern sind auch Sozialhilfe-EmpfängerInnen. Die Zusammenarbeit mit den Eltern ist aus unterschiedlichen Gründen sehr schwierig.

Jugendliche, die sich in zwei Kulturen sehr gut auskennen, in beiden Gemeinschaften Erfolgserlebnisse haben und sich ehrenamtlich engagieren. Ihre Eltern haben großes Interesse an der Weiterentwicklung ihrer Kinder.

Im Rahmen der gemeinwesenorientierten Arbeit ist es wichtig, mit den im Stadtbezirk ansässigen Organisationen, vor allem aber mit den Schulen, zusammen zu arbeiten. In den bestehenden Netzwerken hat das Haus der Jugend sich einen Platz und Anerkennung erarbeitet.

Buchauszug

## »Candlelight Döner«

von Asli Sevindim

Sie betrachteten es wohl nach wie vor als eine Art Naturphänomen, dass zwei Menschen, die ihre ersten Wörter in unterschiedlichen Sprachen gelernt haben und mit verschiedenen Religionen groß geworden sind, tatsächlich zusammenfinden können. Das ist jetzt natürlich eine leicht verkürzte und wohlwollende Zusammenfassung meinerseits, denn erstens gibt es genug Unterschiede und zweitens haben Stefan und ich ein Drama in fünf Akten aufgeführt, bis wir endlich heiraten durften.

Aber das ist ein eigenes Kapitel. Zunächst einmal sollte Folgendes festgehalten werden: Nie wollte ich einen Deutschen heiraten. Niemals! Das habe ich nicht nur gedacht, sondern auch mit großer Überzeugung jedem dargelegt, der es nicht hören wollte.

»Ich und eine Kartoffel, nee!«

Der allerwichtigste Grund: Deutsche Männer haben keinen Rhythmus im Blut. Davon war ich überzeugt, seit ich meine Schulfreunde tanzen gesehen hatte, ungelent und völlig aus dem Takt. Die deutschen Jungs hatten zwar sehr verlockend funkelnde blaue Augen und süße Lippen, aber tanzen – nein, das war wirklich nicht ihr Ding. Dabei ist Tanzen nicht nur sehr wichtig im sozialen Leben von Türken, es ist sozusagen eine Selbstverständlichkeit für uns. Wir tanzen schon, wenn nur irgendwo zwei Gläser aneinander klirren, egal ob Hochzeit oder Geburtstag, egal ob große Showbühne oder 35-Quadratmeter-Wohnung, und stets bewegen wir uns anmutig und harmonisch und locker aus der Hüfte heraus. [...]

Tanzen war also ein dickes Minus für den teutonischen Mann. Ebenso wie sein fehlender Familiensinn. Nicht, dass mich das damals als Teenager ernsthaft interessiert hätte. Allerdings hatten die erwachsenen Türken für den Ernstfall neben dem Respekt vor den Älteren den Familiensinn als wichtigstes Kriterium für den potenziellen Kandidaten ausgerufen.

Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die Generationen zusammenhalten, in dem Bewusstsein, dass alle aufeinander angewiesen sind und sich aufeinander verlassen können – und dass sie sich weiter vermehren natürlich.

Das konnte ich selbstverständlich nicht einfach so ignorieren und plapperte es daher ungefiltert nach, sobald es um eine zukünftige Beziehung ging, die in eine Heirat hätte münden können.

Die Realität beweist jedoch auch, dass es vielen Deutschen an Familiensinn mangelt. Sie leben ohne Trauschein zusammen! Und wir Türken können, na ja, sollen uns ohne denselben nicht fortpflanzen. [...]

Jedenfalls sieht der genetische Code aller Türken vor, dass sie heiraten, und zwar besser früher als später. Wenn es länger dauert, kann es Gerede geben. »Stimmt da was nicht? Ist er oder sie etwa nicht umgänglich? Riecht da jemand streng oder hat eine heimliche Beziehung?« Auch heiratsfähige Türken und Türkinnen haben eine Art Mindesthaltbarkeitsdatum. Ab spätestens siebenundzwanzig sollte man das Tempo daher anziehen.

Getreu diesen Grundsätzen habe ich gleich Nägel mit Köpfen gemacht und es mit einundzwanzig getan. [...]

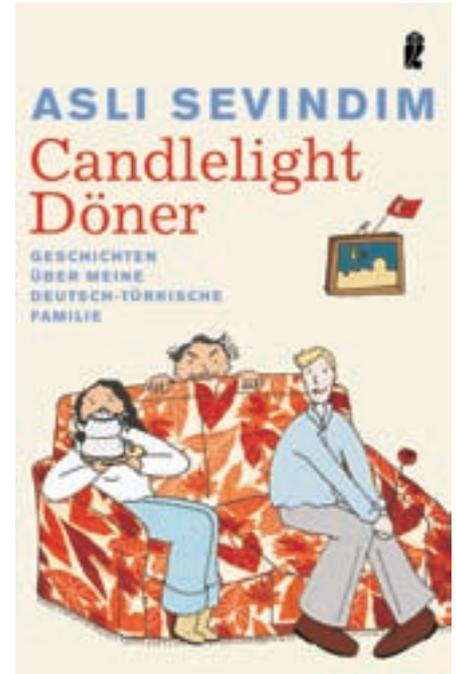
Ich war neunzehn Jahre alt und hatte *Anne* und *Baba* ins Wohnzimmer gebeten.

»Ich möchte euch etwas Wichtiges sagen.«

Ich saß mitten auf dem großen Sofa, das sonst vier Personen Platz bot – in sicherer Entfernung von ihnen. »Es gibt da jemanden, den ich sehr nett finde.« Stille. Beide guckten angestrengt weg. Auf meiner Oberlippe bildeten sich Schweißperlen. »Er ist ein Deutscher.«

Meine Mutter sah mich wieder an völlig entsetzt. Ihr Mund stand offen, aber es kam nichts heraus. Stattdessen überhäufte mich ihre Augen und ihre Brauen mit verzweifelten Fragen: Bist du wahnsinnig? Ein Deutscher? Ein Christ? Warum tust du uns das an? Gibt es denn nicht genug Türken?

Mein Vater fand als Erster die Sprache wieder. »Kann passieren.«



Aus: Asli Sevindim,  
»Candlelight Döner«,  
Ullstein Taschenbuchverlag.  
ISBN 3-548-26367-4

Asli Sevindim ist als TV-Moderatorin  
beim Westdeutschen Rundfunk tätig.

## 8: Nachhaltiges Arbeiten sichern I



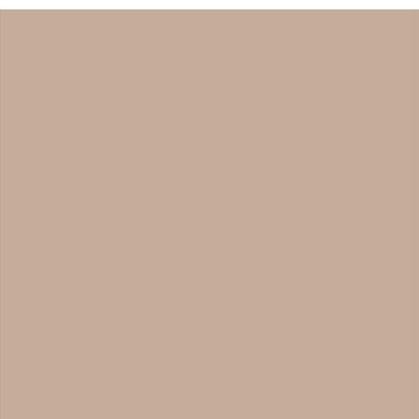
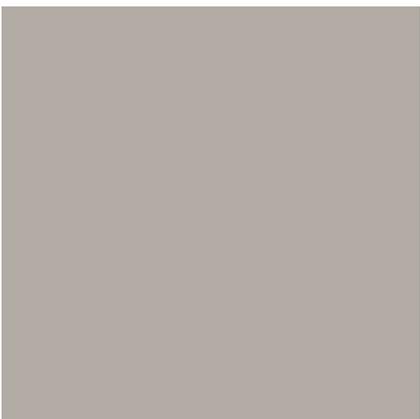
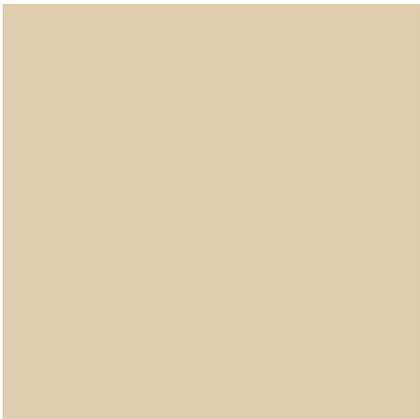
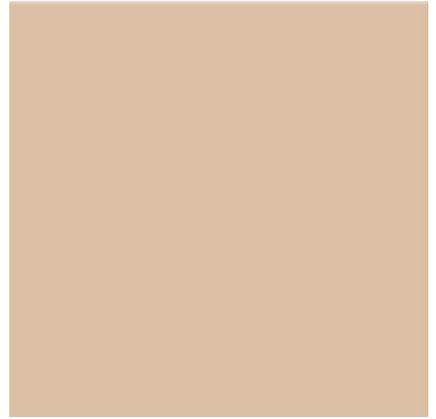
### WIE ES WEITERGEHT

Nachhaltige Integrationsarbeit erfordert einen strategischen, langfristigen Ansatz, der das Zusammenleben in der Stadt über tagesaktuell zu lösende Aufgaben hinaus betrachtet. Vorrangig geht es darum, die längerfristigen Perspektiven der Menschen und ihrer Stadt und ihre Entwicklungsmöglichkeiten im gemeinsamen Engagement der verschiedensten Akteure zu diskutieren und umzusetzen.

Ziel ist eine Integrations-Bilanz der Kommune. Grundlage hierzu bietet eine Bestandsaufnahme der Aktivitäten sowohl der Stadtverwaltung als auch der Migrantenorganisationen. Hinzu kommt eine Bürgerbefragung und die Diskussion über Kriterien des Erfolgs.

#### Das Vorgehen kann in zehn Schritten erfolgen:

1. Beschluss des Stadtrates.
2. Bildung einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung und Begleitung des Vorhabens.
3. Bereitstellung von Zahlen und Selbstreflexion der Verwaltung im Hinblick auf ihre Integrationsaktivitäten.
4. Als Analyse und Korrektiv eine BürgerInnenbefragung sowie eine Befragung von Vereinen und Migrantenorganisationen durchführen.
5. Erste Bestandsaufnahme und Erarbeitung von Zielen und Handlungsvorschlägen.
6. Breite Diskussion dieses Entwurfs in Vereinen und Organisationen.
7. Sensibilisierung und Aktivierung der Bürgerschaft in öffentlichen Foren und Aufzeigen der Vorteile einer aktiven Integrationsarbeit.
8. Förderung von Kommunikation, Netzwerken, Kooperationen und Projekten.
9. Diskussion der Integrations-Bilanz im Stadtrat.
10. Die Integrations-Bilanz regelmäßig wiederholen und Verbesserungen messbar machen.



Einleitung

# Netzwerke schaffen

## Potenziale von Migrantenorganisationen bündeln

Immer wieder wird die Besorgnis geäußert, dass Bürgerinnen und Bürger nicht-deutscher Herkunft nur selten den Weg in Vereine mit überwiegend deutschen Mitgliedern finden, was unterschiedliche Gründe haben kann. Viele Organisationen bemühen sich daher darum, ihre Mitgliederstruktur zu verändern. Besonders Stadtteil- und Sportvereine sehen in ihrer Tätigkeit ein großes Integrationspotenzial.

Häufig wird jedoch übersehen, dass in beinahe jeder deutschen Stadt Vereinigungen oder Organisationen eingetragen sind, in denen sich Migrantinnen und Migranten sehr wohl engagieren. Auch sie besitzen ein Integrationspotenzial, da sie trotz ihrer überwiegend nicht-deutschen Mitglieder ihre Aktivitäten zum einen nach außen hin präsentieren. Zum anderen plädieren auch sie für ein gesellschaftlich integriertes Leben und fördern dieses Ziel innerhalb ihrer Mitgliedschaft und weiterer Interessenten.

Diese so genannten Migranten- oder Migrantenselbstorganisationen haben unterschiedliche Schwerpunkte: Einige möchten ihre heimatliche Kultur auch in Deutschland wahren und leben. Andere bieten muttersprachliche Kurse für in Deutschland geborene oder aufgewachsene Kinder und Jugendliche an, damit diese ein besseres Verständnis für ihre Herkunft entwickeln und auch ihr mehrsprachiges Potenzial wahrnehmen und ausbauen können. Diese und weitere Ziele vereinen sich darin, dass sie ihre Mitglieder in ihrem kulturellen Selbstverständnis stärken möchten. Überdies stellen die meisten Migrantenorganisationen auch den Kontext zum Leben in Deutschland her, und an dieser Stelle greift das

Integrationsengagement.

Auf städtischen Veranstaltungen und Festivitäten präsentieren die Migrantenorganisationen ihre Arbeit und damit verbunden ihre Kultur – und fördern das Interesse wie auch das Verständnis in der Mehrheitsgesellschaft. Sie tragen mit ihren Aktivitäten dazu bei, dass gesellschaftliche Barrieren und Berührungängste abgebaut werden können und das Zusammenleben in der Stadt verbessert wird.

Viele dieser Migrantenorganisationen haben sich explizit der Integrationsförderung verschrieben. Sie sind die vertrauteste Anlaufstelle für Rat oder Orientierung suchende Landsleute, bieten Beratungen an oder vermitteln weitere Hilfsangebote. Sie dienen in diesem Sinne auch als Multiplikatoren und schaffen eine Verbindung von städtischen Institutionen zu Migrantinnen und Migranten, welche die kommunalen Einrichtungen ansonsten nur schwer erreichen. Somit wird ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Integration gegangen.

Diese Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppen und auch andere Akteure sind auf städtischer Ebene jedoch selten vernetzt. Oft weiß der eine Verein nicht über das Engagement des anderen bescheid, ähnliche Hilfsangebote überschneiden sich. Diese angestrebte Vernetzung muss jedoch koordiniert werden. Das kann die Stadt sehr gut übernehmen, die dadurch einen Überblick über das Engagement der Migrantenorganisationen erhält und diese gezielter ansprechen und in das städtische Geschehen einbinden kann. Oft übersehen wird auch, dass unter den einzelnen Migrantenorganisationen oder Bevölkerungsgruppen ebenfalls

Missverständnisse und Missstimmungen vorherrschen. Diese Gruppierungen an einen Tisch zu bitten und die Gelegenheit zu bieten, einander kennen zu lernen, kann auch hier Spannungen und Konfliktpotenziale abbauen.

Beratungsangebote können in einer koordinierten Zusammenarbeit effektiver genutzt werden und synergetische Kräfte freisetzen. Das informelle Netz und die Verbindung zu schwer erreichbaren MigrantInnen sind im sozialen Leben in einem Stadtteil, einer Kommune wie auch in der Gesellschaft von großer Bedeutung. Die vorhandenen Ressourcen können stärker genutzt werden und ins Gemeinwesen einfließen.

Das tatkräftige – und meist ehrenamtliche – Engagement erfährt darüber hinaus eine offizielle Anerkennung, die Motivation und besonders ein besseres Bild in der Öffentlichkeit nach sich zieht – zwei Faktoren, die bisher oft ausgeblieben sind.



Bielefeld

## »Vom Heimatverein hin zum Integrationsverein!« Wie Migrantenorganisationen zu Motoren der Integration werden können

»Die Stadt kann sich besser mit den Migrantenselbstorganisationen austauschen und abstimmen. Die engagierten Migrantinnen und Migranten haben so viel Potenzial, von dem viele ansonsten nicht erfahren würden – Potenzial, das sie in die Stadt Bielefeld einbringen können.«

Annegret Grewe,  
Ausländerbeauftragte der  
Stadt Bielefeld

Annegret Grewe, Emir Ali Sag und Cemalettin Özer arbeiten nicht zum ersten Mal zusammen. Das bemerkt man, denn das Arbeitsgespräch wirkt nach mehreren Tassen Kaffee und Wasser entspannt und beinahe familiär. Das Interkulturelle Büro der Stadt Bielefeld hat in Mozaik Consulting einen Partner für die Integrationsarbeit vor Ort gefunden.

So wird es auch gewesen sein, als das Konzept für das Projekt ‚Förderung von Bildungs- und Integrationsbeauftragten in Migrantenselbstorganisationen in Bielefeld‘ entstand. Gemeinsam wurde bereits des öfteren überlegt, wie man Migrantinnen und Migranten effektiver in das städtische Geschehen einbinden und Potenziale nutzen kann. Ein Blick fiel auf die vielfältigen Migrantenselbstorganisationen, die in Bielefeld aktiv sind und sich auf kulturelle, religiöse oder sportliche Aktivitäten spezialisiert haben. Cemalettin Özer vom Interkulturellen Bildungs- und Beratungszentrum Mozaik Consulting erkennt die Dringlichkeit: »Es gibt in Nordrhein-Westfalen über 2400 Migrantenselbstorganisationen. Das ist schon eine ganze Menge, aber nur 60 Prozent der Migrantinnen und Migranten werden durch sie erreicht. Die Arbeit dieser Vereine muss anerkannt und unterstützt werden.«

Ziel des im Jahr 2005 gelaufenen KOMM IN-NRW-Projekts war, eine verbindliche und qualifizierte Zusammenarbeit zwischen der Stadt und 18 partizipierenden Migrantenselbstorganisationen aufzubauen. Annegret Grewe, Ausländerbeauftragte der Stadt Bielefeld, erklärt, weshalb der Schritt wichtig ist: »Es ist nötig, einen Beauftragten in jedem Verein zu haben und ihn zu schulen, um die Vereinsarbeit zu optimieren. Außerdem sollte diese Person auf der einen Seite Ansprechpartner für kommunale Institutionen sein, andererseits kann sie die angeeigneten Qualifikationen als Multiplikator an die anderen Vereins-

mitglieder weitergeben.« In dieser Überlegung lag die Absicht, die Beauftragten in Bildungs-, Integrations- und Öffentlichkeitsfragen zu qualifizieren. Seit vielen Jahren arbeiten zahlreiche Migrantenselbstorganisationen bereits mit der Stadt Bielefeld zusammen, erhalten im Interkulturellen Büro Rat und Hilfe, organisatorische und finanzielle Unterstützung

Dies sollte jedoch ausgebaut werden: Jeder sich beteiligende Verein hat einer Bestandsaufnahme zugestimmt und an folgenden Fragen mitgearbeitet: Welche Gruppen existieren? Wie viele Vereinsmitglieder arbeiten wie effektiv und mit welcher Zielrichtung? Welchen Problemen müssen sie sich stellen und wie kann man sie unterstützen? Wie kann man die Vereine miteinander vernetzen und Synergieeffekte erzielen?

Die Mitgliederstruktur der Migrantenselbstorganisationen, so Özer, habe sich in den vergangenen Jahren verändert: Es gebe immer mehr Arbeitslose, die ihre Mitgliedsbeiträge nicht mehr zahlen könnten, der Verein sei somit unterfinanziert, und es werde zunehmend schwieriger, die Mitglieder überhaupt in den Vereinen zu halten. »Dabei muss Integrationsarbeit geleistet werden, vom Heimatverein hin zum Integrationsverein! Es bedarf an Dienstleistungen für die Vereine.« Schließlich seien sie auch Ansprechpartner für Migrantinnen und Migranten verschiedenster Generationen und Hintergründe, die sich mit Problemen oft an sie wendeten.

Die nach Bedarf der Teilnehmer zusammengestellten Schulungen stellen einen wesentlichen Teil des Projekts dar. Cemalettin Özer engagiert sich hier besonders stark: »Die Bildungs- und Integrationsbeauftragten werden in verschiedenen Bereichen für ihre Vereine qualifiziert, damit sie effektivere Arbeit leisten können. →

# Vom Heimatverein zum ...

Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Öffentlichkeitsarbeit: Wie mache ich Informationsmaterial, wie gehe ich mit der Presse um, wie verbreite ich Informationen über die Vereinsarbeit so wirkungsvoll wie möglich.« Außerdem befassen sich die Schulungen mit Fragen zum Zuwanderungsgesetz und zu Integrationskursen, zum Schul- und Ausbildungssystem in Bielefeld und Umgebung, zum Arbeitsmarkt und zur Arbeitssuche. Dazu wurden entsprechende Experten und Referenten eingeladen, die auch direkte Einblicke in die Materie vermitteln konnten. Mit der Qualität und Wissensvermittlung der Schulungen waren die Beteiligten zufrieden und brachten auch eigene Impulse ein.

Emir Ali Sag, Mitarbeiter des Interkulturellen Büros, erkennt wichtige integrative Ressourcen in den einzelnen Organisationen: »Diese Vereine sind Sprachrohre und erreichen Migrantinnen und Migranten besser als die Stadt selbst. Außerdem führt dieses Projekt zu einem Konzept zur Beteiligung an der Kommunalpolitik: Die Migranten können aus ihrer Perspektive ausdrücken, wo es Schwierigkeiten gibt und einen Beitrag zur verbesserten Integration leisten.« Die Beauftragten hätten ein starkes Interesse, ihre Lobby in der kommunalen und Landespolitik zu stärken. Günter Garbrecht ist sozialdemokratischer Stadtrat in Bielefeld und von der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen überzeugt: »Ich halte diese Initiative für einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Integration in der Kommune. So finden nicht nur Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer, sondern auch Migrantinnen und Migranten, die seit längerer Zeit hier leben, in den Vereinen Rat und Unterstützung, Hilfe beim Umgang mit Behörden und Tipps zur Alltagsbewältigung.« Dazu sei es wichtig, verlässliche Ansprechpartner in diesen Organisationen zu gewinnen, die

der Kommune, den Schulen oder der Jugendhilfe als Mittler zur Verfügung stehen können.

Ein Punkt ist für Grewe, Ali Sag und Özer für das Gelingen derartiger Projekte besonders wichtig, wie die Ausländerbeauftragte ausführt: »Bürgerschaftliches Engagement ist heutzutage wichtiger denn je, jedoch sollte man nie das Gefühl bekommen, ausgenutzt zu werden. Auch wenn es nur ein geringer Betrag ist, erhalten die Vereine für ihre engagierte Arbeit eine kleine finanzielle Aufwandsentschädigung. Sie ist eine Anerkennung und eine Motivation für das Ehrenamt.«

Emmanuel Adewale Oyeniran ist der Bildungs- und Integrationsbeauftragte der Nigeria Union of Students Bielefeld Environs (NUSBG). Seine Organisation nahm an dem Projekt teil und ist sehr zufrieden: »Früher war jeder Verein nur für sich. Nun treffen wir uns regelmäßig zum Erfahrungs- und Informationsaustausch. Meine Organisation profitiert von den Schulungen, an denen ich teilnehme. Außerdem sind wir im Umgang mit Presse und Politik sicherer geworden.« Auch was die Verwaltung betrifft, hat seine Organisation nun ein stärkeres Auftreten, berichtet Oyeniran: »Das Verhältnis hat sich verändert, wir machen mehr Eindruck und haben das Gefühl, dass wir ernst genommen werden. Als einzelner Verein kann man nicht viel ausrichten, besonders wenn man keine Lobby hat. Nun kommen verschiedene Länder und Mentalitäten zusammen und sprechen mit einer Zunge.«

Cemalettin Özer steht hinter dem Konzept und ist überzeugt, dass es weitere Früchte tragen wird. So wird Bedarf identifiziert, beispielsweise nach mehr Kooperation mit den Behörden und anderen Vereinen, nach Weiterbildungsmöglichkeiten sowie nach mehr finanzieller Unterstützung, um in den Organisationen einen guten Job machen

zu können: »Die Vereinsaktivitäten sind ein wichtiger Bestandteil des kommunalen Zusammenlebens. Diese Netzwerke sollten von staatlicher Seite unbedingt gepflegt werden, denn sie sind Motoren der Integration.«

## **Ansprechpartner**

### **Annegret Grewe**

Ausländerbeauftragte  
Interkulturelles Büro der  
Stadt Bielefeld  
Telefon 0521 - 51 3403  
annegret.grewe@bielefeld.de  
www.bielefeld.de/de/rv/  
ds\_stadtverwaltung/intbue

### **Cemalettin Özer**

Geschäftsführer  
Mozaik Consulting  
Telefon 0521 - 966 820  
oezer@mozaik.de  
www.mozaik.de

Stichwort

»Gesellschaftliche  
Teilhabe sichern«**DAS ZITAT**

»Ich halte diese Initiative für einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Integration in der Kommune. So finden nicht nur Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer, sondern auch Migrantinnen und Migranten, die seit längerer Zeit hier leben, in den Vereinen Rat und Unterstützung, Hilfe beim Umgang mit Behörden und Tipps zur Alltagsbewältigung.«



Günter Garbrecht (SPD), Stadtrat in Bielefeld

**STUDIE**

Das Landesbüro Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine aktuelle Studie veröffentlicht, in der die gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in Berlin erforscht worden ist. Untersuchungen und Experteninterviews veranschaulichen auf informative Weise die Beteiligung von organisierten und nicht organisierten Migranten am lokalen Geschehen.

**Die Studie kann unter folgendem Internetlink abgerufen werden:**

[www.fes-landesbuero-berlin.de/doku/Studie.Partizipation.pdf](http://www.fes-landesbuero-berlin.de/doku/Studie.Partizipation.pdf)

Stichwort

## »LAGA NRW«

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) wurde 1996 gegründet und ist das demokratisch legitimierte Vertretungsorgan der Ausländerbeiräte im Land Nordrhein-Westfalen.

Mit ihrem Landeszusammenschluss geben sich die kommunalen Migrantenvertretungen ein Forum, das ihre Interessen und Anliegen aufgreift und dadurch ihre Arbeit vor Ort unterstützt und verbessert. Die LAGA tritt für die kulturelle, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung der in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten ein. Hierbei arbeitet die LAGA mit allen Institutionen und Organisationen zusammen, die sich gleichermaßen an diesen Grundsatz gebunden fühlen. Sie ist dabei keiner Partei, sondern nur dem Gemeinwohl verpflichtet.

Dadurch leistet die LAGA einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der zugewanderten und angestammten Menschen in NRW.

**Mehr Informationen unter**

[www.laga-nrw.de](http://www.laga-nrw.de)

Interview mit Annegret Grewe, Ausländerbeauftragte der Stadt Bielefeld

## »Migrantenvereine sind aktive und handlungsfähige Selbstorganisationen«



*Frau Grewe, aus welcher Notwendigkeit heraus kam das Migrantenorganisationen-Vernetzungsprojekt zustande?*

Wir haben wahrgenommen, dass die Organisationen sich momentan in einer Umbruchphase befinden: Neben der Pflege der Kultur und Religion etc. übernehmen sie zunehmend Aufgaben im Integrationsprozess wie Sprachförderung, berufliche Qualifizierung oder Beratung. Es war unser Anliegen, die Vereine in dieser Rolle zu unterstützen, indem wir konkrete Ansprechpartner schulten und mit ihnen gemeinsam Veranstaltungen konzipierten und umsetzten.

Wir wollten aber auch mehr über die Vereine, über ihre Anliegen, ihre Arbeit erfahren und die Migrantenselbstorganisationen, die bisher eher ohne Kontakte nebeneinander agierten, miteinander vernetzen.

*Wie war die Resonanz der angefragten Migrantenvereine als potenzielle Projektpartner?*

Überraschenderweise erklärten gleich

beim ersten Treffen zehn Vereine schriftlich ihre Teilnahme am Projekt. Das hat uns sehr gefreut, zumal viele unterschiedliche Ethnien vertreten waren. Weitere acht Vereine kamen in den folgenden Wochen hinzu. Das Engagement der Beauftragten hat mich überrascht und beeindruckt, denn die meisten engagieren sich vielfältig: im Verein, in der kommunalen Migrantenvertretung, im Betrieb oder in der Elternpflegschaft. Im Projektverlauf äußerten die Beauftragten immer wieder ihren Wunsch nach mehr Anerkennung und Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit mit den Vereinen.

*Wie hat sich das Projekt auf die Zusammenarbeit und das Geschehen in der Stadt ausgewirkt?*

In Bielefeld kamen nach fünf Jahrzehnten Einwanderungsgeschichte erstmals unterschiedliche Migrantenorganisationen unter dem Dach des Projektes zusammen. Und das Spektrum der teilnehmenden Vereine ist bemerkenswert breit. Bisher hatten diese Zuwandererorganisationen

keine Berührungspunkte. Die Vielfalt der Nationen, Religionen und Kulturen sowie Mentalitäts- und Meinungsunterschiede führten zu Missverständnissen und kaum jemand hatte ein Interesse daran, ganz unterschiedliche Nationalitäten und Kulturen zusammenzubringen. Die regelmäßigen Treffen zeigten, dass die Beauftragten mit der Zeit eng zusammenwuchsen und gemeinsame Aktivitäten daraus entstanden. Allen Gruppen liegt vor allem die Bildung und Ausbildung ihrer Kinder am Herzen. Um ihre Interessen besser durchsetzen zu können, möchten sie nun einen interkulturellen Elternverein gründen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer treten mittlerweile auch selbstbewusster auf und durch die Kontakte mit den örtlichen Medien prägen sie ein neues Bild von Zuwanderern als aktive, engagierte Menschen mit vielfältigen Interessen.

Wir haben eine bessere Einschätzung der Aktivitäten im Migrantenumfeld erhalten und wissen besser, welche Probleme und Bedarfe die Vereine



haben. Deutlich wurde: Die Migrantenvereine sind aktive und handlungsfähige Selbstorganisationen mit vielen Potenzialen für die Zusammenarbeit mit Behörden oder anderen – auch deutschen – Vereinen. Ihre Aktivitäten sind eine Bereicherung für die Stadt und wichtiger Bestandteil des kommunalen Zusammenlebens. Wir haben konkrete Ansprechpartner, die beispielsweise in Einzelfällen oder Konfliktsituationen vermitteln können oder Informationen an die ethnischen Gruppen weiterleiten.

*Worin sehen Sie nach Ihrer Erfahrung Schwierigkeiten?*

Die Mehrzahl, aber nicht alle Vereine, verfügt über die finanziellen und personellen Kapazitäten oder sind bereit, zu kooperieren. Hier muss eine sorgfältige Auswahl getroffen werden. Vereine sind wichtige Kooperationspartner und müssen in dieser Rolle unterstützt werden. Zugleich sollten wir aber auch die Öffnung der Vereine fördern und gemeinsam die Migrantinnen und Migranten motivieren, auch Angebote außerhalb der

Vereine, außerhalb ihres eigenen Kulturkreises wahrzunehmen und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

*Weshalb ist im Allgemeinen ein solches Netzwerk Ihrer Meinung nach wichtig?*

Das Netzwerk stärkt die Position der Migrantenorganisationen. Sie werden anders wahr- und ernstgenommen als wenn sie einzeln auftreten. Die Vereine erleben, dass andere Organisationen mit gleichen Fragen und Problemen befasst sind, sie tauschen sich aus und lernen voneinander.

## »Ärmel hochkrempeln!«



U r s u l a  
S c h l ö b e r,  
Vorsitzende  
der SPD-Frak-  
tion im Mon-  
heimer Stadt-  
rat, unterstüt-  
zt das Mo.Ki-  
Projekt nicht  
nur ideell,  
sondern ist

davon überzeugt, dass die Politik vor Ort konkret mitdenken und auch die Ärmel hochkrempeln muss:

»Aufgrund der Erfahrungen mit Mo.Ki hat die Politik vor Ort meines Erachtens folgende Aufgaben:

- Sie muss zunächst Prioritäten in der örtlichen Integration setzen (inte-

griere ich zuerst die Kinder, erreiche ich auch die Eltern, Familien usw.);

- Anschließend muss sie Kooperations-/ Bündnispartner suchen (freie Träger, Netzwerke, Kirchen usw.), einen ‚Motor‘ für die Koordinierung benennen, gemeinsam Schwerpunkte erarbeiten und schrittweise umsetzen;

- die Politik vor Ort muss bereit sein, loszulassen, nicht alles kontrollieren zu wollen, Entscheidungen nur dann zu treffen, wenn es um Zwischenschritte geht, die für das Vorhaben wichtig sind;

- Die Politik muss sich aktiv einbringen, in den Projekten/Gruppen mitarbeiten, mitgestalten, dadurch

voneinander lernen und die gewonnenen Erfahrungen in die nächsten erforderlichen Integrationsschritte einbauen.

Fakt ist, dass KommunalpolitikerInnen über ausreichendes theoretisches Wissen im Zusammenhang mit Integration verfügen. Viel effektiver ist es, praxisorientierte Integration gerade auch in kleinen Schritten vor Ort umzusetzen, die Akzeptanz ist einfach höher – und das Arbeitsergebnis für alle befriedigender.

**Also – weg von ‚man/frau müsste mal...!‘, hin zu ‚Packen wir es an!‘«**

Stichwort

## »KOMM IN-NRW«



### FÖRDERUNG

Das Schlagwort KOMM IN steht für »Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit« und ist eine Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen. Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) entwickelte im Auftrag des Integrationsministeriums dieses Förderkonzept, mit dem die Kommunen bei ihrer Integrationsaufgabe unterstützt werden sollen.

Ziel der Förderung ist es, die Angebote, Strukturen und Prozesse zur Aufnahme von Neuzugewanderten – und zur Integration von hier lebenden Migrantinnen und Migranten – in den Kommunen und durch Kommunen zu verbessern, d. h. sie durch Innovation nachhaltig effizienter und effektiver zu machen. Das Förderkonzept gibt hierzu konkrete Anregungen.

**Mehr Informationen unter**

[www.integration.nrw.de/projekte/integration\\_allgemein.html](http://www.integration.nrw.de/projekte/integration_allgemein.html)

Gastbeitrag

# Die politische Rolle der Ausländerbeiräte

von Harald Schliekert, SPD-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Troisdorf



Aus der Wahrnehmung eines nordrhein-westfälischen Kommunalpolitikers hat sich die Institution Ausländerbeirat ‚unter dem Strich‘ bewährt. Auf ihr ‚Haben-Konto‘ kann er auf jeden Fall buchen seine Brückenfunktion zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung, sein Informationsangebot über Kultur, Religion, Sitten und Gebräuche der Menschen nicht-deutscher Herkunft mit dem Ziel der Förderung der Integration und des Abbaus von Vorurteilen.

Am Anfang ihrer Arbeit konzentrierten sich die Beiräte oft auf die Themen Schule, Soziales, Kultur, (persönliche) Diskriminierung sowie allgemein beratende Fragen zur Bewältigung des Lebensalltages, einschließlich familiärer Probleme und Konflikte am Arbeitsplatz. Ziel war aber stets die Erreichung des Kommunalwahlrechtes, um die ausländischen Mitbürger aus ihrer politischen Isolation zu holen.

Heute sind die Themen Integration und politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten in den Vordergrund getreten. Die konkrete Mitarbeit in den Fachausschüssen und damit die Möglichkeit der konkreten Gestaltung kommunaler Angelegenheiten durch Aufzeigen von Defiziten und Wünschen hat dabei aus meiner

Sicht außerordentlich förderlich gewirkt.

Die Arbeit der Ausländerbeiräte macht allerdings eine Schwierigkeit deutlich, die in vergleichbarer Form bei allen parlamentarischen Vertretungen zu verzeichnen ist: Gerade die Menschen mit Problemen, für die ‚man‘ eigentlich die Arbeit macht, sind unterrepräsentiert.

Deshalb ist das Fehlen eines kommunalen Wahlrechts für alle Bürgerinnen und Bürger einer Kommune nach wie vor das große ‚Soll‘ bei der Arbeit der Beiräte. Auch nach dem Kommunalwahlrecht für EU-Ausländer hat die größte Gruppe der ausländischen Mitbürger, nämlich die mit türkischer Staatsbürgerschaft, kein Wahlrecht. Da unbestritten ist, dass gerade diese Menschen – und vor gänzlich anderem Hintergrund diejenigen, die als Nicht-EU-Bürger oft nur mit wenigen Personen vertreten sind – einen überdurchschnittlich hohen Integrationsbedarf haben, haben die Beiräte weiterhin Bedeutung.

In Troisdorf hat der Rat schon seit 1972 als erste Kommune in Deutschland ein Ausländerparlament, das verankert in der Hauptsatzung zu allen ausländerrelevanten Fragen ein Anhörungsrecht hatte. Die Erfahrung anderer Städte

und Gemeinden, die ähnliche Wege gingen, dass unter anderem eine rechtlich nicht ausreichend sicherbare Einflussnahme und Anbindung an die Kommunalgremien Erfolge verhinderte, machten wir nicht. In Troisdorf war es aber auch immer guter Brauch, dass (deutsche) Mitglieder des Rates im Ausländerparlament und später im Beirat mitarbeiteten. Diese persönliche Bindung an die Arbeit des Rates konnte vieles erleichtern, was nach dem Buchstaben des Gesetzes eher beschwerlich gewesen wäre. Auch wenn längst nicht alle Probleme gelöst sind, hat sich doch vor diesem Hintergrund über die Jahrzehnte ein Klima der Integration entwickelt, das uns nach meiner Wahrnehmung von anderen unterscheidet.

# Aktive Stadtpolitik braucht eine offene und aktivierende Integrationsarbeit

Durch die veröffentlichten Analysen und die in den vorangehenden Handlungsfeldern beschriebenen Projekte wissen wir,

- dass die Zuwanderung ein stetiger Prozess ist und nicht aufhören wird,
- dass die Integrationsarbeit weitgehend eine kommunale Aufgabe bleibt,
- dass die ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker dies als eine stadtstrategisch längerfristige Herausforderung und Chance begreifen sollten,
- dass sie diese Arbeit nicht allein der Verwaltung und den freien Trägern überlassen dürfen, und
- dass es bei dieser Anstrengung konzeptionell umfassend um eine soziale, arbeitsmarktpolitische, kulturelle und kommunalpolitische Integration geht, bei der die Migranten von vornherein einbezogen sein müssen.

Eine Vielzahl von Kommunen hat bereits begriffen, dass eine Nicht-Beachtung dieses Themas inhuman gegenüber den Nachwachsenden ist und dass ein Wegschauen sich eines Tages bitter rächen könnte. Auch wenn Verbesserungen – und bei der

Integration geht es um Verbesserungen beim sozialen, nachbarschaftlichen Zusammenleben – nur schrittweise zu erlangen sind, werden diejenigen Städte, die eine vorausschauende Integrationspolitik betreiben, den Vorteil davon haben. Dabei gilt es, genau hinzusehen und auszusprechen, was ist. Falsche Rücksichtnahmen, der Mangel an Transparenz oder der Verzicht auf das ‚Prinzip des Förderns und Forderns‘, verlangsamen nur den Prozess der Annäherung.

Integration findet vor Ort und konkret zwischen einzelnen Personen im alltäglichen Umgang miteinander statt. Ein Bewusstseinswandel und beiderseitige Anstrengungen sind erforderlich. Dabei geht es nicht nur um das Bedürfnis und die Notwendigkeit eines harmonischen Zusammenlebens. Bedingt durch den demografischen Wandel braucht die Gesellschaft Zuwanderung, um soziale und wirtschaftliche Strukturen aufrecht erhalten zu können. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gestalten die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend mit. Wir können es uns nicht leisten, ihre Potenziale und Möglichkeiten der Mitwirkung zu vernachlässigen. Der

umstrittene Begriff der Integration muss positiv, konstruktiv und zukunftsorientiert belegt werden.

Wir brauchen mehr gegenseitige Anerkennung und Wissen übereinander. Migrantinnen und Migranten benötigen das Signal: ‚Ihr gehört dazu‘ – und die Einheimischen das Gefühl: ‚Sie wollen dazugehören‘. Jeder hat in diesem Prozess Verantwortung zu übernehmen. Das bürgerschaftliche Engagement muss gestärkt und motiviert werden. Die Kommunalpolitik ist besonders gefordert: Die Verwaltung bei ihren Angeboten als aktivierende Stadt, die ihre Minderheiten als Kunden ernst nimmt und die hilfreiche Infrastruktur der Migrantenselbstorganisationen unterstützt, als auch die ehrenamtliche Kommunalpolitik, die den Zugewanderten den Weg in die demokratische Mitwirkung öffnet. Integration geht uns alle an.

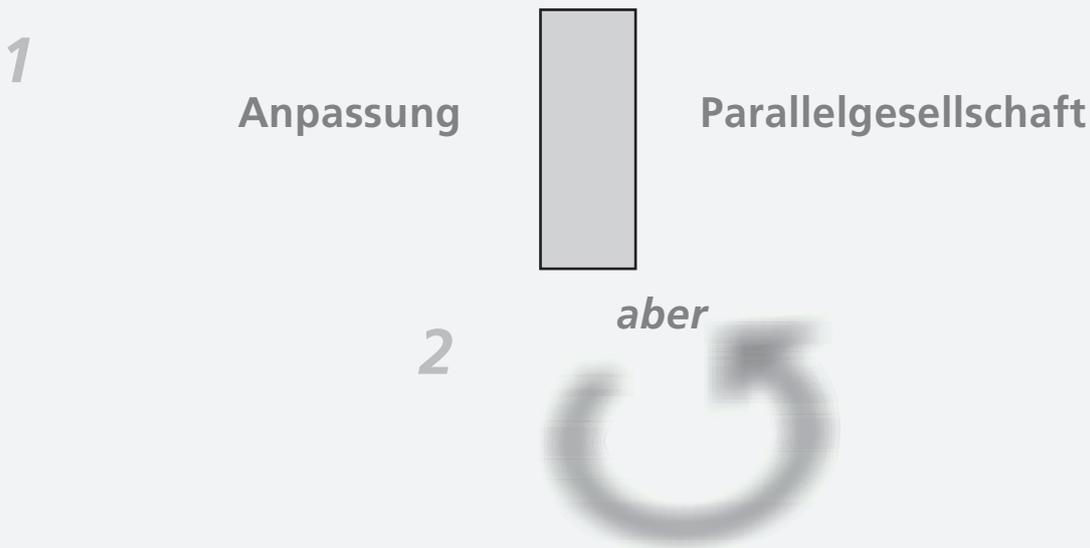
»Ohne Angst und Träumereien –  
gemeinsam in Deutschland leben.«

Johannes Rau

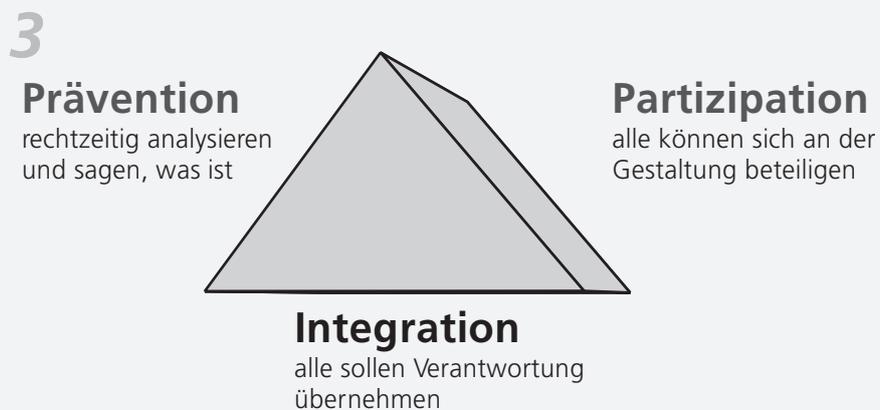
# 8: Nachhaltiges Arbeiten sichern II



## JEDES DING HAT ZWEI SEITEN ...



... ERST WENN MAN BEGREIFT, DASS ES DREI SEITEN SIND,  
WIRD EINE SACHE DARAUS:



»Auf die Perspektive kommt es an!«

# Auszug aus der virtuellen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://library.fes.de>

**Kompetenzen stärken, Qualifikationen verbessern, Potenziale nutzen:** berufliche Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund; Dokumentation einer Fachkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Bundesinstituts für Berufsbildung. Bonn: Wirtschafts- und Sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik, 2006.

**Demokratische Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus:** politische Auseinandersetzung intensivieren, Zivilgesellschaft aktivieren, Abwehrbereitschaft stärken / Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration. Bonn, 2005. 56 S., ISBN 3-89892-308-8

**Berufliche Qualifizierung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt:** Aufgaben der Aussiedler- und Integrationspolitik; eine Fachkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration am 13. März 2003 in Berlin / hrsg. vom Wirtschafts- und Sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik. Bonn, 2003. 47 S., ISBN 3-89892-108-5

**Von Förderprogrammen zu Mainstreamingstrategien:** Migrant/innen als Kunden und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes; eine gemeinsame Fachkonferenz des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung und des DGB-Bildungswerks, Bereich Migration & Qualifizierung am 1. Oktober 2002 in Bonn / hrsg. vom Wirtschafts- und Sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik. Red.: Bernd Mansel. Bonn, 2003. 56 S., ISBN 3-89892-104-2

**Gleichbehandlung oder positive Diskriminierung?:** Betriebliche Modelle der Integration von ArbeitnehmerInnen ausländischer Herkunft; eine gemeinsame Tagung von DGB-Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration am 27.11.01 in Bonn / Red. Bernd Mansel. Düsseldorf, 2002. 50 S. (Schriftenreihe Migration & Arbeitswelt; 5)

**Zur Lage der Flüchtlinge in Deutschland** / Peter Kühne. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik, 2001. 96 S., ISBN 3-86077-972-9

**Islamisches Alltagsleben in Deutschland** / Thomas Lemmen; Melanie Miehl. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik, 2001. 110 S., ISBN 3-86077-886-2

**Islamische Vereine und Verbände in Deutschland** / Thomas Lemmen. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik, 2002. 104 S. (Gesprächskreis Migration und Integration). Frühere Aufl. u.d.T.: Islamische Organisationen in Deutschland ISBN 3-89892-103-4

**Neue Wege der Aussiedlerintegration:** vom politischen Konzept zur Praxis / Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik. Bonn, 2000. 116 S., ISBN 3-86077-792-0

**Integration und Intergrationsförderung in der Einwanderungsgesellschaft** / Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik. Bonn, 1999. 143 S.: (Gesprächskreis Arbeit und Soziales ; 91), ISBN 3-86077-787-4

**Ghettos oder ethnische Kolonie?:** Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil / Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik. Bonn, 1998. 144 S. (Gesprächskreis Arbeit und Soziales; 85), ISBN 3-86077-725-4

**Multikulturelle Einwanderungsgesellschaften in Westeuropa:** soziale Konflikte und Integrationspolitiken / Axel Schulte. Bonn: Forschungsinst. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung, 1998. ISBN 3-86077-689-4

**Ethnische Konflikte und Integrationsprozesse in Einwanderungsgesellschaften:** eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 29. Oktober 1997 in Erfurt / Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung. Bonn, 1998. 80 S. (Gesprächskreis Arbeit und Soziales; 81), ISBN 3-86077-692-4

**Identitätsstabilisierend oder konfliktfördernd?:**

Ethnische Orientierung in Jugendgruppen; eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 28./29.10.1996 in Hannover / Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung. Bonn, 1997. 110 S. (Gesprächskreis Arbeit und Soziales; 72), ISBN 3-86077-490-5

**Integration und Konflikt:** kommunale Handlungsfelder der Zuwanderungspolitik; eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 17. September 1996 in Bonn / Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung. Bonn, 1996. 128 S. (Gesprächskreis Arbeit und Soziales; 69), ISBN 3-86077-487-5

**Die dritte Generation:** integriert, angepaßt oder ausgegrenzt?; Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 3. Mai 1995 in Bochum / Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung. Bonn, 1995. 64 S. (Gesprächskreis Arbeit und Soziales; 55), ISBN 3-86077-427-1

**Interkulturelles Lernen:** Basis kommunaler Ausländerarbeit; eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 18. Oktober 1994 in Lutherstadt Wittenberg / Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung. Bonn, 1995. 48 S. (Gesprächskreis Arbeit und Soziales; 51), ISBN 3-86077-395-X

**Chancengleichheit für ausländische Jugendliche:** eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 22. September 1994 in Magdeburg / Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung. Bonn, 1994. 72 S. (Gesprächskreis Arbeit und Soziales; 29), Bonn: FES Library, 2003, ISBN 3-86077-284-8

**Partizipationschancen ethnischer Minderheiten:** ein Vergleich zwischen Großbritannien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland; eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 7.-9. Dezember 1992 in Bonn / Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung. Bonn, 1993. 128 S. (Gesprächskreis Arbeit und Soziales; 22), ISBN 3-86077-187-6

**Einwanderungskonzept für die Bundesrepublik**

**Deutsch-land:** Fakten, Argumente, Vorschläge / Ursula Mehrländer; Günther Schultze. Bonn: Forschungsinst. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung, 1992. 62 S. (Gesprächskreis Arbeit und Soziales; 7)

**Multikulturelle Gesellschaft:** der Weg zwischen Ausgrenzung und Vereinnahmung?; Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 9. und 10. Dezember 1991 in Bonn / Forschungsinst. der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung. Bonn, 1992. 122 S. (Gesprächskreis Arbeit und Soziales; 6), ISBN 3-86077-048-9

**Weiterer Hinweis für kommunalpolitisch Interessierte**

**Bertelsmann-Stiftung, Bundesministerium des Innern (Hrsg.):** Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. 1. Auflage 2005  
ISBN 3-89204-869-X

# Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Integration

**KommunalAkademie  
Kommunale  
Integrationsmodelle**

[www.fes-kommunalakademie.de](http://www.fes-kommunalakademie.de)

**Interkultureller Dialog**

[www.fes.de/BerlinerAkademiegespraeche](http://www.fes.de/BerlinerAkademiegespraeche)

**Abt. Arbeits- und Sozialpolitik:  
Gesprächskreis Migration und  
Integration**

[www.fes.de/aspol](http://www.fes.de/aspol)

**Gesellschaftspolitische  
Information (GPI)**

[www.fes.de/gpi](http://www.fes.de/gpi)

**Jugend und Politik  
(Interkultureller Schülerdialog)**

[www.fes.de/forumjugend](http://www.fes.de/forumjugend)

**OnlineAkademie  
(Dialog der Kulturen)**

[www.fes-online-akademie.de](http://www.fes-online-akademie.de)

### **Wie gelingt Integration?**

Mit dieser Frage und ihrer Bedeutung für unsere Gesellschaft setzen sich Deutschlands Kommunen zunehmend auseinander. Die vorliegende Publikation stellt bereits erprobte Projekte in Kommunen vor, die zu einer erfolgreichen Integration *auf Augenhöhe* beigetragen haben. Städtische Verwaltungen, Schulen, Kindergärten, Migrantenorganisationen, Sportvereine, Theatergruppen und einzelne Personen befassen sich in Deutschland intensiv mit aktiver Integration. Ein besonderer Schwerpunkt wird hierbei auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gesetzt.

Die Konzepte der lokalen Integrationsarbeit werden modellhaft und praxisorientiert mit Tipps zum Handeln, Ansprechpartnern und Zusatzinformationen präsentiert, um Interessierten und vor allem kommunalpolitisch Engagierten Anregungen zum eigenen Handeln zu bieten.